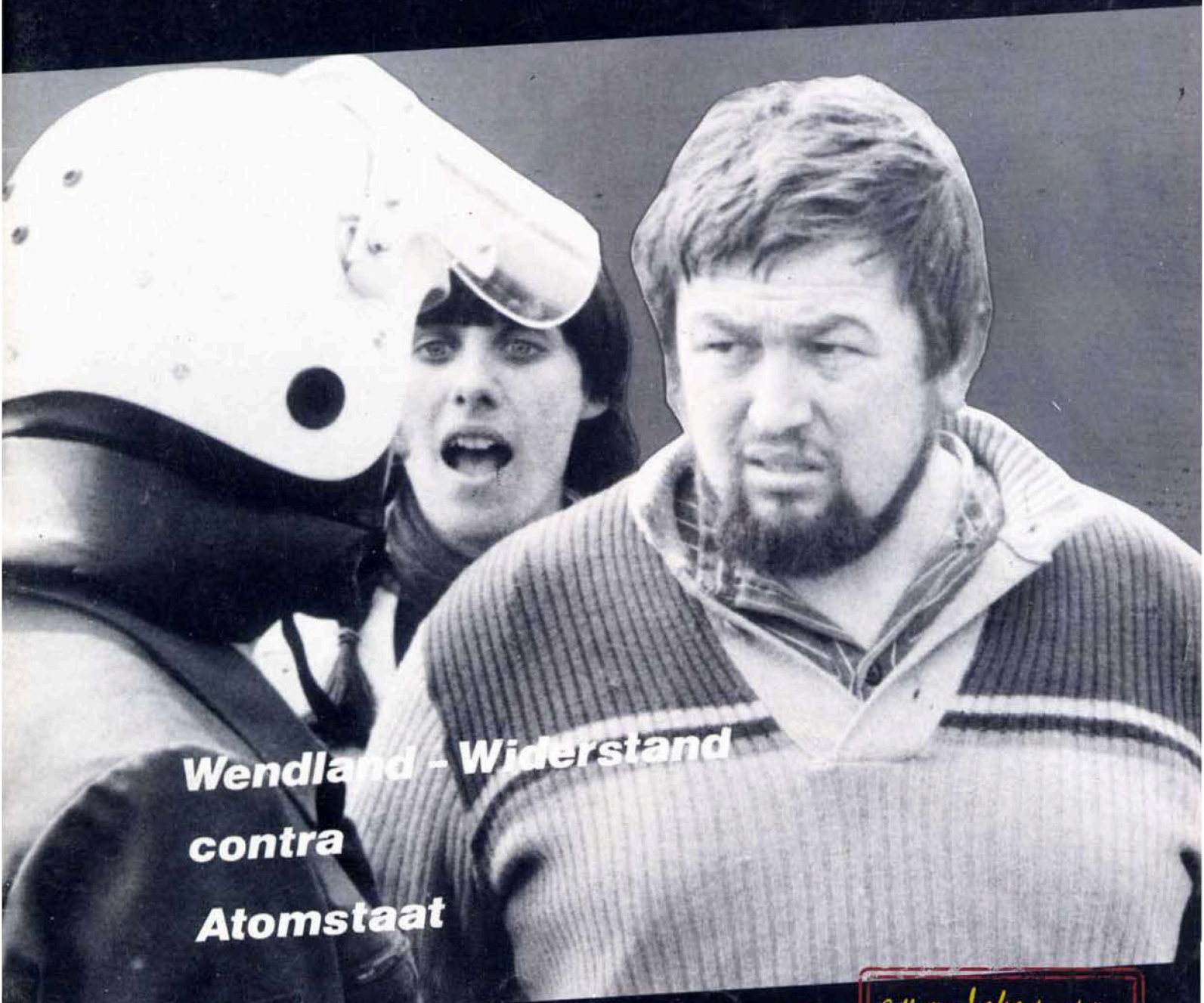
Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Januar/Februar 85
Preis 4,- DM



Wendland - Widerstand contra Atomstaat

Anti-AKW-Bundeskonferenz ** Hanau

AKW's für China * V-Leute in BI's**

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Aufruf zur Hilfe für den Libanon

Die Hilfe für die palästinensischen und libanesischen Flüchtlinge muß weitergehen –

medico international bittet um Unterstützung für Soforthilfe und langfristige Projektarbeit. Für:

- Sozialmedizinische Basisstrukturen in Süd-Beirut
- Soforthilfe für die Krankenhäuser Ghaza und Akka in den Lagern Sabra und Chatila
- Langfristige Hilfe für ein Frauengesundheitsprojekt an der Bir Zeit Universität im israelisch besetzten Palästina.

SPENDEN
Stadtsparkasse Frankfurt
Konto 1800
Stichwort: Libanon/Palästina

ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

Das ila-info erscheint 10 x im Jahr und bringt:
*** aktuelle Ländernachrichten aus Lateinamerika**
*** Hintergrundberichte und Analysen**
*** sowie Berichte über Aktionen und Diskussionen der Solidaritätsbewegung**

THEMEN DER LETZTEN NUMMERN

Kuba - 25 Jahre Revolution * Das Geschäft mit Menschenblut * Kirche in Lateinamerika * Frauenkämpfe in Mexiko

Ich bestelle:

☐ **Probeheft**

☐ **Jahresabonnement für 30.- DM (ermäßigt 25.-, Institutionen 35.-, Förderer 40.-)**

.....
Name

.....
Straße und Ort

.....
Datum und Unterschrift

Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn

Atomkraft?

Nein Danke!

1985 KALENDER

256 Seiten 7,- DM
Für Wiederverkäufer 4,60 DM
ISBN: 3-922573-16-2

Alle Jahre wieder bietet der Anti-Akw-Kalender auf über 250 Seiten nicht nur ein Kalendarium, sondern auch ein wichtiges Nachschlagewerk für die tägliche Arbeit und viele inhaltliche Beiträge zu verschiedenen Themen:

- Dioxin
- Wendland
- WAA Windscale
- Kein Frieden mit der NATO
- Kriminalisierung
- Filmlisten
- Materiallisten
- Adressen

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945

3400 Göttingen

DIE DB BIETET AN:

ATOMMÜLL TRANSPORTE

Ein tödlicher Traum wird Wirklichkeit

Das Plakat ist in rot, blau und gelb im A 2 Format zum verkleben für Stck. -.40 DM beim Göttinger Arbeitskreis zu bestellen.

Impressum

Der **Atom Express / Atommüllzeitung** wird herausgegeben vom **'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.'** und vom **'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.**

Redaktionsanschriften:
Atom Express
Reinhäuser Landstraße 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/45290

Bestellungen :
Günther Garbers, Posenerstr.22
2121 Reppenstedt **oder**
Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
'Gorleben aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206
Diese Konten sind gleichzeitig Spendenkonten!

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V.i.S.d.P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenberg

Ein **Abonnement** kostet **25 Mark** für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren **3,- DM.**

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Leser/innen

Von wegen 52 Seiten Umfang - wir haben es wieder nicht geschafft und müssen uns diesen Vorsatz wohl endgültig abschminken. Dennoch nicht berücksichtigen konnten wir einige Artikel von Jens Scheer, verschiedene weitere Einschätzungen zur Buko u.a.m. Und dann wollen wir euch noch schnell erzählen, daß wir bei diesem Layout zwar eine weniger waren als sonst, wir dafür aber insgesamt eine mehr geworden sind - Zeus Wallensteins Lösung: am 5.Dezember ist Sara geboren worden, wir freuen uns mit ganz doll!

Dies ist der **Atom Express Nr.42** und die **Atommüllzeitung Nr.29.**
Titelfoto: G.Zint
Rückseitenfoto: H.Schreg

INHALT

Standorte **4**
Was tun mit laufenden Atomanlagen 4
Würgassen 6
Stade 8
Schneller Brüter in Ostfriesland 9
Mitterteich 11
Neckarwestheim 12

Schwerpunkt 1:
Anti-AKW-Bundeskonferenz

Mit viel Aufwand war diese 8. Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung vorbereitet worden. Hat diese Zusammenkunft das gehalten, was sich einige von ihr versprochen hatten? - Oder haben die Skeptiker recht behalten? Anders als auf der BuKo '82 in Kassel war es in Braunschweig allemal.
Seite 13

Redebeiträge zum Auftakt 14
Arbeitsgruppen 19
BuKo-Nachlese 21

Plutonium **24**
Schwandorf 24
Dragahn 25
Sprengsatz Hanau 27

Schwerpunkt 2:
Wendland

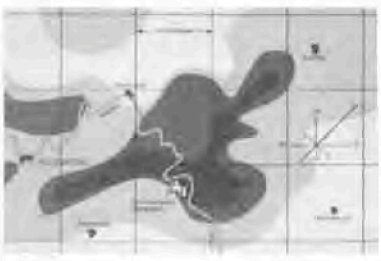
Die Wendlandblockaden am 30.4. und die Aktionen zu Tag X waren - zumindest in Norddeutschland - die einschneidenden Aktionen dieses Jahres. Im Januar geht es weiter - mit den Wendland-Aktionstagen. Mehr zu den Aktionen, zu den Diskussionen und zur staatlichen Repression auf
Seite 34

Trotz 129a - Wendland-Widerstand 34
Aufruf zu den Aktionstagen 37
Widerstandsdiskussion 38
Kriminalisierung 42
Herzschläge 44

Kriminalisierung **45**
Spitzel 45
129a in Göttingen 50

Anti-Kriegs-Teil **51**
Europäische Option 51
Nicaragua 56
Weltwirtschaftsgipfel 57

China **59**



Schwerpunkt 3:
Radioaktivität und Waldsterben

Lange Zeit war es ein beliebtes Argument von Politikern und AKW-Betreibern, die Notwendigkeit des forcierten Atomprogrammausbaus mit dem Sterbenden Wald zu begründen. Dem ist nicht so. Mit jedem AKW stirbt der »Deutsche Wald« noch schneller.
Seite 63

Was tun mit laufenden

Auch wenn eine Anlage trotz Widerstands fertig gestellt und in Betrieb genommen wurde, ist Resignation nicht angezeigt. Vielmehr gilt es, durch vielfältige phantasievolle Aktionen den politischen Preis hochzuschrauben, mit der Perspektive der endgültigen Stillegung. Voraussetzung dafür ist möglichst umfassende Information, sowohl über die Auswirkung auf dieUmgebung als auch über Vorgänge im Werk selbst.

Gelegentlich wurde und wird mit Messungen radioaktiver Emission oder direkter Strahlung aus der Anlage begonnen. Ein Problem ist, daß pysikalische Meßgeräte durchweg zu unempfindlich sind, um die Belastungen bei Normalbetrieb zu erfassen, die andererseits zu feststellbaren biologischen Schäden führen. Deshalb ist die meßtechnische Überwachung problematisch, weil sie zu dem Schluß verführt, es werde gar nichts Gefährliches emittiert.
Das Problem betrifft nicht nur die AKW-Gegner selbst, sondern taucht vor allem auf, wenn man das Überwachungsprogramm breit propagiert und dann öffentlich gefragt wird, was man denn nun gemessen habe. Trotzdem sind solche Überwachungsprogramme sinnvoll, um bei Unfällen was festzustellen und die üblichen Verheimlichungen zu verhindern. Infrage kommen kommerzielle Geräte; wir haben in Bremen begonnen, empfindlichere, aber nicht teurere Geräte zu entwickeln.
Offenbar ist das »biologische Nachweisgerät« Tradescantia - eine Pflanze, in deren Blüte mit einer Lupe Mutationen zu erkennen sind - empfindlicher, aber das erfordert neben Übung ungeheuren Arbeitsaufwand; sinnvoll also, wenn sich viele Leute engagiert daran beteiligen.

Ich habe mit einem teuren Detektor vor Ort in Brunsbüttel und Krümmel die aus dem AKW kommenden Gammastrahlen gemessen: Auf der am AKW Krümmel vorbeiführenden Straße bei Vollast einen 270 Millirem/Jahr entsprechenden Wert, in Brunsbüttel am Zaun bei 70% Leistung 380 Millirem. Dies ist zwar erheblich mehr als die durch radioaktive Stoffe zulässigen 30 Millirem pro Jahr, nach der Strahlenschutzverordnung aber noch zulässig.

- beim AKW Ohu hat E.Krüger mit einem sehr einfachen kommerziellen Zählrohr beim Brennelementwechsel in etwa 4 km Entfernung eine drastische Erhöhung der Gammastrahlung festgestellt, die allmählich über mehrere Wochen abklang.
- Umweltproben, Boden, Pflanzen, Nahrungsmittel und auch Milch können in unserem Labor auf gammastrahlende Stoffe untersucht werden; da das die Universität nicht finanziert, müssen wir dafür etwas Geld nehmen.
Dies ist für eine Dauerüberwachung zu aufwendig, wohl aber sinnvoll bei Verdacht auf Unfälle oder illegale Ableitungen.
- Eine andere ganz wichtige Sache ist, Kontakte und ein Vertrauensverhältnis zu den im Werk Beschäftigten zu gewinnen. Dazu einige Informationen:

Es gibt 3 Gruppen:
a) die ständig Beschäftigten, auf deren Qualifizierung die Betriebe in jahrelangen Ausbildungsprogrammen großen Wert legen, deren Strahlenbelastung deshalb relativ klein gehalten wird auf Kosten der anderen zwei Gruppen
b) Qualifizierte Manschaften, die von einer zentralen Firma aus in die verschiedenen AKW's geschickt werden, um dort Arbeiten auszuführen, die bei Gelegenheit des alljährlichen, mehrere Wochen dauernden Brennelementwechsels anfallen. Auch deren Belastung wird noch relativ niedrig gehalten auf Kosten der dritten Gruppe:
c) Ungelerntes Reinigungspersonal, das von örtlichen normalen Gebäudereinigungsfirmen angeheuert wird, teilweise auch, so bei dem Unfall beim Gundremmingen, von Sozialämtern ahnungslos dahingeschafft wurde. Die müssen die Drecksarbeit tun und werden auch am meisten bestrahlt, was nicht einmal halbwegs ordentlich registriert wird.

Diese drei Gruppen bieten natürlich verschiedene Möglichkeiten für Kontakte, insbesondere ist ihre ideologische Voreingenommenheit und Bindung an das Werk verschieden. Wichtig ist, die derzeit existierenden Widersprüche und Konfliktpotentiale zu kennen:
- An erster Stelle die Überwachung, Personenkontrolle, Datensammlung. Hier liegt etwa ausdrücklich ein Widerspruch zwischen Atomgesetz und Betriebsverfassungsgesetz in Sachen Mitbestimmung des Betriebsrates vor. Das äußert sich auch in so »simplen« Widersprüchen, daß

Atomanlagen?

die technische Sicherheit mehrere Fluchttüren erfordert, die Überwachungssicherheit dagegen nur eine Tür zuläßt etc.

Ein zweites Konfliktpotential bildet die körperliche Belastung - die normale des Schichtbetriebes wird »atomenergiespezifisch« verschärft durch die Notwendigkeit von Schutzanzügen, Atemmasken, Enge der Arbeitsbereiche etc. Dabei ist anzumerken, daß die Opfer des Gundremmingen - Unfalls der räumlichen Enge und der Unmöglichkeit, vor dem ausströmenden Dampf zu fliehen, geschuldet ist. Es baut sich ein Konflikt auf, wenn die jetzige Generation von Schichtmannschaften diesen Belastungen in einigen Jahren nicht mehr gewachsen sein wird.

- die Strahlengefahr wird normalerweise geleugnet; hier ist vor allem Aufklärung von Nöten. Neueste Untersuchungen der US-Regierung an einer Gesamtheit von 146000 Atomarbeitern haben über die letzten Jahrzehnte deutlich Häufung von Krebstoten bei Dosiswerten weit unterhalb der gesetzlichen Auflagen gezeigt.

Diese Fakten in Zusammenhang mit der geplanten Erhöhung der Grenzwerte sollten Anlaß zu einer ersten Verunsicherung über die Strahlenbelastung sein. - Tatsächlich ist das technische Risiko für Strahlenarbeiter, die mit den heute gültigen Grenzwerten belastet werden, rund 300 mal höher als das durchschnittliche Risiko, in der Industrie berufsbedingt zu Tode zu kommen. Nun merkt man das wegen der Verzögerung zwischen Bestrahlung und Krebsausbruch erst nach Jahrzehnten.

Eine wichtige Gruppe sind zudem die vielen 1000 Arbeiter, die unter miesen bis mörderischen Bedingungen während vieler Jahre auf der Baustelle arbeiten.

- Ein weiteres makabres Feld ist die Feststellung von Gesundheitsschäden in der Umgebung von Atomanlagen. Hier ist jedoch vor allem vor Dilettantismus zu warnen: Die Effekte sind im Normalbetrieb so relativ gering, daß es umfangreicher statistischer Methoden bedarf, um nicht Irrtümern aufzusitzen, die einen diskreditieren.

Anders bei Unfällen:
In der Umgebung des TMI-Reaktors bei Harrisburg haben BI's jetzt schon erschreckend hohe Krebsraten zweifelsfrei festgestellt, zusätzlich zu dem amtlich festgestellten Anstieg der Säuglingssterblichkeit kurz nach dem Unfall und zu eidesstattlichen Erklärungen von Leuten, die unmittelbar nach dem Unfall typische Symptome einer schweren akuten Strahlungerkrankung zeigten.
Insofern ist es sinnvoll, solche Erhebungen vorzubereiten. Informationen dazu bei uns. Zu allen Fragen schlage ich ein extra Arbeitstreffen **Atomenergie und Arbeitswelt** im nächsten Jahr vor.

Jens Scheer, Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz c/o Fachbereich Physik Universität Bremen Postf. 330440 28 Bremen 33

Uranabbau im Schwarzwald gestoppt!

Eifrige Zeitungsleser wissen es schon: Bei dem kleinen Örtchen Menzenschwand im Südschwarzwald darf per Gerichtsbeschluß kein Uran mehr abgebaut werden. Die schätzungsweise 5.000 t Uran bzw. 500.000 t 1%iges Uranerz werden wohl bis auf weiteres im Berg bleiben. Daß sich die AKW-Gegner freuen, ist klar. Daß sie die Landesregierung auch freut, liegt daran, daß das Uran ihrer Meinung nach spätestens dann verfügbar sein wird, wenn die Weltmarktpreise mal anständig gestiegen sein werden.

Das Verwaltungsgericht Freiburg hat die Klage der Gewerkschaft Brunhilde gegen das Land Baden-Württemberg auf Erteilung einer Abbaugenehmigung für Uran und Thorium auf dem Gebiet der Gemeinde Menzenschwand abgelehnt, weil öffentliche Interessen die Urangewinnung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen. Dazu zählen die in der Naturschutzverordnung Feldberg aufgeführten Verbote, »Bodenbestandteile abzubauen, Grabungen vorzunehmen oder die Bodengestalt auf andere Weise zu verändern oder zu beschädigen ... Eine oberirdisch sichtbare Veränderung der natürlichen Bodengestalt im Sinne des Verbotstatbestandes wird aber allen durch den etwa 2 m hohen und 2 m breiten betonierten Stolleneingang herbeigeführt.«

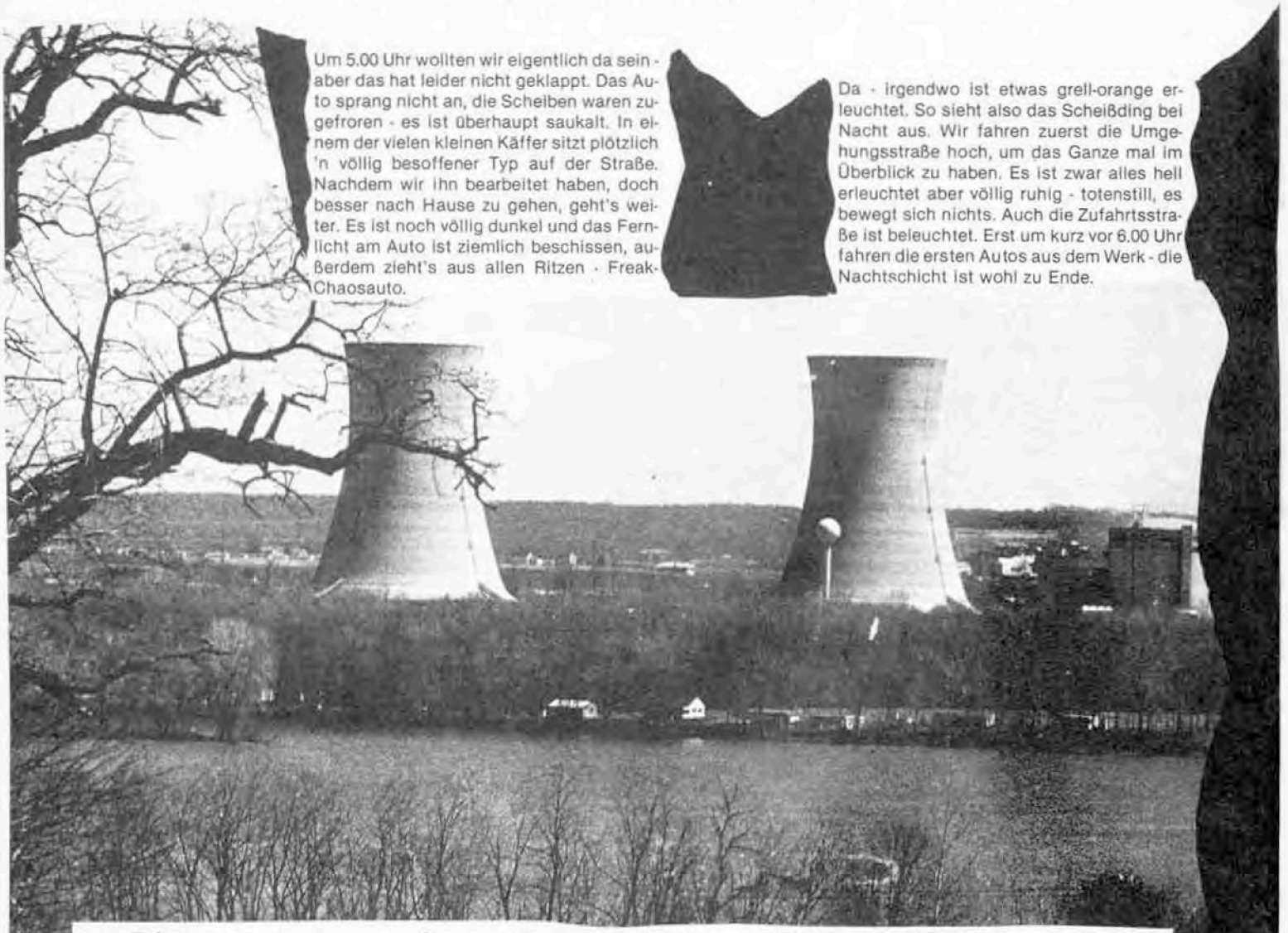
Das Gericht hat weiterhin festgestellt, daß es einen »generellen Vorrang berbaulicher Interessen gegenüber allen anderen öffentlichen Belangen« nach dem Gesetz nicht gibt, und es verneint auch, daß die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaft Brunhilde öffentliche Belange im Sinne des Naturschutzgesetzes sind. »Hierbei handelt es sich ausschließlich um privatwirtschaftliche Interessen«.

Von Bedeutung ist das Urteil auch insoweit, als die Gewerkschaft Brunhilde immer wieder den Verlust von Arbeitsplätzen ins Feld führt. Dazu das Gericht: »Dem mit der Ausweisung von Naturschutzgebieten verfolgten Zweck, Gebiete, in denen im besonderen Maße der Schutz von Natur und Landschaft in ihrer Ganzheit erforderlich ist, möglichst frei von menschlichen Eingriffen zu halten, widerspräche es, dem Interesse an der Schaffung oder Erhaltung von Arbeitsplätzen ohne weiteres Vorrang einzuräumen.«

Die Gewerkschaft Brunhilde wird aufgefordert, die zur Zeit noch andauernden Schürfarbeiten sofort einzustellen. Es bestehe keine Notwendigkeit mehr, weitere Untersuchungsarbeiten durchzuführen, weil die Klage auf Erteilung der Abbbaugenehmigung abgewiesen worden sei.

Das Land wird aufgefordert, den Antrag der Gewerkschaft Brunhilde auf Verlängerung des Schürfens über den 31.12.1984 hinaus abzulehnen.

Bericht über eine AKW-Bewachung in Würgassen



Chaos zwischen Kopf und Bauch

Um 5.00 Uhr wollten wir eigentlich da sein - aber das hat leider nicht geklappt. Das Auto sprang nicht an, die Scheiben waren zugefroren - es ist überhaupt saukalt. In einem der vielen kleinen Käffer sitzt plötzlich 'n völlig besoffener Typ auf der Straße. Nachdem wir ihn bearbeitet haben, doch besser nach Hause zu gehen, geht's weiter. Es ist noch völlig dunkel und das Fernlicht am Auto ist ziemlich beschissen, außerdem zieht's aus allen Ritzen - Freak-Chaosauto.

Da - irgendwo ist etwas grell-orange erleuchtet. So sieht also das Scheißding bei Nacht aus. Wir fahren zuerst die Umgehungsstraße hoch, um das Ganze mal im Überblick zu haben. Es ist zwar alles hell erleuchtet aber völlig ruhig - totenstill, es bewegt sich nichts. Auch die Zufahrtsstraße ist beleuchtet. Erst um kurz vor 6.00 Uhr fahren die ersten Autos aus dem Werk - die Nachtschicht ist wohl zu Ende.

Wir wollen näher ran. Von hinten kommt ein Riesen-LKW auf den Parkplatz gefahren und erleuchtet das ganze Auto - wir sind geblendet, uns ist unheimlich zumute. Ich versuche mal wieder den Wagen zum Anspringen zu überreden, was vor allen Dingen deshalb schwierig ist, weil mensch ihn nur mit Hilfe einer Schere kurzschließen kann (das Lenkradschloß war am Tag X im Wendland neben den Autoreifen den Agressionen der Bullen zum Opfer gefallen). Als es dann endlich klappt, fahren wir runter - näher ran. Wir wollen ja schließlich versuchen, Näheres über ein- und ausfahrende Fahrzeuge mitzukriegen.

Zunächst stellen wir uns in eine kleine Nebenstraße in Würgassen, von wo aus wir auch die zum AKW fahrenden Wagen sehen können. Es sind schon tierisch viele Leute unterwegs - vor allem fahren ständig Radfahrer an uns vorbei. Um uns herum beginnt Leben. In immer mehr Häusern gehen die Lichter an - meine Güte um diese Zeit hab' ich sonst noch 'n paar Stunden Schlaf vor mir und die gehen jetzt alle schon malochen.

Unsere Füße fangen an zu frieren. Da hilft auch Nina Hagen und der heiße Tee nicht. Da fährt ein Fahrrad ohne Licht, da jemand mit 'ner Uniform; mensch achtet auf völlig lächerliche Kleinigkeiten um vielleicht irgendwas spannendes zu entdecken. Es wird einfach zu kalt, zumal wir auch noch ab und zu die Fenster aufmachen müssen (zwei Raucherinnen, eine Nichtraucherin). Wir fahren also erst mal wieder 'n Stück - wegen der Heizung. Diesmal trauen wir uns direkt auf den Parkplatz am Haupttor. Hier können wir wenigstens die Kennzeichen der Autos entziffern. Es ist aber auch echt was los. Vor allem die dicken Daimlers kommen jetzt erst ... werden wohl die höheren Tiere sein.

Um uns herum die Morgendämmerung in zwei völlig verschiedenen Bildern. Der Ausblick nach hinten: Die Sonne färbt den Himmel mit einem wärmenden rot. Die Konturen einer Hügellandschaft sind zu erkennen (in welchem Roman bin ich den jetzt gelandet? die Sätzerin). Blickwechsel zur Frontscheibe: Die Kühlturmmonster sind in ihrem dreckigen grau nicht mehr zu übersehen (alles wieder klar! die S'in). Zäune, Stacheldraht und Mauern aus Beton betonen die strahlende Gefahr und flößen Angst ein. Als es hell genug ist, machen wir ein paar Fotos, die die widersinnigen Eindrücke festhalten sollen. Ein Auto vom Werkschutz kommt auf uns zu. Wir wollen erst mal wieder abhauen, weil die schon

öfter die Bullen benachrichtigt haben. Aber - zu spät, die Bullen sind schon hinter uns. Sie kommen in aller Ruhe ans Auto. ' Kann es sein, daß sie hier fotografiert haben?' Damit hab' ich nicht gerechnet. Da es aber hier kein Fotografierverbot gibt sag' ich: ' Ja, was dagegen? ' ' Ihre Personalausweise bitte. ' Der Bulle mit dem hochroten Kopf nimmt uns die Ausweise ab, während sich der andere die z.T. mit Bindfäden, Farbe und Spachtel zusammengehaltene Karosserie des Wagens anguckt. Dan setzen sie sich in ihren Passat und geben die Daten durch ... das übliche Ritual. Auf einmal lassen sie den Motor an und fahren mit unseren Papieren durch das Werkstor. ' Was soll das denn, dazu haben die doch wohl kein Recht! ' Ich gehe hinterher und frage den einen, was sie mit den Ausweisen noch wollen. ' Ich will die jetzt wiederhaben!' Aber er - völlig arogant - winkt ab. ' Sie kriegen die gleich schon wieder, das überlassen sie ruhig mal uns.' Ich weiß nicht was tun und gehe erst mal wütend zum Auto zurück. Die scheinen also im Werk 'ne Liste zu führen über alle, die hier bewachen. Kurz darauf kriegen wir sie dann mit einem grinsen wieder überreicht. ' N' schönen Tag noch.' ' Idiot!' kriegt er halblaut zurück. Conny fängt wieder an zu stricken. Jetzt wird's zu kalt. Wir fahren ins Dorf und trinken 'ne heiße Schokolade. Am AKW wird inzwischen kaum was weltbewegendes passieren.

Nach 'ner halben Stunde sind wir wieder da. Elke und Conny (Namen geändert) beschließen, das für alle mündigen Bürger/innen offene Informationszentrum im AKW zu besichtigen.

WELCOME

Auf dem Weg dorthin bemerken wir, daß der Typ vom Werkschutz in den Büschen hängt und uns beobachtet. Die übrigen Gebäude des AKW's wie Reaktor und Verwaltung sind nochmals umzäunt, alles mit Kameras bestückt. Wir sind angekommen. Ein unsicheres Gefühl im Bauch, wegen der Strahlung. Dann die Überaschung. Im Treppenhaus des Zentrums hängen Gemälde, die einfach toll sind. Aber warum hier? Perversion! Wir hatten damit gerechnet, daß uns dort jemand erwartet und durch die Räume führt, doch wir sind völlig allein und überwältigt, was uns hier geboten wird. Zuerst wird anhand eines Modells die Sicherheit der Reaktormauern demonstriert. Auf Knopfdruck lösen wir einen Videofilm aus, der den Reaktorkern zeigt und das, was passiert wenn ... Keine Panik, hier kann nichts passieren, wird uns versichert. Dem Film ist eine Musik unterlegt, die genauso wie Bild und Text die Gefühle aufpeitscht, mit der sicheren Ahnung eines Happy-Ends. Der Held des Films ist nicht James Bond sondern die Unfehlbarkeit der Wissenschaft. Die Wände, wenn nicht mit bunten, flackernden, aufklärenden Wandtafeln versehen, sind mit Metallplatten verkleidet. Das Gefühl, der einzig verletzbare Punkt im Raum zu sein oder wie nach einem Zeitsprung das Jahr 2000 erreicht zu haben und in einem Raumschiff in die Galaxie abzuheben. Wieder Knöpfe, die uns verschiedene Infos ermöglichen, unter anderem einer, der uns verspricht, was über Entsorgung zu zeigen. Klick - nichts. Zuerst Freude weil die Technik versagt, dann aber die Ahnung, daß der Film nicht vorhanden ist. Warum ? Ist das eine Schwachstelle der vorgegaukelten Perfektion? Jetzt weiter. Des Deutschen liebstes Kind, eine Eisenbahn. Zwei Züge, einer mit radioaktiven Elementen beladen, einer mit strahlenabschirmenden Materialien wie Sand, Glas, Beton können aneinander vorbeigeleitet werden und mensch hat die Möglichkeit, die Schutzwirkung der einzelnen Elemente mit einem Strahlenmeßgerät zu überprüfen. Warum regen sich alle so auf, selbst Sand läßt den Zeiger auf den Nullpunkt sinken. Außerdem,' was macht das schon, ein Millirem,' hatte uns eine vertrauensvolle Frauenstimme im Video 'Radioaktivität' beschwichtigt. Mittlerweile spiele ich mit Videokameras, die die Situation um den Reaktorkern und im Maschinenhaus life übertragen. Dann plötzlich Werker im Bild, die sich wie selbstverständlich in albernen Plastikanzügen im Kern der Schweinerei bewegen. Schwachsinnige Skrupel, die Position eines Überwachers eingenommen zu haben. Conny sitzt inzwischen auf einem Heimtrainer und produziert Strom. Der Rasierapparat summt -schneller- das Radio dröhnt -schneller, schneller- Anstrengung, das Fernsehbild flackert. Schluß! Ich hab' doch keine Macke. Angebote und Reize überfluten uns. Ich kann mich gar nicht entscheiden, is alles so schön bunt hier. Letzte Station, der Höhepunkt. Wir dürfen uns mit einem Computer unterhalten der uns verspricht, alle offenen Fragen verständnisvoll zu beantworten. Wir versuchen's wieder mit der Entsorgung. Unbeholfen tippen wir auf den Tasten herum. Unsere naive Hoffnung, ihn auszutricksen und entblößende Informationen zu erhaschen, geht natürlich in die Hose. Computer sind doof!(?)

Wir haben die ganze Zeit das sichere Gefühl, nicht so unbeobachtet zu sein wie es uns vermittelt wird. Das wird unterstützt, als wir mitkriegen, daß eine weißgekittelte Putzfrau auf den Knien robbend, die Fußleiste des Raumes entlang wischend, unsere Spuren verfolgt. Wir verabschieden uns von ihr und gehen noch kurz auf das Aussichtsplateau, von wo aus mensch das ganze Werk überblicken kann. Von Eindrücken erschlagen gehen wir den Weg zurück zum Auto.

Als die beiden sich wieder zu mir setzen, sind sie irgendwie merkwürdig drauf. Sie fangen an zu erzählen und ich hab' das Gefühl, noch 'ne Stunde länger in dem Kasten und die hätten nicht mehr gewußt, gegen wen oder was sie sich eigentlich hier den Arsch abfrieren. Es funktioniert! Ich stelle mir vor, wie die 'glückliche' deutsche Durchschnittsfamilie ihre Erlebnisse im AKW Würgassen ohne Probleme an den netten Besuch im Zoo anreiht. Ich erwische mich dabei, wie ich ihnen allen ernstes was über hohe Strahlendosis, Waldsterben und Krebs erzähle. Das darf alles nicht wahr sein!!

Da - schon wieder der LKW von vorhin fährt durch das Werkstor. Was sthet da für'n Name auf der Fahrertür, wo kommt der her? ' Mach' mal das Radio an, es müßte gleich 12.00 Uhr sein.' Zum krönenden Abschluß unserer Schicht erscheinen noch mal die Bullen.' Wir haben den Auftrag, uns ist gesagt worden, wir sollen hier mal vorbeifahren.' Die beiden sind 'ne Ecke jünger als die von heute morgen. Sie wollen uns irgendwie vermitteln, daß ihnen die Kontrolle selbst lächerlich vorkommt. Mit einem ' Ihre Kollegen sind heute schon hier gewesen, das wird ja wohl reichen,' geben sie sich dann auch zufrieden und hauen wieder ab.

Pünktlich mit den neuesten Infos zur Staatskrise im Radio, betrachten wir unsere Schicht dann als beendet.

Wir sind uns darüber einig, daß Demos und Blockaden echt die belebenderen Aktionen im revolutionären Repertoire darstellen. Eins ist wohl auch klar, das Wirrwarr zwischen Gedanken im Kopf und Gefühlschaos im Bauch kann mensch mit Worten kaum noch richtig rüberbringen.

Stade - Bewachung

In der Presse wurde bislang nur über einen Fehlalarm der Bewacher vor dem AKW Stade und über den Verlauf des Tag X berichtet. Die »Bewacher« sind jedoch der Meinung, daß ein Bericht über den Ablauf vor Ort, die Vorgeschichte, und eine Einschätzung über Sinn und Auswirkungen dieser Aktion für andere auch von Interesse ist.

Bericht über Tag X

Am Montag früh (8.10.84) um 8.40 Uhr erhielt die Kontaktstelle Stade (KS) eine telefonische Nachfrage aus dem Wendland, ob um 8.30 Uhr ein Atommülltransport das AKW Stade verlassen habe. Die KS schickte daraufhin jemand in Richtung AKW, um den Verdacht zu überprüfen, daß die Beobachter abkassiert worden waren. In der Zwischenzeit, um 9.00, erreichte der erste Anrufer die KS damit, daß eine »unheimliche« Polizeiansammlung in der Harburger Straße mit 4 Containerfahrzeugen sich durch die Stadt bewegt. Daraufhin gab die KS eine Vorabwarnung in das Wendland durch. Nach weiteren Anrufen aus der Bevölkerung war dann klar, daß endlich der erste Atommülltransport das AKW verlassen hatte.
Gegen 9.30 Uhr berichtete dann der vorausgesandte Melder, daß an dem Bewachungspunkt 1 vor dem AKW zwei PKWs mit Hamburger Kennzeichen, unbesetzt, standen. Zunächst wurde die örtliche Presse per Telefon darauf aufmerksam gemacht und ein Rechtsanwalt informiert. Der Melder und eine weitere Person fuhren dann zu dem AKW hinaus, wobei - noch in der Stadt - ein ziviler PKW mit zwei Uniformierten sich vor den PKW setzte. Diese Herren beobachteten das Notieren der KFZ-Kennzeichen, deren Durchgabe von einer öffentlichen Telefonzelle an den Rechtsanwalt, das Notieren der beiden Kennzeichen der beiden Autos am Beobachtungspunkt 2, welche jetzt erst entdeckt wurden - womit klar war, daß die Polizei gleich **beide** Wachen einkassiert hatte. Zu guterletzt unternahmen sie auch noch eine Personalienfeststellung.
Dann, rein zufällig, fuhr ein PKW an den Beobachtungspunkt 2 vor, dem zwei Personen entstiegen. So trudelten pärchenweise alle unsere 7 Hamburger Beobachter wieder ein. Es war inzwischen 10.30 Uhr.
Ab 2.30 Uhr des 9.10.84 stand die Beobachtung des AKWs wieder. Informationen deuteten daraufhin, daß am folgenden Tag zu derselben Uhrzeit ein weiterer Transport vorgesehen war. Die Beobachter hatten desnachts auf dem Gelände der NWK außergewöhnliche Aktivitäten festgestellt. Jedoch tat sich bis etwa 10.30 Uhr für den Beobachtungsposten gar nichts. Bei der KS liefen inzwischen erste Meldungen über Polizeibewegungen in Richtung Stade ein. Diese hätten sich aber auch auf den Rückzug der im Wendland eingesetzten Stader Fahrzeuge beziehen können.
Das erste Anzeichen kam wieder einmal aus der Bevölkerung: es wurde gemeldet, daß die Nebenstraßen zur Harburger Straße - wie am Vortage - von der Polizei abgesperrt werden. Dann wurde eine Polizeikolonne in Richtung AKW gemeldet, ein anderer Anruf galt einer Sattelschlepper-Gruppe ohne Aufsetzer in Richtung Dow Chemical. Jetzt waren die Posten an der Reihe. Da sie diesmal nicht in »Schutzhaft« genommen wurden, meldeten sie Ein- und Ausfahrt zwischen denen nur ganze 10 Minuten lagen; die Zugmaschinen und der geschlossene Polizeitross waren über eine Straße, die nur bis 3,5 to zugelassen ist, durch den Nebeneingang auf das Gelände der NWK gefahren. Schnelligkeit war offensichtlich Trumpf! Unter den ca. 50 Staatskarossen befanden sich auch zwei vollbesetzte Busse.
Das war eindeutig genug.
Die Telefonkette wurde ausgelöst, und einige Atomkraftgegner verfolgten den Tross; jedoch wurden die meisten aus dem Verkehr hinter dem Konvoi herausgewunken und unter dem Vorwand einer Personen- und Fahrzeugkontrolle aufgehalten. Die letzte Meldung von einem AKW-Gegner aus Stade kam aus der Nähe von Soltau

War das alles ?

Aus unserer Sicht war die Bewachung des AKWs ein Erfolg. Der anfängliche Pessimismus innerhalb der örtlichen Bewegung konnte relativ schnell überwunden werden. Obwohl der Stader Arbeitskreis gegen Atomenergie im Februar aufgelöst worden war, fanden sich genügend Leute für die Überwachung.
Wir hatten nie den Eindruck, daß wir »für den schlafenden Teil der Bevölkerung das AKW beschützen«. Wir hatten dagegen den Eindruck, daß sich durchaus viele Stader Bürger Gedanken machten, ob die Bewachung durchhält und ob es der NWK gelingen würde, einen Transport unbemerkt aus dem AKW zu schleusen. Dazu hatte ein Flugblatt wesentlich beigetragen. Folglich konnte die Polizeistrategie auch nicht aufgehen, die Beobachter per Staatsgewalt davor zu schützen, eine strafbare Handlung auszulösen. (Der Alarm war durch Anwohner ausgelöst worden). - Effektiv waren dadurch beide Transporte maximal 15 Minuten lang bzw. auf einer Strecke von 5 km unbemerkt geblieben. Aus dem Grund hatte die Polizeiführung auch am 9.10.84 auf das Einkassieren der Wachen verzichtet (hinzu kam, daß sich die Wachen taktisch etwas besser verhielten). Gelegentlich wurden unsere Wachen von Vorbeikommenden ermutigt (z.B bekamen einige von uns Äpfel zugesteckt). So sehen wir auch eine Wechselwirkung darin, daß ohne unsere Wachen die Aufmerksamkeit der Stader schnell erloschen wäre. Damit bekam diese Aktion eine neue Qualität.
Diese finden wir auch in den folgenden Punkten wieder:
Die Aktion erforderte eine für jeden erkennbare Beständigkeit; die Bewacher investierten Zeit, auch wenn in ihrer Schicht mit nichts zu rechnen war. Auch war diese Zeit nicht vertan, denn Gespräche in Muße im Angesicht eines altersschwachen AKWs fallen leicht noch etwas »rechtsstaatlicher« aus.
Die wochenlange Anwesenheit der Bewacher löste gewisse Irritationen bei den Betreibern aus. (Werkschutzaktivitäten, Probetransport am 20.9.84, Verwirrfahrten aus und in das AKW mit Containerfahrzeugen... - u.a. hatte der Werkschutz unseren Funkverkehr »mit Spielchen« gestört.)
Die Telefonüberwachung war nicht zu überhören - knick,knack
Es war mal eine Aktion, wo nicht auf eine Handlung der Betreiber oder des Staates reagiert, sondern offensichtlich provoziert wurde: die Staatsmacht mußte für einige private Müllcontainer sehr viel Staub auf bundesdeutschen Straßen aufwirbeln.
Für die meisten - und auch für die neuen Gesichter in der Stader Anti-AKW-Bewegung - war die AKW-Beobachtung nicht die letzte Widerstandsaktion. So wird z.B. bei den Alternativen Stade darüber nachgedacht, gegen welche Betriebe oder Baustellen, in welchem Zusammenhang (z.B. wer macht wann wiederholt Überstunden?) diese Aktionsform gleichermaßen geeignet sein könnte.

Schneller Brüter in Ostfriesland

Kaum war der Ems- Dollart- V ertrag am 26.5.84, der den Bau des Dollarthafens und die Nutzung der Industrieflächen am Rysumer Nacken und im Wybelsumer Polder bei Emden regelt, zwischen den Niederlanden und der BRD paraphiert, da tauchten neue beunruhigende Meldungen über Industrieansiedlungsmaßnahmen in der ostfriesischen Öffentlichkeit auf: Ostfriesland wurde als Standort für einen Schnellen Brüter genannt.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung meldete am 29.5.84: *„Obwohl der erste Schnelle Brüter der Bundesrepublik in Kalkar am Niederrhein noch nicht fertiggestellt ist, laufen die Vorbereitungen für einen zweiten, noch größeren Brüter. Vertreter der Elektrizitätswirtschaft haben bei niedersächsischen Politikern vorgefühlt, welche Chancen es für einen Standort in Ostfriesland gebe."* Bereits seit 1978 gibt es Überlegungen in der Atomindustrie den Bau eines weiteren Schnellen Brüters, und zwar mit 1.000 Megawatt, „ein Jahr nach Inbetriebnahme des Kalkarbrüters" (SNR I mit 300 Megawatt) zu beginnen. (1) Deshalb ist es gar nicht verwunderlich, will die Atomindustrie einen zweiten Brüter (SNR II) mit einer heute geschätzten Wahnsinnssumme von 15 Mrd. DM in den neunziger Jahren fertigstellen, parallel zur zehnjährigen Bauzeit des Dollarthafens, schon jetzt die Maßnahmen für Planfeststellungs- und Landesraumordnungsverfahren einzuleiten

Laut der HAZ, soll es in Bonn Spekulationen geben, wonach der Standort für den Bau der atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Gorleben entfällt und stattdessen in Schwandorf ausgeführt wird. Niedersachsen würde im Gegenzug, sollte sich die DWK im Herbst 84 für den Standort der WAA in Bayern entscheiden, den SNR II als Ausgleich erhalten. In diesem Zusammenhang sind auch Äußerungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht (CDU) zu sehen, der *„seit jeher der Meinung war, Niedersachsen dürfe nicht nur Standort für Atommüllager sein, sondern müsse auch an der zukunftsträchtigen Weiterentwicklung der Kerntechnik teilhaben."*

Einen Tag später (Emdener Zeitung vom 30.5.84) dementierten dies die niedersächsische Landesregierung, die Schnell-Brüter- Kraftwerksgesellschaft und die DWK sagten, daß der Bau eines Schnellen Brüters in Ostfriesland reine Spekulation sei.

Doch günstige Vorraussetzungen für die Atomindustrie und die Herrschenden sind in dieser Region vorhanden:

- Ostfriesland hat eine sehr hohe Arbeitslosigkeit, die je nach Landgemeinde zwischen 20 und 30% pendelt, sodaß Industrieansiedlungen von der Bevölkerung relativ positiv aufgenommen werden;
- Die Region ist abhängig von dem V W- Zweigwerk Emden und den Werften;
- Ostfriesland ist eine ländlich strukturierte Region mit geringer Bevölkerungsdichte; und
- Ostfriesland ist vom Meer umgeben und kann deshalb beim Bau eines SNR II gegen zu erwartende Widerstandsaktionen leicht abgeriegelt werden.

Schon 1979, im Zusammenhang mit der alten Dollarthafenlösung (2) kam ein schneller Brutreaktor, der auf Gasbasis gekühlt werden sollte, für Ostfriesland ins Gespräch: Am Rysumer Nacken sollte eine Kohleverflüssigungsanlage mit Ankoppelung an einen Hochtemperaturreaktor (HTR) gebaut werden.

Billige Importkohle, für die im Emdener Hafen die Umschlagskapazitäten vorhanden sind, sollte in der Kohleverflüssigungsanlage in Erdgas und Erdöl umgewandelt werden. Das billige gewonnene Erdöl und Erdgas würde, so argumentierten damals die Betreiber, schnell die Ansiedlung chemischer Industrie nach sich ziehen. Außerdem wäre es mit dem HTR möglich, die angeblich großen und teuren Energieprobleme der ansiedlungswilligen Unternehmen mit „billigem" Atomstrom zu lösen.

Und auch nach Abschluß der V erhandlungen für die neue Dollarthafenlösung ohne die Industrialisierung des Geiserückens (3) existieren plötzlich bei den hiesigen Atomkraftbetreibern wieder Energieproblemefür die ansiedlungswillige Industrie. In ihrem neuesten Jahresbericht stellt die IHK (Industrie- und Handelskammer) für Ostriesland und Papenburg fest, daß sich die Energiekosten zu einer großen Belastung für die Wirtschaft entwickelt haben, *„womit insbesondere bei den energieintensiven Unternehmen der Region die Bedeutung der Energiekosten stärker als früher in den Blickpunkt gerückt ist."* Der Grund hierfür wird von der IHK gleich mitgeliefert: *„Denn die Region gehört zu den zehn teuersten Stromversorgungsgebieten in der Bundesrepublik."* Glücklicherweise für die Stromverbraucher und die Industrie *„ ist wenigstens der Anteil der Kernenergie bei der Stromerzeugung in Norddeutschland mit fast 50% schon verhältnismäßig hoch, andernfalls wären die Strompreisunterschiede zu anderen Regionen noch größer."* (4)

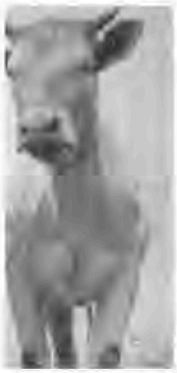
Was an diesem IHK- Bericht auffällt, ist nicht das klare Bekenntnis der Unternehmervertretung zur Kernenergie, sondern, daß jetzt nach Abschluß der Dollarthafenverhandlungen die Energieproblematik für die Unternehmer wieder an Bedeutung gewonnen hat. In den IHK- Berichten aus den letzten Jahren hatten die Kapitalisten jedenfalls noch keine Probleme mit den angeblich überhöhten Strompreisen. Hier geht es um mehr. Weiter hinten in ihrem Jahresbericht wird die IHK deutlicher: *„Die Bundesrepublik muß als Standort für strominten-*

sive Branchen, insbesondere der Grundstoffindustrie, attraktiver bleiben. Aus industrie- und arbeitsmarktpolitischen Gründen kann auch gerade aus norddt. Sicht auf die Grundstoffindustrie nicht verzichtet werden." (5)
Der Ems- Dollartvertrag läßt, trotz seiner „verschärften" Umweltschutzmaßnahmen, die Ansiedlung von Grundstoffindustrien zu, gemeint sind damit vor allem Industriebetriebe, die im chemischen Sektor und im Eisen- und Stahlsektor produzieren. Das klare Bekenntnis der IHK zum angeblich billigen Atomstrom nach Abschluß der Dollarthafenverhandlungen und die Meldungen, daß der SNR II für Ostfriesland im Gespräch ist, machen deutlich: Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Bau des Dollarthafens, den Bestrebungen den zweiten Schnellen Brüter der BRD in Ostfriesland zu bauen und den Ansiedlungen von Grundstoffindustrie am Rysumer Nacken und im Wybelsumer Polder auf Grundlage von Atomstrom.

Warum haben die Atomwirtschaft, der Staat und das Militär ein Interesse am Bau des SNR II in Ostfriesland ?

Der Bau des SNR I in Kalkar, der als Prototyp für den Serienbau erst einmal seine Funktionsfähigkeit beweisen muß, ist weitgehend vom Staat finanziert worden, d.h. der Steuerzahler kommt für die mehr als 10 Mrd. DM auf. Trotz der nicht erbrachten Funktionsfähigkeit und Finanzierungsschwierigkeiten durch den Staat 1981/82 drängte die Atomindustrie auf den Weiterbau des SNR I mit der Begründung: *„Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Weiterbaus liegt für die BRD nicht zuletzt darin, daß bei der Einstellung der Arbeiten auch die dt. Industriefirmen ein Gebiet aufgeben müßten und nicht mehr in der Lage wären, später etwaige Lizenzen aus einem anderen Land zu nutzen. Darüber hinaus sichert nur die Erfüllung der internationalen Verträge über den SNR 300 die spätere ausländische Beteiligung an einem großen deutschen Demonstrations-Brüterkraftwerk SNR II im Gegenzug zu der deutschen Beteiligung am französischen Super-Phenix. Danach werden die italienische ENEL 33% und die frz. EdF 16% der Kosten des SNR II tragen, wodurch sich mit der 30%igen Beteiligung der niederländischen und der britischen Partner an der SBK ein ausländischer Finanzierungsanteil von 65% am SNR II ergibt."* (7) Im Klartext heißt das: bei geschätzten 15 Mrd. DM für den Bau des SNR II in Ostfriesland müßte die dt. Atomwirtschaft nur 35% der Baukosten aufbringen ! Dazu würden sich die Baukosten noch durch ein 20%iges Subventionierungsgeschenk aus niedersächsischen Landesmitteln bei Industrieansiedlung in Ostfriesland vermindern.

Das Militär und der Staat in der BRD haben das Interesse an der Herrstellung von A- Bomben. Im Frühjahr 1982 wurde im Emdener ABC- Batallion 110 ein „politisches Seminar" durchgespielt, indem ein SNR in Ostfriesland die gespielte Ausgangslage bildete: Dieses Planspiel zeigt, das bereits vor zwei Jahren militärische Kreise über den Standort des SNR in der Region informiert waren, oder zumindest darüber nachdenken sollten. Es zeigt aber auch, daß unter den Soldaten primär ein Klima geschaffen werden sollte, daß die Gefährlichkeit des SNR verharmlost. Sekundär zeigt es, daß die Atommafia sich Gedanken über Widerstandsaktionen von Atomgegnern/innen in dieser Region gegen den möglichen Bau des SNR II macht.



Zur ungestörten Herrstellung von A-Waffen haben die Militärs, neben den bereits hervorragenden Abriegelungsmöglichkeiten der Region durch Ordnungskräfte, natürlich das Interesse, möglichst in unmittelbarer Nähe des Standortes für den SNR präsent zu sein. Dieses Interesse ist bereits durch die Auslegung des Bebauungsplans D 87 durch die Stadt Emden berücksichtigt worden. In der Emdener Zeitung vom 21.7.1975 heißt es dazu: *„Die Fläche für das zur Energieversorgung notwendige Kraftwerk ist als Versorgungsfläche festgesetzt, die Lage an der Ems muß wegen der Kühlwasserversorgung gewählt werden. Ein ca. 80 ha großes Sondergebiet dient der Landesverteidigung. Es wird von der Bundesregierung beansprucht."*
Es ist davon auszugehen, daß sich dieses militärische Sondergebiet in unmittelbarer Nähe des Standortes für den möglichen SNR befindet, weil sich dadurch folgende Vorteile ergeben:
- der SNR läßt sich bei Bedarf schnell durch das Militär „schützen";
- das im SNR gewonnene Plutonium kann für die militärische Weiterverarbeitung (A- Waffen)direkt in militärische Obhut gegeben werden;
- der Transport kann über den militärischen Teil des Dollarthafens erfolgen, falls das Schienen- oder Autobahnnetz ausfallen sollte;
- und der Ausschluß der Öffentlichkeit ist im Hafengebiet gewährleistet.

Bleibt nur noch nachzutragen, daß der Bau eines SNR im Rysumer Nacken oder im Wybelsumer Polder auf labilem Baugrund erfolgen würde. Nach einer Prognose von Geologen soll „das Gebiet von Groningen bis hin zur Krummhörn um etwa einen halben Meter" bis zum Jahr 2000 sinken. Zurückgeführt werden diese Bodensenkungen auf die Förderung von Erdgas bei Slochteren (Provinz Groningen/Niederlande) und Groothusen (Krummhörn/Ostfriesland). Durch die Gasförderung bei Groothusen sind bereits heute Bodensenkungen bis in den Emder Vorort Twixlum festgestellt worden. Zwar behaupten die Geologen, daß die Bodensenkungen sich *„nicht negativ auf die Form der Erdkruste auswirken – Erdbeben werden auch in Zukunft nicht im Dollartraum auftreten –"* (Emdener Zeitung vom 10.5.84), jedoch ist davon auszugehen, daß der labile Baugrund zu Schwankungen und Schwingungen führen würde. Die Lebensgefährlichkeit des SNR würde sich durch den labilen Baugrund nocheinmal steigern !

1) Strohm, H., Friedlich in die Katastrophe, Frankfurt a. M. 1981, S. 784
2) Die alte Dollarthafenlösung sah die Ansiedlung von Industrie auf einem aufgespülten sehr breiten Damm im Dollart vor.
3) Die neue Dollarthafenlösung regelt über ein paar schwammige Paragraphen einige unbedeutende Umweltschutmaßnahmen.
4) Jahresbericht 1983 der IHK für Ostfriesland und Papenburg, Emden 1984, S. 26
5) ebenda, S. 45
6) vgl. Bode, Bertold u.a., Stromlügen und andere Märchen, Göttingen 1981, S. 81
7) NRW Landeskonferenz-Info Nr. 36 vom 7.6.82 (zitiert nach S. 8)

Richtfest in Mitterteich

Nun soll es auch in Mitterteich bald soweit sein: Nachdem am Tag X der Atomstaat sich vorerst im Wendland niedergalassen hat, wurde am 19.10. in Mitterteich Richtfest gefeiert. Das freudige Ereignis galt der Landessammelstelle auf dem Gelände des Zwischenlagers , wo ab Frühjahr 1985 mit der Einlagerung von Atommüll aus Krankenhäusern, Forschung und Industrie begonnen werden soll; gefolgt von mittelaktivem Müll aus Atomkraftwerken ab 1986.

Ursprünglich war die Inbetriebnahme schon für Ende 1982 geplant, aufgrund des Widerstandes der örtlichen BI hat sich der Bau dann erheblich verzögert. Begonnen hatten die Auseinandersetzungen um das Zwischenlager bereits 1980, als bekannt wurde, daß die Landesregierung auf dem Gelände einer schon länger für nicht radioaktiven Müll benutzten Sondermülldeponie auch Atommüll einlagern wollte.

Träger des Projektes war die zu 80% landeseigene "Gesellschaft zur Beseitigung von Sondermüll" , die zu diesem Zweck "Gesellschaft zur Beseitigung radioaktiver Abfälle in Bayern" (GRB) gründete.

Nach altbewährter Manier war geplant, das Projekt in der ländlichen, strukturschwachen Oberpfalz schnell und ohne Aufsehen durchzudrücken; mit größerem Widerstand hatte man nicht gerechnet.

Wie sich zeigte, zu Unrecht: schon 2 Monate nach dem Bekanntwerden der Pläne hatte sich die BI gegen Atommüll im Grenzland mit 1400 Mitgliedern gebildet, die in den folgenden Jahren zahlreiche Veranstaltungen sowie Demos in München und am Baugelände durchführte.

Die unangenehmste für den "Umweltschutz"-Minister Dick jedoch war der Widerstand der Stadt Mitterteich gegen die Pläne der CSU-Landesregierung. In mehreren Klagen versuchte der Stadtrat, die Deponie zu verhindern, ein Aufschub der Baugenehmigung brachte die Pläne erheblich in Verzug.

Die Aktivitäten der BI und des Stadtrates sind allerdings, wie sich jetzt gezeigt hat, letztendlich erfolglos geblieben. Einzig die Klagen dreier BI-Vorstandsmitglieder haben für eine bessere bauliche Ausführung der Hallen für die Landessammelstelle und für den Müll der EVUs gesorgt. Vor allem letztere wäre aufgrund falscher Planung eventuell später eingestürzt. Auch wurde für eine bessere Ausführung der Bodenplatten gesorgt, um ein unauffälliges Versickern von verseuchten Flüssigkeiten durch Risse zu verhindern.

Angesichts des gewaltigen Gefahrenpotentials – allein in der Halle für den mittelradioaktiven Müll sollen 40000 Fässer gelagert werden–also nur eine kosmetische Verbesserung. Eine Verbindung der Klage mit den Vorsorgemaßnahmen gegen den Austritt von Radioaktivität lehnte der Richter ab, die Bauwerke wurden deshalb rechtlich wie jeder normale Lagerschuppen behandelt. Haarsträubend genug, daß selbst dabei noch Mängel in der Planung gefunden wurden.

So ist jetzt, kurz vor der Fertigstellung der ersten Halle, nur noch die Klage gegen die strahlenschutzrechtliche Genehmigung vor dem Verwaltungsgericht Regensburg anhängig. Selbst die BI verspricht sich allerdings nur noch geringe Erfolge.

Wahrscheinlich wird es bei diesem Verfahren nur um die mehr als zweifelhaften zulässigen Strahlenhöchstbelastungsgrenzen gehen, jedoch kaum um konkrete bauliche Maßnahmen. Eindrucksvoll ist auch hier der Unterschied zwischen den Berechnungen eines von der BI herangezogenen Physikers und dem Gutachten der GRB : die Werte unterscheiden sich um das 12000fache!

So wird das Zwischenlager wahrscheinlich 1986 ohne weitere größere Verzögerung vollständig in Betrieb gehen, es sei denn, aus dem Prozeß ergeben sich unerwarteterweise noch einschneidende Erkenntnisse.

Auch mit einerRadikalisierung des Widerstandes im Grenzland ist nicht zu rechnen. Mitterteich ist nicht Gorleben, so, wie auch alle Widerstandsaktionen dort bisher trotz starker Polizeiaufgebote allesamt friedlich verliefen. Ein guter Teil der Bevölkerung scheint sich zudem mit dem Müll vor der Haustür abgefunden zu haben: Die Wahlergebnisse haben nur geringe Verluste für die CSU gebracht.

Für die Landesregierung also eine, trotz der Verzögerung, erfreuliche Perspektive. Die Landessammelstelle Neuherberg platzt nämlich schon seit Jahren aus allen Nähten, die Deponie in Mitterteich wird unbedingt benötigt, da sich inzwischen der Müll schon in diversen "wilden" Zwischenlagern stapelt.

Sachzwänge also mal wieder, "da der Bürger das Recht hat, daß die Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden", so GRB-Geschäftsführer Frank in seiner Rede auf dem Richtfest.

Wenn es denn nur ginge!

Der Bauplatz in Mitterteich

Foto: H. Bessermann

Für die Klage gegen die strahlenschutzrechtliche Genehmigung benötigt die BI finanzielle Unterstützung. Wer bereit ist, sich anteilig an den Prozeßkosten zu beteiligen, kann sich die Bereitschaftserklärung zusenden lassen von:
Irmgard Kilian
BI gegen Atommüll im Grenzland e.V.
Marktredwitzer Str. 26
8596 Mitterteich

Hoch und Trocken:

Neckarwestheim

Mit Wassermangel herumschlagen müssen sich zur Zeit die Planer des zweiten Blockes für das Atomkraftwerk Neckarwestheim (GKN II).
Obwohl noch erhebliche, bisher ungelöste Probleme mit der Kühlung bestehen, wird zur Zeit schon das Fundament für das Reaktorgebäude betoniert. Eine Klage gegen den Sofortvollzug der Baumaßnahmen wurde von den Gerichten in zweiter Instanz abgelehnt, obwohl gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) ein Prozeß anhängig ist. Die Zulassung einer Beschwerde hiergegen vor dem Bundesverfassungsgericht steht noch aus.
Die Klage gegen die erste TEG richtet sich vornehmlich gegen den Standort, den Untergrund und die pauschale Konvoigenehmigung.
Eine weitere Klage läuft zur Zeit gegen die wasserrechtliche Genehmigung der Anlage. Auf diesem Gebiet liegt auch der Schwerpunkt der Arbeit der regionalen BIs gegen GKN II, da die Wasserversorgung zu den größten Planungsschwachpunkten des Reaktors gehört, gegen die ein Vorgehen die größten Erfolgsaussichten bietet.
Besonders in den Monaten von August bis Oktober, wenn der Neckar seinen niedrigsten Pegelstand hat, wird es mit der Kühlung problematisch. Dementsprechend muß der Betrieb runtergefahren werden, was Kosten verursacht und wodurch außerdem erhöhte Radioaktivität freigesetzt wird.
Eine zuverlässige Grundlastversorgung durch das angeblich so nötige AKW ist also nicht einmal gewährleistet.
Ein weiteres Problem tut sich im weiter flußabwärts gelegenen Heilbronn auf : Dort soll ein Kohlekraftwerk errichtet werden, das gleichfalls dem Neckar Kühlwasser entnehmen soll, und dabei ebenfalls einen großen Teil verdunsten lassen würde. Der Niedrigwasserstand des Neckar reicht also auf gar keinen Fall für die derzeitigen Pläne.
Unverdrossen versucht die Landesregierung aber weiterhin, den Standort zu verteidigen. Die Devise lautet nun :
Wenn der Neckar nicht genug natürliches Wasser führt, muß man eben nachhelfen. Von weither soll Wasser in den Fluß gepumpt werden. Verschiedene Überlegungen stehen augenblicklich zur Diskussion, wovon das erste Projekt schon gescheitert ist : Ein Anzapfen des Bodensees wurde von der Schweiz abgelehnt, auch die Leitung durch die Schwäbische Alb wäre geologisch bedenklich gewesen.
Das nächste Vorhaben würde, in die Tat umgesetzt, eine enorme Umweltzerstörung zur Folge haben :
Fünf Täler in ganz Baden Württemberg sollen in Stauseen verwandelt werden. Wertvolle, ökologisch noch relativ intakte Gebiete würden zerstört, und dafür bis zu 70m hohe Staumauern die Landschaft zieren. Gegen diese Pläne hat sich sofort ein breiter Widerstand entwickelt, der sich nach Bekanntwerden der Pläne in mehreren BIs organisierte.
Daraufhin holte die Landesregierung den nächsten Vorschlag aus der Schublade : Aus dem Rhein soll nun Wasser über die Metter und die Enz in den Nekkar geleitet werden. Die Folge wäre ein kompletter Ausbau der bisher noch ihrem natürlichem Lauf folgendem Metter, da der Fluß den geplanten Wassermassen nicht im geringsten gewachsen wäre. Auch die Qualität des Rheinwassers dürfte erhebliche Einflüsse auf die Ökologie des Flusses haben.
Ein veränderter Vorschlag läuft nun darauf hinaus, die Pipeline bis zur Enz durchzubauen, nahe ihrer Einmündung in den Neckar bei Bietigheim.
Nach Einschätzung der Initiativen stehen die Chancen, das Rheinwasserprojekt zu verhindern, nicht schlecht. Weniger gut sieht es bei den Speicherseen aus. Zur Zeit wird ein überregionaler Zusammenschluß aller Initiativen gegen jede Art von Stauseen, Regenrückhaltebecken etc. diskutiert, um auch anderen Umweltzerstörungen im Gefolge des GKN II entgegenzutreten.
Offiziell nämlich sind all diese Wasserzuführungspläne gar nicht für das AKW gedacht, obwohl allein schon aus dem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren hervorgeht, daß zusätzliches Wasser benötigt würde. Auch Industrieansiedlungen brauchen schließlich viel Wasser, und natürlich Strom, den man momentan schon im Übermaß produziert....

Bundeskonferenz 84

Hurra, wir leben noch ...

Was von so einem Mammuttreffen wie der Bundeskonferenz übrigbleibt, bzw. was uns davon wichtig erscheint - das haben wir auf den nächsten Seiten zusammengestellt.
Es fehlt natürlich eine ganze Menge, aber für eine Extra-Nummer ausschließlich zur BuKo hat ein solches Treffen u.E. nun doch nicht den entsprechenden Stellenwert, was auch die eher aktionsorientierten praktischen Ergebnisse jenes Wochenendes beweisen:

1. Demonstration gegen die Hanauer Atombetriebe am 15.12.1984.
2. Aktionen im Wendland gegen Atommülltransporte und Aktionstage am 26./27.1.1985.
3. Tribunal gegen die RWE vom 23.-25.2.1985
4. Demonstration 14 Tage nach Bekanntwerden der WAA-Standortentscheidung vor Ort.
5. Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-5. Mai 1985.

Wie auf anderen BuKos gab es in Braunschweig
- eine Auftaktveranstaltung mit verschiedenen Redebeiträgen, von denen wir drei abdrucken;
- fast 20 Arbeitsgruppen, deren Ergebnisse wir nur knapp zusammengefaßt wiedergeben;
- eine Fete, von der leider noch kein Analysepapier vorliegt;
- ein Abschlußplenum, auf dem unzählige Resolutionen verabschiedet wurden, u.a. zum Wendlandwiderstand, zum Weltwirtschaftsgipfel, zur Kriminalisierung, zum Verhältnis Anti-AKW-Bewegung und Grüne, zur bevorstehenden WAA-Standortentscheidung.

Die Resolutionen findet ihr in den jeweiligen inhaltlichen Komplexen dieser Nummer.

Natürlich liegen auch schon Kommentare und Einschätzungen vor. Einige davon haben wir auf den letzten Seiten des Buko-Teils abgedruckt.

Redebeitrag von Jens Scheer

es rettet uns kein höheres Wesen ... das können

Eine Bemerkung vorweg: was ich sagen möchte gewinnt keineswegs dadurch an Gewicht, daß ich hier mit Titeln angekündigt werde - vielmehr ist es ja gerade eine der Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung, daß man Autoritäten nichts unbesehen glauben sollte, schon gar nicht, wenn sie akademische oder sonstige Orden und Ehrenzeichen vor sich hertragen.

Der Kampf gegen Atomenergie - konkret für die Stillegung aller Atomanlagen - wird immer dringlicher, vor allem, weil bei alternden AKWs die Unfallgefahr wächst und die Konsequenzen jedes vorstellbare Maß überschreiten. Ein Gefühl dafür, wie eine Reaktorkatastrophe, die jederzeit - in dieser Sekunde - möglich ist, in unser Leben hineinbricht, gibt der Roman 1000 Röntgen.

Beispiel Stade: seit langem ist die starke Versprödung des Reaktorkessels bekannt - jederzeit möglich, daß er birst. Konsequenz aber nur: etwas geringere Leistung, Umordnung der Brennstäbe, damit etwas weniger Neutronen austreten. - Die so glänzende Erfolgsbilanz mancher AKWs kommt, wie in Stade, nur daher, daß notwendige Reparaturen aufgeschoben und die Anlage in krimineller Weise gefahren wird. Folge: just in diesem Moment kann der Kessel bersten und bei SW-Wind eine Wolke mit der Radioaktivität von 1000 Hiroshima-Bomben in Richtung auf Hamburg treiben und dieses buchstäblich vernichten.

Also ist die Stillegung unbedingt notwendig, selbst wenn das Konsequenzen bis hin zu Stromsperren hätte, was ja nicht der Fall ist. Harrisburg war ein Menetekel, wo die Katastrophe durch gütigen Zufall, und nicht etwa durch Kompetenz der Betreiber, vorüberging. Selbst dort steigt bereits jetzt die Krebsrate in der Umgebung an und mit Sicherheit ist dort eine Krebsepedemie in den nächsten Jahren zu erwarten.

Die schleichende Verseuchung auch ohne Unfall durch Radioaktivität wird als immer schlimmer erkannt. Die Ursache: ein bei geringen Dosen besonders effektiver Wirkungsmechanismus, der Petkau-Effekt, der dazu führt, daß durch die bei hohen Dosen gewonnenen Erfahrungen die Gefahr bei geringen Dosen drastisch unterschätzt wird. Das wurde zuletzt deutlich durch amtliche US-Untersuchungen an Atomarbeitern, die unzweideutig verstärktes Auftreten von Strahlenkrebs weit unterhalb der zulässigen Dosen aufwiesen - ein Grund mehr, den geplanten Verschlechterungen der Strahlenschutznormen entgegenzutreten und ihre drastische Senkung zu verlangen, solange die sofortige Stillegung aller Atomanlagen noch nicht erreicht wurde. Das zeigt auch, daß die Atomarbeiter, auch was die Überwachung angeht, die ersten Opfer des Atomstaats sind, von ihren ureigensten Interessen her auf unsere Seite gehören. Aber auch die anderen, oft angezweifelten Befunde von Krankheiten und Todesfällen in der Umgebung von Atomanlagen werden durch den Petkau-Effekt verständlich.

Eine weitere Folge: Geringe Radioaktivität verstärkt die Wirkung anderer Umweltgifte, der sogenannte Synergismus. Das gilt nicht nur für Mensch und Tier, sondern auch für die Pflanzen.

Ein wichtiges Beispiel: Die Pflanze Tradescantia, an deren Blütenhäarchen jedermann/jedefrau die Wirkung von Strahlen mit der Lupe sehen kann; und zwar ist dieses biologische Nachweisgerät empfindlicher als jeder physikalische Apparat - mithin ein ideales Nachweisgerät für Bürgerinitiativen, die mit einer Atomanlage leben müssen, auch wenn die Beobachtung sehr viel Zeit und Mühe erfordert.

Besonders wichtiges Beispiel aber ist das Waldsterben. Das wird einerseits durch chemische Umweltverseuchung verursacht - durch saures Regenwasser, aber auch durch andere chemische Stoffe. Deren Wirkung wird aber, wie heute ganz unbezweifelbar ist, durch Radioaktivität verstärkt. Deswegen ist es völlig falsch, ja geradezu pervers, die Bewegungen gegen chemische Gründe des Waldsterbens und gegen Atomenergie gegeneinander auszuspielen. Das hat ja nicht nur die Gegenseite mit einigem Erfolg versucht, sondern auch die Bundes-Grünen haben sich einige Zeit dadurch verwirren lassen, was ihr begrüßenswertes Stillegungsgesetz um weitere Wochen verzögert hat.

Allerdings sind zwar die Befunde klar, daß Atomenergie zum Waldsterben beiträgt, unklar sind aber noch die Wirkungsmechanismen im Detail. Eine geringe Rolle spielt wohl die Wirkung auf die Atmosphäre, sehr wohl aber ist die Wirkung direkt auf die Pflanzen möglich, vor allem, weil das Regenwasser mit radioaktiven Stoffen von der Blatt- und Nadelkrone gerade auf die empfindlichen Wurzelspitzen geleitet wird, wo der Petkau-Effekt wirksam sein kann; und alle möglichen synergistischen Effekte mit anderen Umweltgiften.

Foto: Atom

wir nur selber tun

Somit ist klar: die Bewegungen gegen Atomenergie und gegen das Waldsterben müssen an einem Strang ziehen: Atomkraftwerke stillegen, Kohlekraftwerke entgiften. An diesen Strang gehören eigentlich auch die Kumpels von der IG Bergbau und Energie, denn ihre Arbeitsplätze wwrden vor allem durch die Atomenergie gefährdet.
Noch wichtiger freilich ist eine grundsätzlich andere Energiepolitik: Atomenergie ist sowieso objektiv unwirtschaftlich. Das zeigt ihr Niedergang in den USA, wo sie nicht durch staatliche Subventionen der verschiedensten Arten künstlich ernährt wird, und wo zudem seit Harrisburg die Sicherheitsvorschriften so sehr erhöht wurden, daß das wesentlich zu den Kosten beitrug. Letzteres betont auch die deutsche Industrie, die zudem den »Abbau der überzogenen Sicherheitsanforderungen der 70er Jahre« verlangt. In der Tat wird überall gespart, von der Betondicke bis zur Kühlwasserreserve, und die Verschlechterung der Strahlenschutznormen ist auch ein Schritt in dieser Wende. Einsparen der Sicherheitsreserven, um ökonomischen Betrieb zu ermöglichen - das ist in der DDR schon seit langem die Losung - ein makabres Beispiel gesamtdeutscher Konvergenz!
Es gibt viele Gründe, hierzulande die Atomenergie am staatlichen Tropf zu halten, die wichtigsten sind wohl:

Atomtechnologie war als Hauptexportschlager geplant, dafür ist die Produktionskapazität der KWU zu 80 % ausgelegt - die Atomanlagen im eigenen Land sind im Grunde nur Schaufensterstücke.

eine gewisse Rolle spielt auch die Perspektive eigenen Atomwaffenpotentials, wenn in den 90er Jahren der Atomwaffensperrvertrag ausläuft und die Technik entwickelt sein wird, mithilfe von Lasern das in zivilen Atomanlagen erzeugte Plutonium militärisch nutzbar zu machen.

Schon heute wird allerdings bereits in zivilen AKWs waffenfähiges Plutonium produziert: in den Schnellen Brütern sowie in den meisten AKWs sowjetischen Typs, die von vornherein als Bombenlieferanten mit dem Nebeneffekt der Stromerzeugung konzipiert wurden.
Allgemein ist Atomenergie als Energiequelle schon deshalb absurd, weil ein ganz großer Teil davon verwendet werden muß, um ihre eigene Produktion am Leben zu erhalten. Nicht ohne Grund wurden in der Energiekrise in den USA als erstes die Anreicherungsanlagen für Atombrennstoff abgeschaltet. Das Buch »Atomstrom - Ein Energiedarlehen?« weist überdies nach, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die Situation noch grotesker ist: daß insgesamt durch das Atomprogramm noch mehr Energie verschlungen wird, als zur Nutzung abgegeben.

Seit langem ist nachgewiesen und in dem Faltblatt »Energieversorgung ohne Atomenergie« anschaulich dargelegt, daß Atomenergie für eine ausreichende Energieversorgung gänzlich unnötig ist. Eine vernünftige Energiepolitik würde bestehen in:

Abbau der maßlosen Verschwendung

bis auf weiteres der Nutzung von entschwefelter und anderweitig entgifteter Kohle,

perspektivisch der Nutzung erneuerbarer Energiequellen, vor allem der Sonne, in verschiedensten technischen Varianten.
Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Bekämpfung der Monopolisierung und damit die Dezentralisierung der Energieerzeugung.

Aber so vernünftig das ist - es kommt nicht von selbst. Und es wäre völlig falsch, die Hände in den Schoß zu legen und auf den Zusammenbruch der Atomindustrie zu warten - zu zählebig sind die auf Milliarden investitionen gegründeten Programme, zu massiv das Engagement des Staates gegen uns.
Dieser Kampf wird noch lange dauern, dennoch gilt: die Atomtechnik ist ein Koloß auf tönernen Füßen und die Aussichten sind gut, ihn letztlich zu besiegen. Dazu ermutigt mich der Rückblick auf die doch gewaltigen Erfolge die die letzten 12 Jahre gebracht haben - wie großmächtig und unbezweifelt stand sie damals da und auf welche jämmerlichen Dimensionen ist sie schon geschrumpft.!
Die Atomindustrie und der Kampf dagegen ist am Beginn einer neuen Phase: es wird kaum mehr dazugebaut werden, und die Anlagen werden hinter Beton und Stacheldraht betrieben - sofern nicht die ganz große Katastrophe eintreten wird, die das ganze Atomprogramm schlagartig beenden würde - aber darauf kann keiner hoffen!
Da ist es nicht mehr sinnvoll, in erster Linie gegen die Betonfestungen anzurennen, sondern ihre Umgebung zum Feindesland für ihre Betreiber zu machen.

Dazu gehört neben Messungen und Aufklären über die schädlichen Wirkungen vor allem die Entwicklung eines solidarischen Verhältnisses zu den im Werk beschäftigten, die wie gesagt die ersten Opfer des Atomstaats sind.
Vor allem aber ist angezeigt, sich auf die schwächsten Glieder des Atomprogramms, die Transportrouten von Atommüll, zu konzentrieren. Das auch, weil dadurch eine furchtbare Gefährdung der Anwohner dieser Routen gegeben ist - ein Castorbehälter enthält soviel Radioaktivität, wie 20 Hiroshima-Bomben erzeugen und ist gegen mögliche Unfälle nicht gefeit! Die Losung »Gorleben ist überall!« erhält damit einen ganz konkreten Sinn.
Die öffentliche Kennzeichnung der Transportrouten, die Forderung nach förmlichen Beschlüssen über atommüllfreie Zonen als eine konkrete und nicht nur symbolische Behinderung sind notwendige Maßnahmen.
Vor allem aber gilt: Überall und immer wieder gegen solche Transporte vorzugehen und - ganz wichtig - Solidarität mit den Kriminalisierten zu üben. Weiter gilt das Prinzip, uns nicht spalten zu lassen in der Frage der Widerstandsformen! Dadurch den politischen Preis so hoch zuschrauben, daß er letztlich den Herrschenden höher erscheint als der Nutzen, den sie aus der Atomenergie zu ziehen hoffen, und der ja auch politisch, nicht ökonomisch definiert ist.
Vergessen wir nicht, daß Wyhl tatsächlich verhindert wurde, weil die Regierung befürchten mußte, daß ihr eine ganze Region entgleiten würde, mit unabsehbaren politischen Konsequenzen.
Vor allem aber gilt, was uns die Erfahrung von mehr als 10 Jahren Kämpfen lehrt:
Es rettet uns kein höhres Wesen,
kein Parlamentarier, kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun,
uns auch von diesem Übel zu erlösen,
das können wir nur selber tun.

Redebeitrag von Fritz Storim

Neue Situation der Anti-AKW-

Einige Worte vorab zu dieser Veranstaltung: Es gibt hier sicher viele Leute, die etwas wichtiges zu sagen haben und die sich austauschen wollen, die aber nicht die Möglichkeit dazu haben. Das wirft die Frage nach der Funktion solcher Veranstaltungen auf. Soll hier Wissen vermittelt werden, politische Positionen oder Propaganda und Repräsentation nach außen betrieben werden? Das letztere würde uns zu Statisten machen, die einem Ritual genügen, durch das wir uns selbst entfremden. Daß solche Vorstellungen nicht so weit hergeholt sind, zeigt sich z.B. daran, daß zu dieser Veranstaltung mit Namen und sogar mit akademischen Titeln geworben wird, daß unter den Aufrufen zu dieser Konferenz sogenannte Prominente und Autoritäten stehen.
Wir können diese Fragen jetzt sicher nicht klären, ich will nur sagen, daß ich selbst unsicher bin in diesem Rahmen hier zu reden und darauf hinweisen, daß ich meine, daß der Erfolg dieser Konferenz entscheidend davon abhängen wird, mit welcher Sorgfalt wir unsere Art miteinander zu kommunizieren, zum Bestandteil dieser Konferenz machen.

Ich selbst bin jemand, der sich zu der Gruppe zählt, die sich »Autonome« nennt. Es gibt zur Zeit unter uns keine kontinuierliche und verbindliche Auseinandersetzung, als daß ich hier von »den autonomen Vorstellungen« reden könnte, es sind die Vorstellungen eines Autonomen.

Renaissance der Anti-AKW-Bewegung?

Es wird zur Zeit häufig von der Renaissance der Anti-AKW-Bewegung geredet. Woran wollen wir das messen?
Eine gute Frage, um uns darauf zu besinnen, was einmal die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ausmachte.
Ich meine, die Kraft der Anti-AKW-Bewegung wurde dadurch bestimmt, daß so viele Menschen - und das ohne schlechtes Gewissen - sagen konnten:
Es ist legitim, den Bauplatz zu besetzen oder
wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht oder
die Region, wo das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und unregierbar zu machen.
Das heißt, daß wir den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gesetz und Gewalt unsere eigenen Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegensetzten.
Und das war nur die eine Seite, die unsere Kraft ausmachte; die andere war, daß wir Strukturen entwickelten von Autonomie, von Selbstbestimmung, Herrschaftsfreiheit und Dezentralität.

Diese Kraft war es - und die bloße Anzahl der beteiligten Menschen spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle -, die uns für diesen Staat unkontrollierbar machte, uns spontan antiparlamentarisch und antistaatlich werden ließ. Viele von uns waren über sich selbst erschrocken, als sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfanden.

Und der Staat reagierte. Er wollte die Kontrolle über die Menschen wiedergewinnen, mehr noch, sich ihrer Loyalität wieder versichern. Dies, indem er uns verstärkt militärisch entgegentrat und die AKW-Gegner politisch verfolgte und kriminalisierte, und indem er versuchte, uns wieder in die herrschende gesellschaftliche Norm und Moral zu integrieren. Hierbei spielt der BBU durch Bürgerdialog, Deeskalationsgespräche usw. eine wichtige Vermittlerrolle.
Und wären die Grünen nicht teilweise aus unserer Bewegung hervorgegangen, der Staat hätte sie erfinden können. Das ändert sich auch nicht dadurch, daß die Grünen die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung zunächst erst einmal als Wahlforderungen übernahmen. Dem Staat ging es erst einmal darum, die Kontrolle über die Menschen zu gewinnen und sein Gewaltmonopol wieder praktisch und ideologisch durchzusetzen. Die objektive historische Rolle der Grünen ist es, eine scheinbar rechtsstaatliche, parlamentarische Alternative zur außerparlamentarischen Widerstandsbewegung zu bilden.

Unser Gefühl, »wir sind im Recht und da kann uns aucxh nichts passieren«, zeigte sich als Grundlage für unseren Widerstand nicht ausreichend, um der Gewalt des Staates längerfristig etwas entgegenzusetzen. Die Atomanlagen in Brokdorf, Grohnde, Krümmel, das Trockenlager in Gorleben usw. werden gebaut oder betrieben. Unter uns machte sich eine Stimmung breit, »zu guter Letzt können die da oben ja doch machen was sie wollen«.

Wie eine Renaissance erreichen?

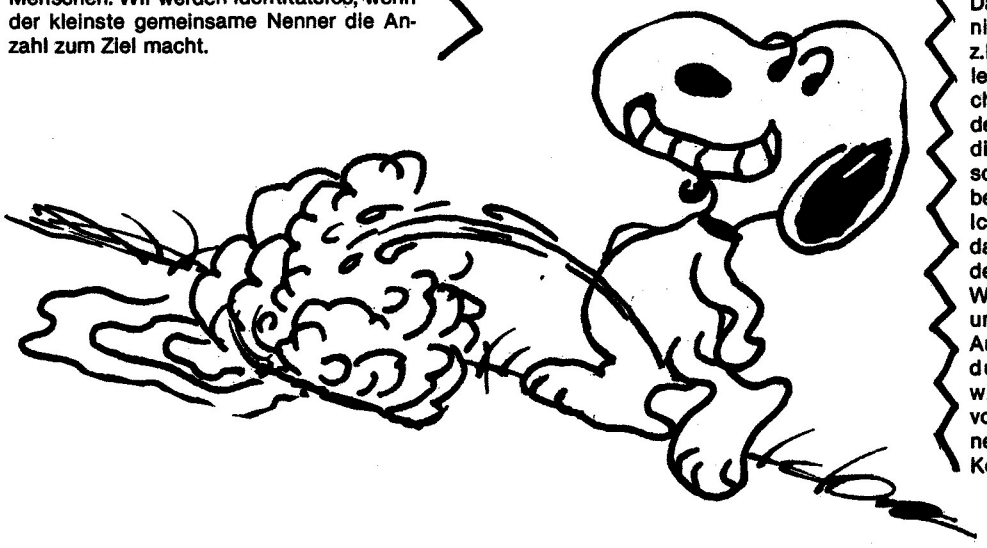
Die Renaissance läßt sich nicht herbeireden, das heißt, wir müssen uns der neuen Situation mit neuen Widerstandsformen stellen; Widerstand heute wird nie ein Aufguß der alten Zeiten sein.

Bewegung -
Die Vorstellungen eines Autonomen

Die Zeiten der geplanten, offen-militanten Großdemonstrationen scheinen vorbei zu sein. Sie reduzieren sich immer mehr auf militärische Auseinandersetzungen mit der Polizei, und darin liegt nicht unsere Stärke.
Wir müssen, für den Gegner unkontrollierbar, günstgige Situationen unsichtbar und geschickt ausnutzen. In dieser Richtung gibt es in letzter Zeit durchaus ermutigende Anzeichen in Gorleben, bei der Startbahn und vereinzelt auch in Brokdorf. Ich glaube, den großen Demonstrationen wird immer mehr die Rolle zufallen, unsere Ideen und Forderungen zu verbreiten, Aktionen und Widerstandsformen zu legitimieren und uns hinter die Verfolgten zu stellen.

Die Grünen können nie verlängerter Arm der Anti-AKW-Bewegung in den Parlamenten sein. Das liegt daran, daß wir uns nicht nur durch unsere Ziele wie »Keine Atomanlagen« bestimmen sollten, sondern auch durch unsere autonomen und damit antistaatlichen Vorstellungen von Legitimität und Recht, von Gewalt und Widerstand, von Herrschaftsfreiheit und Selbstbestimmung.
Aktionseinheit mit den Grünen bedeutet immer notwendigerweise, einen politisch gemeinsamen Nenner zu finden - Gewaltmonopol des Staates, bestenfalls »ziviler Ungehorsam«, der auf genau jene Vorstellungen verzichtet.
Die Grünen können zu uns bestenfalls ein funktionales Verhältnis haben: Wir führen die Kämpfe, und sie versuchen das, was wir erkämpft haben, parlamentarisch zu legitimieren.
Bei unseren Aktionen sollte es uns vorrangig um unsere Ziele gehen und nicht nur um die bloßen Anzahlen der beteiligten Menschen. Wir werden identitätslos, wenn der kleinste gemeinsame Nenner die Anzahl zum Ziel macht.

Am Anfang der Anti-AKW-Bewegung standen das unmittelbare materielle Interesse (der Wein in Wyhl, die Milch in Brokdorf) und die Angst vor dem GAU und der radioaktiven Verseuchung als mobilisierende Momente im Vordergrund. Der Kampf richtete sich gegen Bauplätze, gegen Maschinen und später auch gegen die Infrastruktur der Atomindustrie. Dies machte einerseits die Kraft der Bewegung aus - es ging gegen ein ganz konkretes Projekt und Erfolge oder Mißerfolge waren unmittelbar erkennbar -, andererseits blieben die Politik und die Verantwortlichen für diese Politik weitgehend anonym.
Dies führte dazu, daß es verschiedene, voneinander isolierte Bewegungen, z.B. gegen AKWs, Raketen, Waldsterben gab und gibt, oft auch nur auf einen Standort oder ein Projekt begrenzt, die der Staat einzeln und unabhängig voneinander zu bekämpfen versucht.
Und um dem zu begegnen, genügt es nicht, die bloßen Anzahlen zu vergrößern, indem z.B. versucht wird, die Friedensbewegung mit der Anti-AKW-Bewegung zu verknüpfen, wobei das Plutonium als Bindeglied beweiskräftig herangezogen wird, oder die Verbindung mit der Bewegung gegen das Waldsterben herzustellen, weil sich herausgestellt hat, daß Radioaktivität zum Waldsterben beiträgt. Sondern wir müssen uns der Situation stellen, daß die Ursache für Atomanlagen, Kriegsvorbereitung, Waldsterben, Verelendung, Entfremdung ... imperialistische Herrschaftspolitik ist.
Und nur der Kampf gegen die Ursachen wird es ermöglichen, gemeinsame Schwerpunkte für unseren Widerstand zu finden, uns gegen Verfolgung und Kriminalisierung gemeinsam zu wehren, unser Leben, unsere Kämpfe gemeinsam zu organisieren.



Das bedeutet nicht, daß der Staat nicht z.B. punktuell auf Atomenergie verzichtet, falls der Loyalitätsschwund in der Bevölkerung zu groß wird, auch ohne daß er sich strukturell in Frage stellen läßt.
Nach diesem Verständnis ist der Begriff »Atomstaat« irreführend. Nicht Atomwaffen oder Atomenergie sind Ziele oder bestimmte Interessen des Staates, sondern die politische und ökonomische Herrschaft, und vor allem geht es dabei auch um die Herrschaft über die Menschen: Komplexe, autonome Kommunikations- und Lebensstrukturen zergliedern und kontrollierbar neu vernetzen; Konditionierung und Funktionalisierung, Zerstörung der Identität.

Menschen neu für den Widerstand zu gewinnen wird uns kaum gelingen über Angst und Horror. Ziehen wir uns den Horror rein - radioaktive Verseuchung, Kriegsvorbereitung, Waldsterben, Verseuchung von Luft, Wasser, Lebensmitteln, Genmanipulation, molekularbiologische Experimente, Kontrolle aller Lebensbereiche, Entfremdung, Lohnarbeit, Krieg, Krankheit usw. usw. - so scheint vielen Menschen nichts anderes mehr übrig zu bleiben, als den Kopf in den Sand zu stecken , zu verdrängen und zu resignieren, einen Freiraum, ein Reservat zu suchen und sich zu arrangieren. So wird auch die Erkenntnis, daß niedrige Strahlendosen eine weitaus stärker schädigende Wirkung haben als bisher angenommen, kaum noch jemandem Kraft geben und in Bewegung versetzen.
Wissen und Analysen sind so lange tote Buchstaben, so lange sie nicht auch eine praktische Perspektive für die Veränderung des Alltags, der Kommunikation, der Beziehungen und der Identität beinhalten.
Das heißt auch, daß es uns nicht nur technisch um bestimmte Ziele gehen sollte wie z.B. Stillegung aller AKWs, sondern vor allem auch darum, wie wir dieses Ziel erreichen, was sich bei uns selbst dabei verändert: Kommunikation ist Sabotage; und dies gilt für alle Bewegungen, wo Menschen versuchen, sich von Herrschaft zu befreien.
Ich meine, wir sollten dieses Wochenende dazu nutzen und den Mut aufbringen, gerade über diese Fragen zu reden.
Wir sollten uns nicht durch Propaganda und Repräsentation nach außen, durch die Anzahl der Papiere und Resolutionen, durch Abstimmungen oder durch wissenschaftlich-technische Seminare davor bewahren, unsere Situation zu erkennen und neue Ansätze für Widerstand und Kommunikation zu finden.

Bundeskonferenz

Redebeitrag von Markus Mohr

Wir wollen gewinnen ...

Es ist zufällig, daß ich hier oben stehe und jetzt eine Rede zur Kriminalisierung halte. Ihr wißt alle, daß ich einer von den 100.000 am 28.2.81 in Brokdorf gewesen bin, die den Weiterbau des AKW's verhindern wollten. Michael Duffke und ich sind danach aus diesen 100.000 herausgegriffen worden. Wir wissen aber alle, daß es in einer Bewegung nicht angehen kann, daß es uns etwa nicht interessiert, was mit einzelnen aus der Bewegung passiert. Schließlich kann es jeden (und jede,d.S'in) treffen, der es in unserer Bewegung ernst meint mit einem Widerstand gegen die Atomindustrie und diesen Staat. Und dabei haben wir bei diesem rund ein Jahrzent langen Widerstand die Erfahrung gemacht, daß wir es nicht nur bei verbal festgelegtem, legalem Protest belassen dürfen, um erfolgreich zu sein.

Der Angriff des Staates richtet sich aber genau gegen dieses Bewußtsein: daß wir wissen, daß wir siegen können, wenn wir nicht auf Dialoge und schöne Worte sondern auf unsere selbstbestimmte Kraft vertrauen. Wenn wir kriminalisiert werden, geht es nicht um, irgendwelche bösen Schafe und bösen Buben (wie ist denn die Aufteilung gemeint? d.S'in) sondern um unsere Strukturen und unsere Inhalte, die unseren langanhaltenden Widerstand erst möglich gemacht haben.

Angefangen von der Kriminalisierung der Veröffentlichung unserer Diskussionen und Aktionen (als Beispiel seien in diesem Zusammenhang die Beschlagnahme des Tag X Aufrufflugblattes und das Verfahren gegen den Atomexpress wegen der Veröffentlichung des Brokdorf Anschlages genannt) über das Herausgreifen Einzelner bei Demos bis hin zu der juristischen Keule des Paragraphen 129 a, der terroristischen Vereinigung, läßt der Staat nichts unversucht, unserem Widerstand seine Kraft und damit seine Wirkung zu nehmen.

Warum machen wir aber trotz all dieser Angriffe und Schikanen weiter, wo sich doch schon mancher Friedensfreund seine Teilnahme an einer Aktion ab Geldbuße 200,- DM ernsthaft überlegt? Ich glaube, daß unsere Stärke darin liegt, daß wir wissen, daß wir diesem Staat nicht einen Millimeter über den Weg trauen dürfen und daß wir unser Vertrauen zueinander über die offene Auseinandersetzung gewinnen, bei der klar ist, daß wir niemanden von uns moralisch oder praktisch an die Bullen ausliefern. Das habe ich während der letzten Jahre, in denen ich stark mit Knast konfrontiert gewesen bin erfahren. Ich habe gelernt, daß ich trotz aller Widersprüche zwischen uns, Teil von solidarischen Menschen war, wie auch sie ein Teil von mir wurden. Solidarität war dabei nicht ein Ausdruck abstrakter Formulierungen und erfolgreich abgeschlossener Bündnisverhandlungen, sondern Ergebnis intensiver, persönlicher Auseinandersetzungen unter uns gewesen. Aus diesem Grund hat es in der Anti-AKW Bewegung auch keine Krefelds gegeben, wo weite Teile einer Bewegung ihren Feinden innerlich näher stehen als die Menschen, die für etwas ähnliches aufgetreten sind. Eine Bewegung gräbt sich ihr eigenes Grab, wenn sie es tatenlos zuläßt, daß einzelne von ihr herausgegriffen und kriminalisiert werden. Sie wird bald spüren was das heißt: die Verunsicherung greift um sich, die uns voneinander isoliert, die uns vereinzelt. Worin soll aber die Stärke einer Bewegung liegen, wenn nicht in jedem von uns. Die Stärke einer Bewegung zeigt sich nicht in 1a vorbereiteten Pressekonferenzen und 100 prozentig abgehaltenen Kongressen.

Eine derartige Bewegung ist zwar eine inig herbeigesehnte Konkursmasse für grün-alternative Stellvertreterpolitik in den bequemen Sesseln von Parlamenten und in den Scheinwerfern bürgerlicher Öffentlichkeit. Zu einem selbstbestimmten, spontanen, flexiblen und unberechenbaren Widerstand wird sie aber nicht mehr in der Lage sein. Unsere Siege werden aber nicht verhandelt sondern erkämpft an der gesamten Infrastruktur dieses Staates und des Atomprogramms.

Zwischenzeitlich sind Ermittlungsverfahren gegen einzelne Leute aus Lüchow-Dannenberg wegen der erfolgreich gelaufenen Sabotageanschläge angelaufen. Wenn wir diese Leute schützen wollen, können wir es nicht mehr dabei belassen, uns lediglich klammheimlich über gelungene Aktionen zu freuen und ansonsten zu schweigen. Wir müssen uns zu diesem Widerstand stellen, wir müssen sagen, daß Sabotage eine richtige und notwendige Form unseres gemeinsamen Widerstandes ist. Entweder waren es alle von uns oder keiner hat was mit den Anschlägen z.B. in Lüchow-Dannenberg zu tun. Wir müssen das sagen, wenn wir unseren Kampf gegen die Atomindustrie und diesen Staat gewinnen wollen.

Und das ist es, was uns interessiert: wir wollen gewinnen, Rechtsstaat hin und Gerichtsurteile her.

Arbeitsgruppen -Berichte

Jeder ihr Steckenpferd - Jeder ihre Arbeitsgruppe. Es gab auf jeden Fall genug davon. Uns haben nur einige Protokolle erreicht, die wir stark gekürzt bzw. in Auszügen wiedergeben:

AG Widerstand und Perspektiven

Das Spektrum der vertretenen Gruppen war bunt.Ca 30 Leute von 'grün' bis 'autonom' setzten sich mit Problemen und einer möglichen Weiterarbeit auseinander. Zu etwas Schriftlichem kam es nicht. Die AG beschloß, keinen Bericht auf dem Plenum abzugeben, da es kaum möglich ist, derart vielschichtige Fragen in einem Bericht darzustellen. Es wurde deshalb vorgeschlagen, auf dem Plenum Perspektivediskussionen konkret an den Aktionsschwerpunkten des nächsten halben Jahres zu führen, was in Ansätzen zu den Wendlandaktionen um den Begriff des 'zivilen Ungehorsams' und zu dem Verhältnis Anti-AKW Bewegung / Grüne zustande kam.

AG Kriminalisierung

... 'Kriminalisierung' fängt für uns nicht erst beim Einknasten an, sondern mit der Ausgrenzung von Menschen aus der 'Normalität', mit dem 'Messer im Kopf', das heißt, daß man bestimmte Verhaltensweisen aus Angst einfach nicht mehr zeigt, z.B. an einer Demo nicht mehr teilnimmt...Kriminalisierung ist eine logische Folge in diesem Staat... Wir sind der Ansicht, daß grundsätzlich das beste Vorgehen gegen Kriminalisierung eine Radikalisierung des Widerstandes ist. Die direkte Solidaritätsarbeit (Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Prozesse) muß immer aus den BIs heraus kommen, Apelle auf der Buko helfen da wenig. Sie können sogar schädlich sein, wenn sie als Gewissenserleichterung dienen.

AG Akzeptanzforschung

Zur Durchsetzung ihrer Interessen in der breiten Bevölkerung haben Atomindustrie und Staat Strategien der Akzeptanzbeschaffung entwickelt. Mit einem dieser Projekte haben wir uns genauer beschäftigt. Die Gesamthochschule Wuppertal und die Kernforschungsanlage Jülich haben in 7 Städten unter dem Namen 'Bürgergutachten Zukünftige Energiepolitik'ein Projekt zur Akzeptanzbeschaffung durchgeführt. Wir lehnen die Form, die Methoden dieses Projekts und die dadurch erlangten Aussagen ab...Mit dem Bürgergutachten wollen die Veranstalter Politikern und der Öffentlichkeit eine demokratische, auf repräsentative Weise zustandegekommene Volksmeinung zur zukünftigen Energiepolitik vorspiegeln. Hauptinhalt wird voraussichtlich sein: 'Der Bürger (die Bürgerinnen nicht?!, die Säzzerin) ist bereit, Kernenergie zu akzeptieren, wenn das Endlagerproblem gelöst ist.
Zu möglichen Gegenstrategien ist Informationsmaterial über das Anti-Atom-Büro Diemelstadt/Wethen zu beziehen.

AG Wendlandwiderstand

Gorleben nach Tag X - der Widerstand geht weiter... In der größten AG der Buko (70 - 80 Leute) wurden nach langer Diskussion die Aktionstage als beschlossene Sache akzeptiert und ihre inhaltliche Schwerpunktsetzung versucht. Im weiteren Verlauf wurde sich haupsächlich mit den direkten Blockadeaktionen zu den Transporten und den dabei auftretenden Schwierigkeiten der Koordination beschäftigt.

AG Atommülltransporte

Die Diskussion in der AG ergab die Notwendigkeit der Umorientierung der Arbeit, weg von der Ausrichtung auf einzelne Transporte und Standorte hin zu Angriffen gegen die gesamte Infrastruktur der Betreiberseite.
... Einige Anregungen:
- Kennzeichnung der Straßen, auf denen Atommüll möglicherweise transportiert wird ('Deutsche-Atommüll-Straße')
- Regionale Unternehmen der Atomindustrie ausfindig machen und als solche kennzeichnen (stehen alle im 'Jahrbuch der deutschen Atomwirtschaft')
- Regionaler Austausch von Nachforschungen und Absprachen zwischen Initiativen (Regionalkonferenzen)
- Standort BIs sollten sich Gedanken zur möglichen Überwachung 'ihres' AKW's machen.

AG zur Situation der Atomenergie weltweit und in der BRD und Atomexporte in die 'Dritte Welt'

Wir können uns nicht mehr damit begnügen, bei uns die Atomanlagen zu bekämpfen, während gleichzeitig deutsche Atomanlagen in Länder der 'Dritten Welt' exportiert werden. Die Atomindustrie ist aber verstärkt auf Export angewiesen...Diese Exporte erfolgen vorwiegend in Militärdiktaturen und tragen zur Legitimierung und Stärkung der Regimes bei.
Kooperationsmöglichkeiten: 'Dritte Welt' Gruppen, ausländische Gruppen, Friedensgruppen (und Anti-Kriegs-Gruppen, d. Säzzerin), Betriebsgruppen.

AG Zivilmilitärische Nutzung der Atomtechnik

Zum Stand der Kenntnisse zu diesm Thema wurde auf den Reader verwiesen. Zu ergänzen ist, daß die BRD als Schwellenland betrachtet werden muß. Wichtige Bereiche der Forschung zur Atomtechnologie unterliegen der militärischen Geheimhaltung.
...Die Hanauer-Betriebe bilden z.Zt. den Mittelpunkt der Atomindustrie in der BRD. Durch eine allgemeine Mobilisierung muß Hanau als der Punkt herausgestellt werden, an dem die zivilmilitärische Nutzung festgemacht werden kann. Zu Kalkar, Hanau, zum Atomwaffensperrvertrag u.v.m. wurden verschiedene Tagungen und Aktionen vorgeschlagen bzw. beschlossen.
...Zur Öffentlichkeitsarbeit soll ein Info erstellt werden, das an den Standorten Kalkar, Karlsruhe und dem WAA-Standort verteilt werden soll, um gemeinsame Aktionen an allen 3 Orten im nächsten Jahr zu ermöglichen.

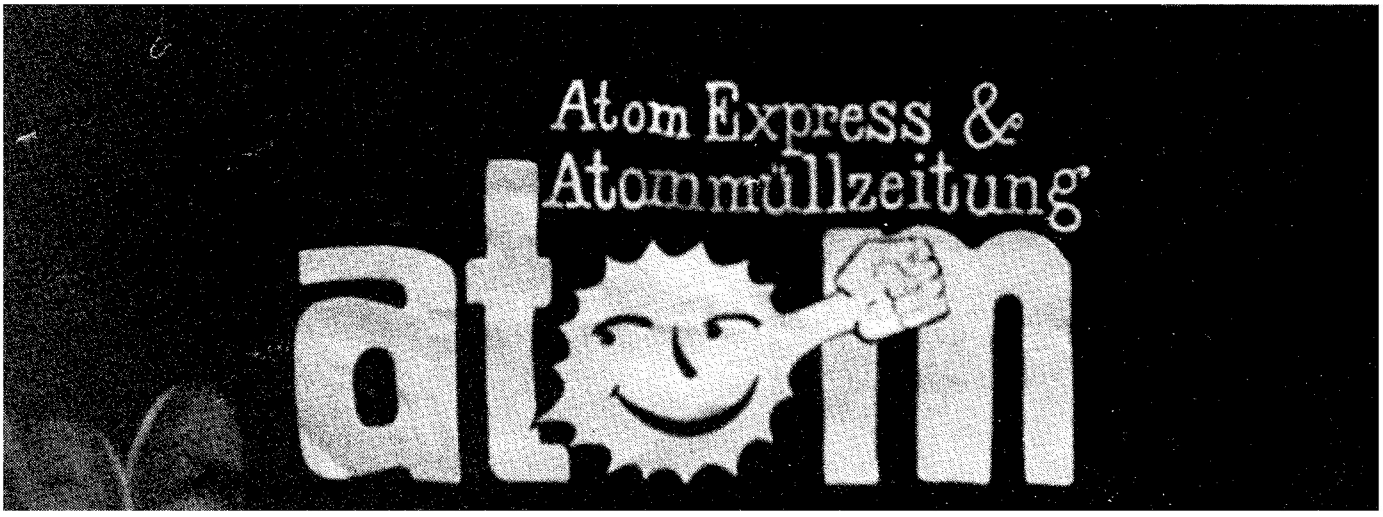
AG Erfahrungsaustausch und Standortproblem / Strahlenschutz

Stichpunkte der Diskussion waren:
a) Umweltmeßprogramme. Realistisch wurde hierbei die Idee eingeschätzt, Atommülltransporte mit Zählrohren festzustellen. Interessenten können sich mit den Bremern in Verbindung setzen oder ihnen beispielsweise Probenahmen zuschicken.
b) Arbeiterkontakte. Die geplante Verschlechterung der Strahlenschutzverordnung kann hier als Anknüpfungspunkt dienen. Ein Hearing mit betroffenen Verbänden v.a. Gewerkschaften, sowie eine Behandlung im Bundesrat sind vorgesehen. Auch ein internationaler, wissenschaftlicher Kongress wird angestrebt. Anfang '85 findet zu diesem Thema eine Konferenz in Bremen statt.
c) Krankheitsstatistik. Eine solche Statistik ist nach dem Vorbild von Harrisburg in der Umgebung des Karlsruher Atomforschungszentrums geplant.
d) Niedrigstrahlung. Im Juli '85 wird vom BUND Karlsruhe voraussichtlich in Rüsselsheim ein Seminar dazu stattfinden.
e) Zu Verwaltungsgerichtsprozessen. Solche zu führen ist nur bei einer sehr starken BI und Aussichten auf Verzögerung sinnvoll... Nicht sinnvoll ist es, weitere AKW's der Baulinie 80 zu beklagen, vielmehr eher die laufende Klage gegen OHU zu unterstützen.
f) Zur Lage der BIs. Von Abbröckeln bis Neugründung und Aufschwung ist bundesweit alles vertreten. Aus NRW wird starkes Abbröckeln bzw. Ganzaufgeben von BIs gemeldet, wobei vielfach den Grünen die Schuld gegeben wurde, Kräfte zu absorbieren bzw. sich mit Nicht-AKW-Fragen zu beschäftigen.
g) Zur Ausbauperspektive. Zu vermuten ist, daß ein weiterer Ausbau der Atomenergie, wenn überhaupt, bevorzugt an schon existierenden Standorten stattfinden wird. Zu Wyhl: neuerdings wieder Hinweise der Gegenseite u.a. auf gestigenen Stromverbrauch. Die Pläne wurden nicht endgültig aufgegeben, keine Entwarnung, die Bevölkerung ist in Wartestellung.

AG Auseinandersetzung mit Energiekonzernen, speziell dem RWE

In einem ersten Block fand eine Auseinandersetzung mit dem Energiewirtschaftsgesetz von 1935 statt. Es bildet noch heute die Legitimationsgrundlage der großen Energieversorgungsunternehmen (EVUs). Die alte Form verhindert politisch Verantwortliche für die heutige Energiepolitik zu benennen.
Als zweiter Punkt wurde auf die antiquierte Struktur der Bundestarifordnung hingewiesen...
Im Mittelpunkt eines zweiten inhaltlichen Blocks stand die Auseinandersetzung mit den RWE als dominantestem Vertreter der 9 großen bundesrepublikanischen EVU. Die RWE soll auf dem RWE-Tribunal (23. und 24. 2. 85) von allen Seiten ausgeleuchtet werden. Hierbei ist auch eine Koordination mit anderen hiervon betroffenen Gruppen (Waldsterbengruppen schlagen sich mit den Folgen aus RWE-Kraftwerken herum) vorgesehen...Zur Gefahr, die Fixierung auf das Tribunal würde Kräfte vom Widerstand vor Ort abziehen, wurde festgestellt: vorausschauende Beschäftigung mit der Energiepolitik und deren Trägern ist nötige Voraussetzung dafür, nicht von Entscheidungen überrollt zu werden, deren Einleitung verschlafen wurde.

Und jetzt noch ein paar unpolitische (?) Worte zum Buko-week-end.
Die Bezeichnung 'Bezihungs-Utensilien-Koffer'habe ich zwar erst nach Braunschweig gehört, es ist aber einiges dran! Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen - ich meine natürlich nur, daß Bukos eine gute Gelegenheit sind, sowas wie eine Beziehung zur Anti-AKW-Bewegung zu kriegen oder aber für die' Alten' die veränderten, aber doch noch wiederzuerkennenden Bäuche (sorry, Gesichter) plötzlich im Plenum zu entdecken. 'Das ist also Rebecca', 'das Pelle'...von denen ich schon einige Artikel diskutiert und gesetzt habe oder 'die Frau geht mir schon seit mindestens zehn Jahren auf jeder Buko auf die Nerven' waren so die üblichen Sprüche zwischen zwei AGs beim Kaffeeschlürfen. Neben diesen Flachsereien hatten wir aber auch Gelegenheit zu tiefschürfenderen Gesprächen, in denen einige persönliche Vorurteile abgebaut werden konnten oder Einschätzungen über die Situation in einer Region revidiert oder abgerundet wurden. Hinterm Büchertisch sitzen konnte fast schon zu einem spannenden Erlebnis werden. Endlichmal konstruktive Kritik oder einfach nur ein paar nette Worte zur Zeitun g und zum Projekt, was schon enorm ist im Vergleich zu dem,was mensch sonst so gewöhnt ist. Obwohl die von uns vorgeschlagene Arbeitsgruppe zur 'Pressekonzentration in der Anti-AKW-Bewegung' nicht zustande kam, haben einige Leute und wir trotzdem die Chance genutzt uns mal die Meinung zu sagen, kurz, mal mit Leuten zu reden, die mensch sonst nur abstrakt, nämlich 'gedruckt kennt'. Uns hat's Spaß gemacht und eine Menge gebracht. Dieses ganze Drum und Dran an der Buko ist zumindest für die Neueren unter uns als bleibendes Gefühl irgendwo steckengeblieben und paßt nur ganz bedingt in die lange Reihe der kritischen Analysen.



Buko - Nachlese

Foto: Atom

»Wann fährt der Bus nach Hanau?«

Immer wieder wurden wir in Braunschweig gefragt: ' Na, seid ihr mit der Buko zufrieden ? ' - Was soll man dazu sagen.
Wohl kaum einer von uns hat die Konferenz ohne Magen- und Kopfschmerzen überstanden, hatten wir mit ihr doch sehr weitgehende Vorstellungen verbunden. Nach langen Diskussionen und Bierrunden sieht's dann natürlich doch immer etwas anders aus.
Nach der Durchhalte-Konferenz '82 in Kassel und vielen orientieungslosen Jahren hat sich ein sehr breiter Kreis von Menschen, neue und alte Gesichter, getroffen, um den Fortgang der Bewegung zu diskutieren. Wir hatten immerhin 161 Gruppen- und Einzelanmeldungen aus 98 Orten aus dem ganzen Bundesgebiet von Flensburg bis München und aus Berlin, und nach unseren Schätzungen haben an den unterschiedlichen Veranstaltungen der Buko weit über 800 Menschen teilgenommen. So weit so gut: Es gibt uns noch. !!!

Wichtig und notwendig war sicherlich der Informations- und Erfahrungsaustausch. Wichtig sicherlich ebenso, daß wir uns einige gemeinsame aktionsmäßige Orientierungspunkte für das nächste halbe Jahr gesetzt haben. Was allerdings fehlte, war eine selbstbewußte und bewußte Standortbestimmung. Für eine Bewegung, die jetzt über ein Jahrzehnt besteht und die noch ältere Wurzeln hat, die geprägt wurde durch die politische und gesellschaftliche Situation der 70er Jahre, reicht es nicht aus, die eigenen Traditionen zu beschwören. Im Gegenteil müssen wir unsere Erfahrungen und Traditionen mit den aktuellen Entwicklungen messen. Die Buko hat gezeigt, daß wir auch weiterhin auf uns und nicht auf Gerichte und Parlamente vertrauen wollen, und daß wir auch weiterhin trotz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Auffassungen in anderen Fragen, an diesem einen Punkte unspaltbar zusammenstehen wollen. Diese Übereinkunft hat uns noch immer stark gemacht gegenüber dem Staatsapparat und deshalb war es wichtig, ihre Gültigkeit zu konstatieren. Was aber heißt sie heute, angesichts grüner Mediendominanz? Wir dürfen uns nicht - und das schien mir bei einigen Widerstands-Nostalgikern der Fall - auf unserer Radikalität vergangener Tage ausruhen, sondern wir müssen begreifen, daß dieser Staat und diese Gesellschaft Strukturen, Mittel, Möglichkeiten, die Macht und 'Selbstheilungs'kräfte hat, uns bis zur Unkenntlichkeit auszugrenzen (wozu man, wenn man mag auf(oder besser auch?,die Säzzerin) Die Grünen zählen kann), wenn wir uns auf Widerstandsformen reduzieren, statt Widerstand täglich und in immer neuen Formen und sich stetig wechselnden Situationen mit immer neuen Menschen zu entwickeln.

Der mehrfach von alten Kempen geäußerte Satz: ' Laßt uns nicht solange über Die Grünen diskutieren, die interessieren mich eigentlich gar nicht so ', signalisiert zwar distanzierte Entschiedenheit, aber eben auch den Hang zur politischen Selbstbefriedigung und Unverständnis für das, was hier in diesem Land in den letzten Jahren passiert ist. Nicht, was wir persönlich von den Grünen halten ist entscheidend, sondern welchen Faktor sie (zumindest in dem Kampf gegen das Atomprogramm) ausmachen. Und der sollte - wie immer gewertet - nicht unterschätzt werden. Einerseits transportieren Die Grünen objektiv die repräsentativ-parlamentarische Struktur, die quer zu unseren Erfahrungen steht, und gerade deshalb begierug von der herrschenden Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Andererseits stehen Die Grünen aber auch für viele subjektiv ehrlich bewegte, die wir zunächst z.Zt. nicht in der Lage sind, mit unseren Erfahrungen direkt zu konfrontieren. Dazu sollten wir uns schon bewußt verhalten.

Eine weitere wichtige Veränderung der Lage kommt hinzu. In den 70er Jahren stand die Atomenergie und ihre staatliche Durchsetzung stellvertretend für die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und sehr vielen Menschen über die Art und Bestimmtheit unserer Lebensbedingungen. Diesen Stellvertretercharakter gibt es so nicht mehr. Wir müssen akzeptieren lernen, daß es heute ein breites und vielfältiges, sich an jedem erdenklichen Punkt bahnbrechendes Bewußtsein vom destruktiven Charakter des Wirtschaftens und Herrschens weltweit gibt. Es wird getragen und befördert von Gruppen und Menschen, deren Erfahrungen oft ganz andere sind als unsere, deren Möglichkeiten aber wesentlich aus unseren Kämpfen der letzten Jahre erwachsen sind (mann, muß du gekämpft haben!d.S'in). Als Bewegung, die sich heute nicht mehr beliebig in massiven Großaktionen ausdrücken kann (oder will,d.S'in), sondern die auf einen zwar stattlichen aber kleiner gewordenen Kern von Aktiven reduziert ist, müssen wir bewußt akzeptieren, eine wichtige Stimme in einem Ensemble zu sein, müssen wir auch akzeptieren, daß wir das Atomprogramm nicht mehr nur aus uns allein heraus kippen können - falls dies je möglich gewesen sein sollte.
Das Motto:' Es gibt nur eine Welt, verhindern wir ihre Zerstörung ' war hier Programm, das allerdings nur wenig eingelöst wurde. Wir hätten uns in der Tat Gedanken darüber machen müssen, wie wir unsere spezifischen Erfahrungen, unser Wissen und unsere Vorstellungen und unsere politischen Forderungen mit der gewachsenen Konstellation der 80er Jahre verbinden können. Mir geht es dabei nicht um ein Addieren von Bündniskräften, wie es offensichtlich manchen Freunden und Polit-Taktikern vorschwebt. Es geht mir um einen offenen Prozeß mit dem Ziel, gemeinsam mit anderen den Kräften Einhalt zu gebieten, die die Zerstörung dieser Erde aus Profit- und Machtinteressen betreiben. Die Stillegung aller Atomanlagen und aller Atomprogramme weltweit ist ein wichtiger Schritt dahin. Aber ich denke, daß es darüber hinaus ein objektives Gemeininteresse gibt, zu dem wir sehr viel beitragen können; nicht zuletzt auch die Erfahrungen unserer politischen Kultur, die anders ist, als die so manch anderer Bewegung.
Die Buko hat sich entschieden, dies nicht zu tun, sondern eine klein/klein Diskussion über (für sich genommen sicherlich wichtige) Einzelaktionen und Detailprobleme zu führen, die schließlich zu einem Abstimmungsreigen auf dem Abschlußplenum führten, bei dem uns wohl allen nicht ganz wohl war.
Unsere Vorstellung in der Vorbereitung war gewesen, durch die Diskussionen in den Arbeitsgruppen die Detailfragen ernst zu nehmen, sie aber gemeinsam zu einer Erklärung zu verarbeiten, die darüberhinaus unsere Erfahrungen und unsere Perspektiven als Bewegung im Zusammenwirken mit anderen Kräften als Tendenzaussage und Willenserklärung hätte beinhalten müssen. Dies hätte viel Abstimmerei erspart und Luft für eine politische Diskussion geschaffen, wie sie auf der Buko nur am Rande oder versteckt geführt wurde. Der Vorschlag einer solchen gemeinsamen Erklärung wurde stattdessen tumb als 'Presseerklärung' abgetan. Durch diese Pressefixiertheit (- die offensichtlich gerade nicht bei uns besteht, die wir eine offensive Pressearbeit machen) wurde davon abgelenkt, daß es auch und gerade für uns selbst die Notwendigkeit gibt, uns neu zu fundieren, uns neu zu erklären und unsere Gemeinsamkeiten neu zu definieren. Stattdessen berichtete die Arbeitsgruppe, die sich über Widerstandsaktivitäten Gedanken machen wollte, welch guten gruppendynamischen Prozeß sie gemacht hatte.
Prost Mahlzeit, wenn das unsere Perspektive ist.

Trotzdem hat die Buko einen gewissen Anfang gemacht. Sie hat sich positiv auf die Erfahrungen der 70er Jahre bezogen und jegliche Vereinnahmung durch andere Kräfte abgelehnt, sie hat Aktionsziele gesteckt und unseren aktuellen Stand beschrieben. Wir haben eine Ausgangsposition für weitere Diskussionen, die wir über die Atommüllkonferenz und andere Strukturen der Bewegung weiterführen können. Wir haben uns schon in der Vorbereitung der Konferenz große Mühe damit gemacht, alte Strukturen zu beleben und neue zu entwickeln. Hierzu gehört übrigens auch der Reader, der sich entgegen unseren Erwartungen fast zu einem 'Jahrbuch' der Anti-AKW Bewegung ausgewachsen hat, den wir jetzt um die Tagungsunterlagen, -ergebnisse und einen Pressespiegel ergänzt, zum Weitervertrieb empfehlen.

Braunschweiger Innereien
Ob wir zufrieden waren, haben wir uns auch gefragt, als das Tagungsbüro der Buko '84 wieder zum ASTA der TU Braunschweig umgewidmet war, und wir bei Sekt, Bier und Rotwein einen nach dem anderen für seinen Beitrag zur Konferenzdurchführung hochleben ließen. Und dann sah jemand auf die Uhr und fragte, ob wir uns vorstellen könnten, daß sich jetzt die Freunde (und Freundinnen verdammt nochmal!,d.S'in) aus Schwandorf oder Hanau oder Flensburg auf der Heimfahrt genauso über die Buko auseinandersetzen wie wir ? - Wir konnten.
Das Arbeitskreisplenum am Donnerstag ist wohlgefüllt wie schon lange nicht mehr, wenig Zeit über die Buko zu diskutieren (der TOP wird in die Kneipe verlagert), aber eine heiße Diskussion über die Wendland-Aktionstage(übrigens ähnlich wie in Göttingen, d.S'in), wo wir das Verhältnis zwischen einem breiten Bündnis einerseits und erkennbarer Konfrontation andererseits diskutieren. Über Hanau wird nicht diskutier

Vor wenigen Wochen wäre im von Auflösungserscheinungen gepeinigten Arbeitskreis auch ein Sturm der Entrüstung losgebrochen, hätte jemand gewagt, neben dem Wendland noch andere, zusätzliche Aktionen vorzuschlagen. Es wird nicht diskutiert ob wir nach Hanau fahren, die Frage ist: Wann muß der Bus nach Hanau losfahren? Und dann teilt noch jemand mit, daß er gern zur nächsten Atommüllkonferenz fahren möchte, um die Diskussionen von der Buko weiterzuführen.
Vielleicht ist das alles etwas untypisch, weil uns die Buko näher war und deshalb mehr bewegt hat.
Aber bewegt hat sie uns, auch wenn das noch kein Grund zur Zufriedenheit ist, sondern 'nur' zum Weitermachen.

Peter Dickel

Schweigen oder kämpfen oder was?!

Eins muß mensch dem Braunschweiger Ak gegen Atomenergie lassen: Sein (deutscher?) Sinn für Ordnung und Organisation ließ nichts zu wünschen übrig. So war der Raum für Spontanes auch äußerst begrenzt; durchaus im Sinne des Veranstalters, meinen wir. Mensch kam sich fast vor wie auf einem Grünen-Parteitag...
Teilweise erstarrten die Diskussionen in den Ag's (wenn überhaupt welche zustande kamen) dann auch zu Technokratengesprächen, in denen mann (unterstrichen!!) sich Millirem und andere Zahlen an den Kopf schmiß.
Die Ag's, in denen es nicht primär um Technologie ging, waren (fast) durchweg nach 1 - 2 Stunden durch den Einsatz einiger Idioten zu Blubber- und Labersessions ausgeartet (Hohlköpfe gibt es zwar überall, aber so konzentriert, wie sie bei der Buko auftraten, haben wir das wirklich noch nie erlebt). Es ging immer wieder um Begriffsdefinitionen, Einschätzungen von Vergangenem, Gegeneinschätzungen dazu, usw.; alles rhetorisch hervorragend, aber praktisch nichtssagend und schon gar nicht richtungsweisend. Z.B wurde in einer Ag beschlossen, daß mensch wieder darangehen müsse, den regionalen Widerstand zu intensivieren. Ich weiß nicht, wo diese Leute in den letzten Jahren ihren Grips gelassen haben; wir jedenfalls sind froh, wenn zu bundesweiten Demos noch ein paar Tausend Leute kommen. Aufklärungsarbeit sehe ich auch nicht als Widerstand an.
Unterbrochen wurde das Gerede vom üblichen Nostalgiegequatsche. Die Leute waren wohl mehr an feuchten Augen als an Perspektiven interessiert... Das zeigte sich auch im Ergebnis der Wendland Ag. Widerstand wird jedenfalls nicht dadurch stärker, daß mensch ihn berechenbarer macht (du mußt dich da aber schon ziemlich früh verabschiedet haben, die Säzzerin). Wenn dennoch Leute weiterhin gezwungenen Optimismus verbreiten, dann wird die Anti-AKW Bewegung ebenfalls nur noch Geschichte sein.
In Braunschweig haben wir uns jedenfalls auf der Stelle bewegt. Bisher galt die deutsche Linke noch als gut in Theorie, auch wenn sie in Praxis kaum je was erreicht hat (für 'n bischen mehr Optimismus wär' ich aber doch, d.S'in). Aber selbst das ist wohl vorbei, wenn nicht manche Leute merken, daß Widerstand gegen die Plutoniumwirtschaft auch Widerstand gegen das System, wie platt das auch klingen mag, bedeutet. Und dafür ist Nostalgie nun wirklich keine Perspektive...

OSGA (Osnabrücker gegen Atomanlagen)
BEGA (Bi's Emsland gegen Atomanlagen)
Che/ Osnabrück

Material zur Buko

Tagungsunterlagen, Protokolle, Resolutionen und ein Pressespiegel werden als Nachsendung zum Reader in einem Exemplar pro Anmeldung kostenlos verschickt. Weitere Exemplare können zum Selbstkostenpreis plus Porto bestellt werden.Der um alle Nachträge und die Unterlagen von der Konferenz ergänzte Buko-Reader, der jetzt fast eine Art 'Jahrbuch' der Anti-AKW Bewegung geworden ist, kann ab sofort beim Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie,Jasperallee 32, 3300 Braunschweig zum Einzelpreis von 15,- DM + Porto bestellt werden. Übliche Rabatte. Wir empfehlen, den Reader weiter zu vertreiben, weil wir ihn inhaltlich gut und wichtig finden, weisen allerdings auch darauf hin, daß durch den weiteren Verkauf das Konferenzdefizit gedeckt wird.

Abrechnung
Eine komplette Abrechnung läßt sich kurzfristig nicht erstellen, weil noch eine Reihe von Ausständen ungeklärt sind. Insgesamt ist ein Defizit von etwa 3000,- DM entstanden, das wir durch weiteren Verkauf des Readers und andere Maßnahmen zu decken versuchen werden.
Der weitaus größte Posten der Ausgaben waren mit ca. 15.000,- DM die Druckkosten, hauptsächlich der Reader.
Einige Tausend DM sind für Portokosten entstanden, weil wir sehr intensiv unsere eigenen Strukturen bedient haben. Demgegenüber war die reine Konferenzdurchführung extrem billig. Wir danken allen, die hierzu beigetragen haben. Insbesondere danken wir den zahllosen Braunschweigern, die Schlafplätze zur Verfügung gestellt haben, die uns günstig oder zum unter Selbstkostenpreis Verpflegung zur Verfügung gestellt haben und natürlich ganz besonders herzlich den Mitgliedern des Braunschweiger TU ASTAs.

... noch 'ne Meinung

Obwohl wir mit mehr Teilnehmern (/innen?,die Säzzerin)aus der Anti-AKW Bewegung gerechnet haben, war die Buko '84 gut besucht - erfreulich auch, daß der Großteil der Teilnehmer schon Freitag Abend kam und bis Sonntag Mittag blieb.
Es lag weder an der Menge der Teilnehmer, noch an der Organisation der Buko, daß die Diskussionen - sowohl in den Arbeitsgruppen, vor allem aber im Sonntagsplenum - nicht das hergaben, was zumindest ich mir versprochen hatte. Es liegt vielmehr an der Struktur der Anti-AKW Bewegung, daß wir immer wieder in örtlichen Widerstandsproblemen stecken bleiben und den globalen Zusammenhang aus den Augen verlieren.
Ich meine, gerade für bundesweite Treffen ist es wichtig, daß wir lernen, neben dem Standort-Informationsaustausch eine globale Anti-AKW Strategie - und Widerstandsdiskussionen zu führen.
Für Standort Bi's ist es notwendig,'ihre Atomanlage' als einen Teil des Atomprogramms auf bundesdeutscher und internationaler Ebene zu sehen und durch vernetztes (vielleicht bald verkabeltes? d.S'in) Denken die Zusammenhänge zu erkennen. So kann die Solidarität und der örtliche Widerstand gestärkt werden und das Atomprogramm empfindlich getroffen werden.
Ein positiver Schritt in diese Richtung ist der Aktionsvorschlag der zivilitärischen Arbeitsgruppe, an den zivilitärisch besonders betroffenen Atomanlagen (Kalkar, Karlsruhe, Hanau) eine Informationskampagne (z.B. Broschüre) mit dezentralen Demos oder anderen bunten und vielseitigen Aktionen am selben Tag den Zusammenhang zu verdeutlichen und den örtlichen Widerstand zu stärken.

Liebe Grüße, Anette
Anti Atom Büro Diemelstadt

Hick-Hack ums Anti-WAA-Büro

In den oberpfälzischen BIs schlugen die Wellen in den letzten Wochen hoch über die personelle Besetzung eines Anti-WAA-Büros der Landeskonferenz. Grundlage der Auseinandersetzung dürften weniger die politischen Aktivitäten der ursprünglich vorgesehenen Bürobesetzung (Anita von der Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen) sein als vielmehr der an vielen Standorten existierende Konflikt zwischen einheimischer BI und "Auswärtigen", in diesem Fall die Amberger, Regensburger und Nürnberger BI.

Die BI Schwandorf wollte sich dazu nicht äußern. Sie hält die Diskussion *„im großen Rahmen für beendet und möchte sie auf engsten Raum begrenzen, um nicht noch mehr Porzellan zu zerschlagen."* (ein BI-Vorstandsmitglied).

●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●●

Offener Brief an den Vorstand der BI Schwandorf und alle, die sich betroffen fühlen

In diesem offenen Brief geht es um das seit Monaten beschlossene Anti–WAA–Büro der Landeskonferenz (LaKo) und um die Gerüchtekampagne, die sich daran gegen mich entwickelt hat.

Vorgeschichte des Anti–WAA–Büros

Im August wurde auf einer Aktionskonferenz in Altenschwand (ca. 70 Anwesende) beschlossen, ein gemeinsames Anti–WAA–Büro der bayrischen Anti–WAA–BIs einzurichten zwecks verstärkter auch überregionaler Pressearbeit und Koordination.
Für die Bürobesetzung sprach sich die September–LaKo (mit den Stimmen der Schwandorfer !) für mich (Anita/Niga) als eine von zwei Bürokräften aus – die zweite Bürokraft sollte auf jeden Fall aus der Schwandorfer Gegend sein und von den Schwandorfern selbstständig bestimmt werden können.
Auf der nächsten LaKo im Oktober gab es zu meiner Person wieder Konsens einschließlich der anwesenden Schwandorfer ...
Zwei Tage später fand eine geheime außerordentliche Vorstandssitzung der BI SAD statt, die den LaKo–Beschluß kippte, d.h., sie war nicht mehr bereit, den gemeinsamen Beschluß mitzutragen und das Büro, das sie im Auftrag (!) der LaKo angemietet hatte der LaKo zur Verfügung zu stellen. Dies geschah übrigens alles am Tag X als im Wendland die ersten Blockaden gegen die Atomtransporte stattfanden .....

Der Anfang einer Progromstimmung – Mit Speck fängt man Mäuse und mit dem Anti–Kommunismus brave BI–Mitglieder

Bereits zuvor scheinen Einzelne offensichtlich mehr schlecht als recht versucht zu haben, gezielt Informationen über mich in Erfahrung zu bekommen.
Auf jeden Fall setzte hinter meinen Rücken, ohne mich jemals direkt auf irgendetwas anzusprechen, eine regelrechte Hetzkampagne gegen mich ein, die ihren bezeichnensten Ausdruck darin fand, daß auf der Vorstandssitzung am 18.10.84 ein Vertreter der BI Nittenau erklärte, wenn ich im Büro arbeite, wird er und weitere 20 BI–Mitglieder aus der BI austreten!
Auf der Vorstandssitzung vom 18.10. wurde erstmals quasi öffentlich der „Inquisitionskatalog" gegen mich vorgetragen ...
1) Ich soll im KBW gewesen sein! – Das ist schlicht und ergreifend eine LÜGE. Die, die sich hier als Schnüffler betätigt haben, sollten im Sinne einer besseren Qualifizierung zuerst beim Verfassungsschutz in die Schule gehen.
Doch selbst wenn ich beim KBW gewesen wäre bzw. immer noch wäre (was aber nicht der Fall ist) wäre das kein Sachverhalt, der gegen mich spräche – zumindest gab es bisher in der Anti–AKW–Bewegung keinen Radikalenerlaß, sondern die Leute wurden nach dem beurteilt, was sie machten und was für Positionen sie vertraten.
2) Ich soll in der Frankfurter Hausbesetzerszene aktiv gewesen sein – das ehrt mich, aber dem war leider auch nicht so...
Ist für Euch die Grundbedingung zur Zusammenarbeit, daß man/frau sich nur gegen die WAA engagieren dar? Das Grundgesetz sieht diese Einschränkung zumindest nicht vor – und ich habe auch nicht vor, mir meine demokratischen Rechte von Euch einschränken zu lassen.,.
3) Einige von Euch befürchten, daß Ihre sichere Arbeitsstelle in Gefahr gerät, wenn ich im Büro arbeite.
Ich versteht Eure Ängste sehr gut und ich kann sie Euch auch gar nicht nehmen, denn sie sind grundsätzlich berechtigt. Denn wir haben es hier mit einem sehr mächtigen Gegner zu tun, der auch bisher in der Vergangenheit nicht davor zurückgeschreckt ist, Existenzen zu ruinieren. Das bekannteste Beispiel ist wohl der Startbahngegner und Magistrat Alexander Schubart.. . .
Nur müßt Ihr Euch darüber im Klaren sein, daß mögliche Angriffe gegen Euch und andere WAA–Gegner unabhängig davon erfolgen werden, wer im Büro arbeitet – Ihr könnt den unbescholtesten Bürger dazu hernehmen.
Noch eine kleine bescheidene Frage zum Abschluß dieses Punktes: Habt Ihr jemals daran gedacht, was für Auswirkungen Eure in alle Welt gestreuten Gerüchte für meine weitere Existenz haben könnten? Das ich als arbeitsuchende Diplom–Sozialwirtin so einen Rufmord, wie Ihr ihn gegen mich betreibt, eben auch nicht leisten kann?
... Auf dem Hintergrund dieser gerade dargestellten Sachlage, habe ich mich entschlossen, bis weiteres nicht mehr für die Arbeit des Anti–WAA–Büros zur Verfügung zu stehen. ...
Statt dessen werde ich mich weiter wie bisher engagieren im Widerstand gegen die WAA – ich werde also keineswegs weg vom Fenster sein.
Für die, die mich nicht oder kaum kennen, möchte ich noch etwas zu meiner Person sagen, um damit vielleicht erklärbar zu machen, warum gerade ich eine der beiden Bürokräfte sein sollte und damit auch noch deutlicher wird, wie haltlos die gesamte Rufmordkampagne gegen mich eigentlich ist:
Ich bin seit fast 10 Jahren in der Anti–AKW–Bewegung aktiv. 1977 war ich an der Gründung der NIGA (Nürnberger Initiative gegen Atomanlagen) mitbeteiligt und arbeite seither in dieser Initiative. Die NIGA hat sich von Anfang an für eine bayernweite Koordinierung und Zusammenarbeit der bayrischen BIs eingesetzt und so gibt es seit 1977 die LANDESKONFERENZ!
Das „Landeskonferenz–Info" kurz „LAKO–INFO", an dessen Initiierung und Erstellung ich nicht unwesentlich beteiligt war und bin, versucht u.a. auch den Informationsfluß über andere AKW–Standorte zu gewährleisten.

Kleines Resumee – so etwas darf nie wieder geschehen!

... Dieses hier vorliegende undemokratische Verhalten des Vorstandes der BI SAD und möglicherweise auch noch anderer, verbunden mit der Leichtigkeit, wie hier gegen einzelne Progromstimmung erzeugt werden kann (u.a.mittels dem heute wie auch in der Geschichte Deutschlands immer unheilvoll benutzten Antikommunismus) macht mir, ehrlich gesagt, sehr viel Angst, wenn ich mir überlege, daß wir erst am Anfang des Widerstandes stehen und in Zukunft noch sehr viele Leute auf die breite Solidarität aller WAA–Gegner angewiesen sein werden.

Die eigentliche Problematik: „Auswärtige" und Standort–BIs

Die ganze Kampagne gegen mich schätze ich allerdings so ein, daß es eigentlich gar nicht um meine Person geht, sondern daß letztendlich viel grundsätzlichere Dinge dahinterstecken: Ich vermute, daß ist Euer grundsätzliches Mißtrauen und Ablehnung der LaKo gegenüber und damit auch den Auswärtigen gegenüber und Eure damit verbundenen Ängste über die weitere Entwicklung des Widerstandes, die Ihr versucht, über mich zu personalisieren anstatt sie offenzulegen und damit diskutierbar zu machen.
Daß es immer wieder Widersprüche und Auseinandersetzungen zwischen den „Auswärtigen" und den Standort–BIs gibt, ist in der ganzen Geschichte der Anti–AKW–Bewegung nichts Neues – neu ist allerdings die „Qualität", mit der hier die Standort–BI hantiert – so weitgehende Rufmordkampagnen hat es bisher nie gegen langjährige mitarbeitende AKW–Gegner gegeben – in der Form wurde dies eigentlich immer der BILD–ZEITUNG ÜBERLASSEN.!
Letztendlich kann es erst dann eine einigermaßen vernünftige Zusammenarbeit geben, wenn allen klar ist, daß weder die „Standort–BI" alleine die WAA verhindern kann, noch die „Auswärtigen" alleine, sondern daß wir wenn überhaupt nur dann eine Chance haben, wenn wir alle zusammen jeder das in seiner Macht und seinen Vorstellungen Mögliche tut – das beinhaltet z.B. auch ein gegenseitiges Akzeptieren von verschiedenen Widerstandsformen.

eine erschütterte WAA–Gegnerin ANITA/NIGA

NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK

CSU: Landräte ans Gängelband nehmen

Der Schwandorfer Landrat Schuirer (SPD) hatte sich über Wochen gesträubt, den Bebauungsplan für die geplante WAA zu unterzeichnen und auszulegen. Sein Kollege, der Tirschenreuther Landrat Weigel, weigerte sich, das Verfahren für die Atommüllsammelstelle Mitterteich weisungsgemäß durchzuziehen.
Diese nicht reibungslose Durchführung der Atomprojekte in der Oberpfalz nahm die bayrische CSU-Landtagsfraktion jetzt zum Anlaß für eine kleine, aber nicht unbedeutende Gesetzeskorrektur. Geplant ist, das Verwaltungsverfahrensgesetz durch ein "Selbsteintrittsrecht" der Aufsichtsbehörde zu "ergänzen". D.h., kommt eine staatliche Behörde der Weisung einer übergeordneten Dienststelle nicht nach, nimmt diese die Aufgabe an Stelle der "renitenten" Unterbehörde war. Dies war bislang nur nach langwierigen Verfahren wie Amtsenthebung möglich. Diese totale Entmündigung im Interesse der Industrie und des Atomstaates betrifft alle Dienststellen wie Wasserwirtschaftsamt, Gesundheitsamt, Bezirksregierung. Brisant wird es bei den Landräten, die nicht wie andere Amtschefs vom Staat eingesetzt sind, sondern von den Bürgern gewählt und durch ihren Vorsitz im Kreistag Teil der kommunalen Selbstverwaltung sind.
So sang- und klanglos, wie sich das Innenministerium das vorstellte, dürften die Landräte allerdings nicht ans Gängelband zu nehmen sein, denn hier werden auch die eigenen Parteimitglieder verprellt. Die oberbayrischen Landräte sehen in dem Vorhaben *"eine Regelung, die den demokratisch legitimierten Landrat im gesamten Bereich seiner staatlichen Funktion trifft"*. (MBZ, 5.12.84). In einer außerordentlichen Verbandsversammlung soll das Thema eingehend erörtert werden. Das Vorhaben wurde im bayrischen Kabinett vorerst vertagt.

Dragahn:

Nikolausüberraschung für die DWK

Dem Spiegel zufolge ist die Entscheidung über die Standortvergabe der DWK für die WAA bereits gefallen; angeblich soll das Los auf Wackersdorf gefallen sein. In Lüchow-Dannenberg ist davon allerdings nichts zu spüren, die DWK versucht hier nach wie vor, die ersten Genehmigungen zu bekommen.

Auf zwielichtige Weise wurden am 10. Oktober vom Karwitzer Gemeinderat zwei Bauanträge der DWK genehmigt. Aufgrund § 35 des Bundesbaugesetzes hatte die DWK beantragt, die WAA als *"privillegiertes Bauen im Aussenbereich"* der Gemeinde zu behandeln. Dies bedeutet, daß eine Bürgerbeteiligung und Einspruchsmöglichkeiten dagegen stark eingeschränkt sind.
Der § 35 setzt aber eine "Ortsgebundenheit" des Projektes voraus, und das ihm keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Beide Punkte sind auf

Um der DWK die Entscheidung für den Standort Wackersdorf ein wenig zu erleichtern, beschenkte das bayrische Umweltministerium die DWK mit 3000 Exemplaren einer 32-seitigen Werbebroschüre, die für 35.000 DM aus öffentlichen Mitteln hergestellt wurde.
In dem Heft *„Inmitten der Oberpfalz"* wird vom Ministerium, das auch Genehmigungsbehörde für die WAA ist, nicht nur die Bedeutung dieser Region mit ihren Verkehrswegen, ihrer Infrastruktur und ihren Möglichkeiten für Freizeit und Erholung gepriesen, sondern auch auf die aufgeschlossene Bevölkerung hingewiesen.
Trotzdem scheinen Umweltminister Dick Zweifel am ernsthaften Ansinnen der DWK zu beschleichen, die WAA in der Oberpfalz bauen zu wollen. Die DWK hat nämlich ihren Antrag vom August '83 für die erste Teilerrichtungsgenehmigung zurückgezogen und ihn am 8.8.84 durch einen neuen Antrag ersetzt, der für das atomrechtliche Verfahren das Brennelemente- und Eingangslager, den Außenzaun und die Eingangswache umfaßt. Das WAA-Hauptprozeßgebäude fehlt im zweiten Antrag. Natürlich gibt es für Dick *„keine Anzeichen dafür, daß die DWK ihren Antrag ... zu ändern beabsichtige"*, aber *, sollte dennoch entgegen dem eindeutigen Antrag nicht der Bau der gesamten WAA geplant sein, sondern ausschließlich der Betrieb des Brennelementlagers, könnte dieses Vorhaben im Rahmen des derzeit laufenden atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nicht genehmigt werden."*

keinen Fall gegeben, trotzdem aber erweckte Bürgermeister Mennerich und der Leiter der Bauabteilung der Samtgemeindeverwaltung Dannenberg, Grambeck, auf der Ratssitzung den Eindruck, daß die DWK auf die gesetzlich benötigte Einwilligung des Gemeinderates ein Recht habe, da die Bedingungen des § 35 erfüllt seien.

So kam es zu einer denkbar knappen Abstimmung: Von neun Ratsmitgliedern stimmten vier dafür und drei dagefen, bei einer Enthaltung und einem Abwesenden.

Erst im nachhinein wurden die Zweifel an der rechtlichen Verpflichtung des Rates zur Zustimmung laut. Da Mennerich und Grambeck zur Erkundung der rechtlichen Fragen nach eigenem Bekunden im Sozialministerium, im Ministerium für Bundesangelegenheiten und bei Albrecht gewesen sind, fragte der SPD-MdL Kreuzer Minister Hasselmann, warum die Landesregierung nicht dargelegt hatte, daß der Gemeinderat zwischen dem § 35 und einem Bebauungsplanverfahren mit Bürgerbeteiligung, wie in Wackersdorf wählen könne.

Hasselmanns Antwort – *"...wir haben die Gemeinde....auf beide Möglichkeiten hingewiesen" (EJZ, 17.11.84)* – unterschied sich also stark von dem vor dem Gemeinderat erzeugten Eindruck.

Die beiden Anträge für den Bau eines Zaunes um das Baugelände und den Aushub der Grube für das Hauptprozessgebäude ruhen jetzt bei der Kreisverwaltung. Diese muß die Baugenehmigung erteilen, will es aber erst tun, wenn auch die atomrechtliche Genehmigung erteilt worden ist. Mit dieser wiederum will man aber in Hannover warten, bis die Entscheidung der DWK über den Standort gefallen ist.

Vor diesem Hintergrund erscheint die zwielichtige Entscheidung in Karwitz ein weiterer Versuch der DWK, beide Eisen im Feuer zu halten, und gleichzeitig noch weitere Subventionsversprechungen aus der Landesregierung herauszukitzeln.

Die Frage ist nur, wer dabei auf welche Art gemauschelt hat. Schließlich ist sowohl das Interesse der Landesregierung an der WAA bekannt, als auch Mennerichs freimütig geäußerten Tagträume von den goldenen Zeiten, die kommen werden, wenn sich erst das DWK-Füllhorn über Karwitz ergießen würde.

In Hitzacker geht derweilen die Auseinandersetzung um das wasserrechtliche Genehmigungsverfahren für die WAA weiter. Ohne Gegenstimmen verabschiedete der Samtgemeinderat Hitzacker zwei Einwendungen gegen die Genehmigung. Der Sachverständige der Stadt, Kirchner, bezeichnete die hierzu ausgelegten Pläne als *"dürr"*. Erst ein Einblick in das gesamte WAA-Konzept in Hannover *"hat fundierte Aussagen erlaubt"*, die wenig positiv für die Betreiber ausfallen, *"da das technische know how der DWK offenbar nicht ausreicht, um Anlagen wie die WAA zu planen". (EJZ, 22.10.84)*

Schon jetzt zeichnet sich aber ab, daß die Bezirksregierung die Einwände Hitzackers übergehen wird, indem sie die Samtgemeinde Dannenberg für zuständig erklären wird, da in deren Gebiet die Abwässer entstehen. Die Über- und Einleitung der Abwässer bei Hitzacker könnte so erzwungen werden.

Diese Handlungsweise der Bezirksregierung ergibt sich aus den Streitigkeiten mit der Gemeinde Hitzacker, da diese sich anfangs geweigert hatte, die Pläne zur wasserrechtlichen Genehmigung auszulegen, während es in Dannenberg nur noch um die Frage geht, ob die DWK oder die Gemeinde für die Kosten der Abwässer einstehen muß.

DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM

»Geld regiert die Welt«

(Goethe, Onkel Dagobert)

Gut bei Kasse scheint zur Zeit Bundesfinanzminister Stoltenberg zu sein: nach den "Gorleben-Millionen" sollen nun die "Dragahn-Millionen" folgen. Schon von 1978 -82 hatte der Bund insgesamt 200 Mio DM an Niedersachsen gezahlt, um die besonderen Aufwendungen des Landes, des Kreises und der Gemeinden für das Atomprogramm in Lüchow-Dannenberg auszugleichen.

Dem sollen nun von 1985 - 88 insgesamt weitere 120 Mio DM folgen, vor allem für die Finanzierung der Polizeieinsätze und des Ausbaus der Infrastruktur. Was offiziell als Ausgleichszahlung läuft, ist tatsächlich (welch Überraschung!) allerdings eher als Schmiergeld zu bezeichnen.

Auf der Bürgerversammlung des Karwitzer Gemeinderates wurde vom Dannenberger Samtgemeindeamtmann Schulz auch unverhohlen zugegeben, daß das Geld, das auch ohne WAA fließt, schneller fließen könne *(EJZ, 29.11.84)*.

Bürgermeister Mennerich ist deshalb schon am Planen; neue Sportanlagen sollen gebaut werden, Straßen verbessert und eine Mehrzweckhalle errichtet werden.

Klarer wird dagegen die"Ausgleichsfunktion" der 12 Mio DM, die der Landkreis für die Fremdenverkehrsförderung zur Verfügung hat, um" Maßnahmen gegen die negativen Auswirkungen der Atomanlagen " zu finanzieren: Tourismus gegen Plutonium!

Weniger deutlich als die Schmierung des Atomprogramms durch den Bund ist die direkte Förderung der DWK durch Staatsgelder. Genaue Zahlen wurden, mit Hinweis auf das Steuergeheimnis, auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hin, nicht genannt.

Fest steht nur, daß die DWK für das Zwischenlager in Gorleben Gelder aus der Zonenrandförderung bezogen hat. Gewaltige Summen sind im Zusammenhang mit der Standortvergabe der WAA im Spiel: F.J.Strauß, als bayrischer Ministerpräsident, wirft der niedersächsischen Landesregierung vor, sie erwäge, Investitionshilfen bis zu 480 Mio DM, die volle Übernahme der Infrastrukturmaßnahmen und eine Landesbürgschaft bis zu 2 Mrd. DM für die WAA zu übernehmen ! *(Wirtschaftswoche, 2.11.84)*

Beträge also,gegen die selbst die 120 "Dragahn-Millionen" nur Kleingeld sind; von denen ja, wie schon von den 200 Mio bisher, ein großer Teil ebenfalls in die Infrastruktur gesteckt werden soll.

Auch von der Bundesregierung könnten noch Gelder in Form von Regional- und Investitionshilfen fließen. Augenblicklich sind jedoch angeblich weder irgendwelche Hilfen geplant, noch seien von Seiten der DWK entsprechende Anträge gestellt worden. Auch Forschungsgelder sollen, wie in der Antwort auf die Grünen-Anfrage zu lesen steht, nicht lockergemacht werden; wobei allerdings anzumerken wäre, daß die Versuchs-WAA in Karlsruhe, mit Bundesgeldern finanziert, einen gewaltigen, indirekten Zuschuß an die DWK darstellt.

DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM DM

Das »Bombengeschäft« mit der Nukem

Die Nukem tritt am Weltmarkt als Anbieter von Brennelementen auf. Kunden der Nukem sind z.B. die zahlreichen Empfängerländer deutscher Forschungsreaktoren. Die Kontrollmaßnahmen der internationalen Atombehörde IAEA können lediglich die Abzweigung von Spaltmaterial entdecken, aber dies nicht verhindern. Auch die Genehmigungsbehörde, der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik, kann dies nicht verhindern. Mit Genehmigungsauflagen, wie geplant, können wohl Stacheldrähte und Sperren oder dickere Türen errichtet werden, jedoch Entwendungen bei Transporten oder im Bestimmungsland der Brennelemente nicht ausgeschlossen werden.

Hauptabnehmer deutscher Nuklearexporte waren neben dem Iran die südamerikanischen Länder Argentinien und Brasilien. Beide Länder sind keine Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages. An Brasilien werden komplette Anlagen für den Brennstoffkreislauf geliefert. Im Gegensatz zur deutschen Politik weigerten sich die USA, vertraglich zugesicherte Atombrennstoffe zu liefern.

Nukem selbst war in ein Geschäft verwickelt, das zeigt, wie wenig Sorgfalt sie bei der Auswahl ihrer Geschäftspartner walten läßt. Die in Hessen ansässige Firma „Asmara-Chemie" hatte 1968 ein Geschäft mit Natururan vermittelt, wobei die 200 t auf dem Transport von Genua nach Antwerpen verschwanden und später aller Wahrscheinlichkeit nach in Israel als Grundlage zum Bau der israelischen Atombombe wiederauftauchten.

Im Juli 1969 kaufte die selbe Firma Asmara-Chemie, die in dem genannten Fall, der als „der Fall Plumbat" bekannt wurde, eine Hauptrolle gespielt hatte, bei der Firma Nukem 232 kg Natururan. Es ist anzunehmen, daß die Firma Nukem zum Zeitpunkt des Verkaufs von der führenden Rolle der Firma Amara-Chemie im Fall Plumbat Kenntnis hatte. *„Am 18. Juli 1969 ist dann die Auslieferung des Materials erfolgt, und dieses Material enthielt dann das U_3O_8-Pulver."* (Dr. Hackstein beim Hearing am 15.6.84 in Wiesbaden). Obgleich das Material auf Druck von Euratom wieder zurück nach Hanau gelangte, muß sich die Firma Fahrlässigkeit und extreme Sorglosigkeit — bei Nichtkenntnis des Falles Plumbat — vorwerfen lassen.

Seit Mitte August 1984 ist bekannt, daß die Firma Nukem in Indonesien mit dem Bau einer Brennelementefabrik für Materialtestreaktoren begonnen hat. Diese Brennelementefabrik soll für den von Interatom in Indonesien zu errichtenden Forschungsreaktor MPR-30 die Brennelemente produzieren. Indonesiens Forschungsminister Habibie setzt laut Spiegel 43/84 vom 22.10.84 bei der Entwicklung des Landes vor allem auf die Rüstungsindustrie. Deutsche Firmen wie AEG und MBB sollen helfen, Kampfflugzeuge und Waffen zu bauen. Der Forschungsminister ist gleichzeitig Mitglied des indonesischen Verteidigungsrates. Es bleibt zu fragen, welche Rolle eine von Nukem gelieferte Brennelementfabrik spielen soll, in einem Land, in dem es keine kommerzielle Nutzung sogenannter „friedlicher Atomenergie" gibt.

Alkem — der Einstieg in die Plutoniumwirtschaft

Die Firma Alkem erhielt am 30.12.74 gemäß §9 Atomgesetz eine Umgangsgenehmigung für 460 kg Plutonium, 1,5 kg Americium, 180 kg Uran-235, 20t abgereichertes Uran und 10t Natururan. Im jetzt laufenden Genehmigungsverfahren hat Alkem die Lagerung und Verarbeitung von folgen-

den Mengen beantragt:
6,7t Plutonium mit mind. 5 Prozent Pu-240
8 kg Americium-241
550 kg Uran-235
30t abgereichertes Uran
50t Natururan

Die Alkem benutzte also ihren Antrag gemäß §7 Atomgesetz, den sie 1975 stellen mußte, um in der zuletzt vorgelegten Fassung vom 18. Januar 1984 eine Erhöhung der Lager- und Verarbeitungskapazität für ihre Spaltstoffmengen zu beantragen. Bezogen auf das Plutonium bedeutet dies eine Steigerung um das **mehr als Vierzehnfache.** Bei Uran-235, dessen Bedeutung im Kapitel Nukem erläutert wurde, handelt es sich um das **Dreifache.** Da die Anreicherung dieses Urans nicht begrenzt wird, kann es sich um hochangereichertes und damit ebenfalls um waffenfähiges Material handeln.

Die Alkem wurde ursprünglich geschaffen, um die Brennelemente für den Schnellen Brüter und die dazu gehörenden Versuchsanlagen zu liefern. Ein größerer Teil der bisherigen Aktivitäten der Alkem umfaßte dementsprechend die intensive Bearbeitung der Brennelemente für den SNR-300 in Kalkar. Mit der fortschreitenden Desillusionierung bei der Verfolgung der deutschen Brüterpläne lassen sich die vorliegenden Ausbaupläne nicht erklären. Wie die Alkem selbst äußerte, müßte sie in der Fertigung mit 1700 kg Plutonium im Jahr umgehen, um *„dem derzeitigen Zuschnitt der Entsorgung in der Bundesrepublik zu entsprechen"* (Dr. Stoll, Geschäftsführer der Alkem, beim Hearing). Andererseits ist jedoch aus den Genehmigungsunterlagen zu erkennen, daß die Firma — sollte sie eine Genehmigung bekommen — mit Mengen zwischen 2 bis 4t pro Jahr hantieren will. Die derzeitige Brütersituation könnte jedoch nur die Beibehaltung der bisherigen Kapazität rechtfertigen. Insbesondere wäre der Aufbau der Plutoniumlagers mit der beantragten Riesenkapazität nicht notwendig.

Alkem- Geschäftsführer Stoll schließt den Plutonium- Bunker für die Öffentlichkeit

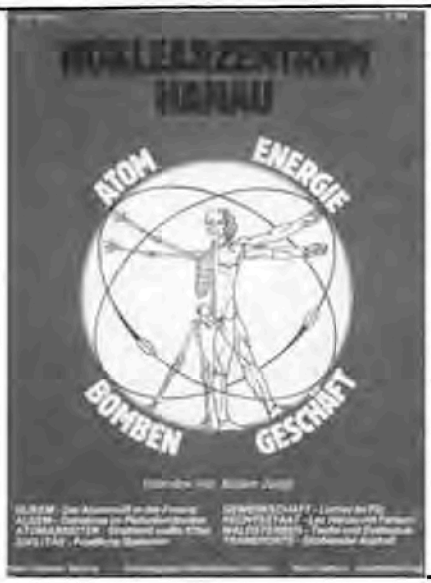
Alkem will andererseits die Herstellung von Plutoniumbrennelementen für Leichtwasserreaktoren (mit dem Gehalt von 3 Prozent Plutonium) forcieren. Unter physikalischen Gesichtspunkten bringt dies im Reaktorkern eine ungleich größere Gefahr wegen der höheren Radioaktivität mit sich. Unter ökonomischen Gesichtspunkten sind diese Plutoniumbrennelemente sinnlos, da auf viele Jahre hinaus das Uran und die Herstellung von Uranbrennelementen wesentlich billiger sind als Plutonium und die Herstellung von sogenannten MOX-Elementen.

Die deutsche Atomindustrie setzt aber weiterhin trotz aller Rückschläge auf Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitungsanlagen. Für die Alkem wirkt sich das so aus, daß die deutsche Atomindustrie die Alkem erhalten will, um jederzeit die Verarbeitung von Plutonium — zu welchem Zweck auch immer — vornehmen zu können. Für die nächsten zehn Jahre soll die großtechnische Plutoniumwirtschaft eingeführt werden, indem auch in Leichtwasserreaktoren soviel wie möglich Plutoniumbrennelemente eingesetzt werden. Die Elektrizitätswirtschaft hat, obwohl diese Brennelemente auf absehbare Zeit nicht ökonomisch einsetzbar sind, die Verpflichtung übernommen, MOX-Brennelemente zu kaufen und einzusetzen.

Für die fernere Zukunft ist bei den Verantwortlichen wohl noch immer der Traum von der Brüterwirtschaft vorhanden und weiterhin führend in einer Technologie zu sein, die sonst nur anerkannten Atomwaffenmächten zur Verfügung steht.

All dies erklärt jedoch noch nicht die beantragte riesige Lagerkapazität für Plutonium, die die Alkem zum größten Plutoniumlager der „zivilen Welt" macht.

Buchbesprechung



Neue Hanaubroschüre – Pflichtlektüre für AKW-Gegner

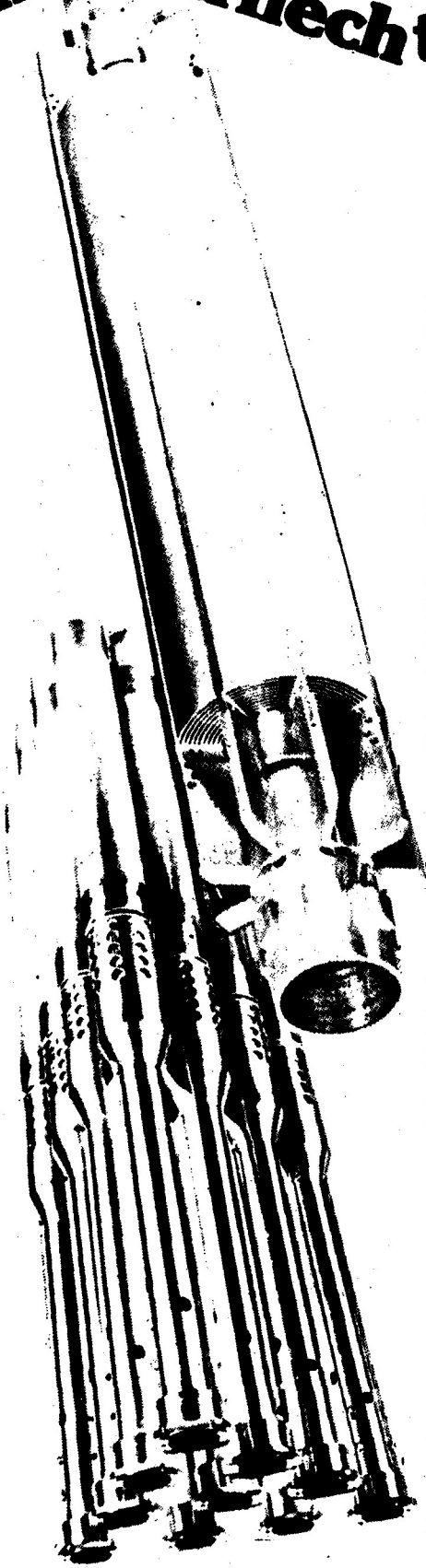
Hier ist der Grund, warum wir in dieser Ausgabe der "ATOM" darauf verzichten, ausführlich auf die Hanauer Atomfabriken einzugehen: Die neue Hanau-Broschüre, die zum Besten gehört, was aus den Reihen der Anti-AKW-Bewegung in den letzten Jahren publiziert worden ist. Für den Spottpreis von 5.00 DM werden auf 74 Seiten nicht nur alle Facetten dieses wichtigsten Atomzentrums der BRD erfasst: 14 Seiten z.B. beschäftigen sich alleine mit dem bisher wenig beachteten Thema "Arbeitssicherheit in Nuklearbetrieben" und dem Thema Gewerkschaften und Atomenergie. Ferner werden die Punkte Atomenergie und Waldsterben, Wirtschaftlichkeit der Atomenergie und Atomtransporte behandelt. Schwerpunktmäßig werden die Hanauer Atomanlagen im Einzelnen vorgestellt unter besonderer Berücksichtigung ihrer militärischen Bedeutung bzw. Verwendbarkeit. Hierzu äußert sich auch in einem längeren Interview der Salzburger Zukunftsforscher Robert Jungk.

Bestelladresse:

Atomexpress Postfach 1945 Reinhäuser Landstr.24
34 Göttingen (0551-7700158) ab 5 Stck.: 30% Rabatt

Militärische Projekte in aller Welt — made in Hanau

Zivilitärische Verflechtungen



Wenn es um die Frage geht, ob Hanauer Atombetriebe zu einer möglichen Atombewaffnung beitragen, so heißt es stets, daß dies ja durch internationale Kontrollen verhindert und hier ausschließlich für friedliche Zwecke gearbeitet werde.

Dem stehen jedoch folgende Tatsachen gegenüber:

☐ Die Nukem baute eine Spezialanlage für den Schnellen Brüter „Super-Phénix" in Frankreich[1], an dem auch die Nukem-Muttergesellschaft RWE beteiligt ist. Wozu dient dieser Brüter? *„Inzwischen teilte die französische Regierung der europäischen Versorgungs-Agentur mit, daß sie das Plutonium aus dem 250-Megawatt-Brüter für militärische Zwecke benötigt."* (persönliche Mitteilung von W. Catenhusen, MdB, zitiert nach K. Traube, „Plutonium-Wirtschaft", rororo aktuell)

☐ Die Nukleartechnik GmbH (NTG, Gelnhausen-Hailer) beliefert mit ihren Produkten die „Los Alamos Scientific Laboratory" USA[2]. In diesen Atomwaffenlabors wurden die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki gebaut und heute u.a. Sprengköpfe für die Pershing II entwickelt.[3]

☐ Ebenfalls von NTG wird das „Oak Ridge National Laboratory" USA beliefert[2]. Zu diesen Anlagen gehören Atomwaffenlabors und Anreichungsanlagen für Atombombenmaterial[4].

☐ Für die Nukem wird hochangereichertes (gleich bombenfähiges) Uran aus den USA in Zusammenarbeit mit der Transnuklear in Hanau (TN) von US-Militärflugzeugen über die US-Airbase Frankfurt nach Hanau gebracht[5].

☐ Die TN bezieht dieses hochangereicherte Uran von den Atomanlagen in Oak Ridges. Die Nukem stellt daraus Brennelemente für Forschungs-AKWs her [5, 6].

☐ Diese Nukem-Brennelemente werden nach ihrem Einsatz in Forschungs-AKWs in aller Welt durch die TN zum größten Teil zur Wiederaufarbeitungsanlage Savannah River in die USA gebracht, wo sie zur Plutoniumgewinnung für das US-Atomwaffenprogramm verarbeitet werden[7, 8].

☐ Die Nukem beschafft Uran u.a. für Brasilien und Peru[10].

☐ Die Reaktor-Brennelement-Union Hanau (RBU) liefert Brennelementfabriken an die Militärdiktaturen Argentinien und Brasilien[9].

☐ Die NTG beliefert das national acceleration center, ein Atomzentrum in Südafrika[2].

☐ Die Nukem-Tochter Uranit ist entscheidend an der Entwicklung eines Verfahrens zur Plutoniumanreicherung mit Hilfe von Laserstrahlen beteiligt, das auch in den USA zur Plutoniumgewinnung für Atomwaffen entwickelt wird[11].

☐ Leybold-Heraeus Hanau lieferte Vakuumpumpen für eine Urananreicherungsanlage an Pakistan.

Bei allen diesen Geschäften kann, freundlich ausgedrückt, die militärische Nutzung durch die jeweiligen Regierungen nicht ausgeschlossen werden. Dabei sind dies nur einzelne Beispiele — nur die Spitze eines Eisbergs.

So sorgt die ach so „friedliche" Hanauer Atomindustrie nicht nur für unsere Bedrohung durch Unfälle und ständige radioaktive Abgaben: Sie trägt (zumindest indirekt) auch zur Herstellung der Atomraketen bei, die in der BRD und anderswo stationiert werden, und sie verdient ebenfalls an der Weiterverbreitung von Atomwaffen, besonders an Militärregimes und in Spannungsgebiete.

Harald
Initiativgruppe Umweltschutz Hanau

Anmerkungen:

1 Nukem-Jahresbericht 1980
2 NTG-Werbekatalog, S. 3
3 Zeitmagazin Febr. '83, S. 21, 22
4 Umweltmagazin 2, 1980
5 Auskunft von Dr. K.G. Hackstein (Nukem-Geschäftsführer)
6 Werbebroschüre der TN, S. 28
7 Werbebroschüre der TN, S. 25
8 Beitrag von T.B. Cochran vor dem Innenausschuß des US-Repräsentantenhauses, dokumentiert in Atommüllzeitung Nr. 19
9 RBU-Werbebroschüre, S. 6 und Nukem-Jahresbericht 1980
10 Nukem-Jahresbericht 1980
11 Arbeiterkampf Nr. 244

Nukem/Alkem:

Dachlatte oder

Ende November dieses Jahres kündigte der Frankfurter Oberbürgermeisterkandidat und Exforschungsminister Volker Hauff an, er werde dem Bundesinnenminister einen Verstoß gegen den Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen wegen der Zimmermannschen Anweisung zur Weiterproduktion von waffenfähigem Uran bei der Hanauer Nuklearfirma Nukem nachweisen.

Anmerkung in diesem Zusammenhang: Der Plutoniumbunker Alkem plus Fabrik ging Ende 1974 unter Forschungsminister Matthöfer (SPD) und seinem Staatssekretär Hauff (heute OB-Kandidat in Frankfurt!) in Betrieb.

Wir wollen im Folgenden aufzeigen, daß sich Illusionen

Als die rot/grüne Zusammenarbeit durch die vom hessischen Wirtschaftsminister angekündigte Teilerrichtungsgenehmigung für Nukem ernsthaft auf dem Spiel stand, bewies Börner am 16. November in einem Brief an die Grünen "Entgegenkommen". Börner benennt in seinem Brief folgende Punkte als "Zugeständnisse":

1. Nukem soll auf die Verarbeitung von bis zu 20%igem Uran festgelegt werden anstatt der von den Grünen kritisierten Anreicherung von 97%igem Uran. Damit sei *"zum ersten Mal neben der nationalen und internationalen behördlichen Kontrolle der Nichtverbreitung kernwaffenfähigen Materials ein entscheidender faktischer Schutz erreicht, weil bei Uran dieses Anreicherungsgrades kein kernwaffenfähiges Material mehr entstehe."*

Bemerkenswert, denn hier gibt Börner erstmals zu, daß bei Nukem atombombengrädiges Material lagert und verarbeitet wird, ein Gedanke, den die Sozialdemokraten nach dem Landtagshearing zu Nukem/Alkem im Juni dieses Jahrs noch weit von sich gewiesen hatten. Daß die SPD diese Produktion gar nicht abstellen will, machen die Nachsätze zu dieser Beschränkung klar: Gültigkeit erlangt sie erst mit der Inbetriebnahme von Nukem II, mit der frühestens 1989 gerechnet wird. Bis dahin kann Nukem I mit Billigung der SPD Atombombenmaterial in die ganze Welt exportieren. Doch auch dies ist nicht Börners letztes Wort. Nukem soll über diesen Zeitraum hinaus gestattet werden, seine bis dahin abgeschlossenen, vermutlich sehr langfristigen Lieferverträge in Euratom und IAEO-Staaten zu erfüllen.

Der IAEO gehören Länder wie Südafrika, Brasilien, Indien, Pakistan und Irak an, von denen bekannt ist, daß sie den Erwerb eigener Atomwaffen anstreben bzw. bereits welche haben und die allesamt den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben haben. Daß die Nukem diesbezüglich nicht zimperlich ist bei guten Geschäften, beweisen u.a. Atomgeschäfte mit Indien, Indonesien und Südkorea.

2. Das Börnersche "Zugeständnis", Nukem II nur als Ersatz für Nukem I zuzulassen (Nukem I müsse bei Inbetriebnahme von Nukem II stillgelegt werden) ist eine glatte Finte. Nichts anderes war von Anbeginn vorgesehen. Das Unternehmen hatte niemals vor, die neue Produktionsstätte als Ergänzung zusätzlich zu der alten zu betreiben.

3. Ein schlichter Betrug ist Börners Zusage *"eine Kapazitätsausweitung erfolgt nicht"*. Eine Ausweitung der **Produktionskapazität** war nie vorgesehen. Beantragt hat die Nukem eine Ausweitung der **Lagerkapazität** für Uran von 1800 kg auf 6t. Hierzu aber will sich die SPD erst im Zusammenhang mit der Betriebsgenehmigung für Nukem II äußern.

Zur Plutonium-Fabrik Alkem erklärte Börner nur lapidar *"hier müsse noch rechtlich geprüft und abgewogen werden"* - ein Verweis auf den Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft erfolgte an dieser Stelle bezeichnenderweise nicht.

Ein Geschenk des Himmels

Da der Börner Brief auch von den blauäugigsten grünen Realpolitikern als Kuckucksei erkannt wurde, dürfte der Zimmermannbrief, in dem er auf sein Bundesrecht pochte und die SPD aufforderte, Nukem unter den ursprünglich von ihr vorgesehenen Bedingungen zu genehmigen, bei den Sozialdemokraten allgemeine Erleichterung ausgelöst haben. SPD-Landesvorstandsmitglied Schlitzberger: *"Ein Geschenk des Himmels!"* Die Schuld für das Auseinanderbrechen des rot/grünen Bündnisses konnte jetzt nach Bonn abgeschoben werden, die Wogen auf dem linken SPD-Flügel waren geglättet und die Industrie zufriedengestellt.

Glatte Heuchelei war deshalb auch das superradikale Gerede Stegers, er wolle den Bundesinnenminister "politisch zur Rechenschaft ziehen" und mit ihm "den Streit (welchen?) über die Nichtverbreitung von Kernwaffen fortführen, etwa bei der großen Anfrage der SPD im Bundestag..."–Schaukämpfe sind auch Kämpfe!

Ungewollte Möglichkeiten

Der von der SPD kommende Jammerruf, die Grünen sollten keinen Rechtsbruch von ihr verlangen, verdeckt geschickt die heimliche Kumpanei zwischen ihr und Zimmermann. Albrecht und Lothar Spaeth haben bewiesen,

Brennstab

in die SPD auch heute, trotz aller Wandlungen, nicht lohnen. Die Zugeständnisse an die Grünen in Hessen erweisen sich bei genauer Hinsicht als Lug und Trug, die Formel vom „Ausstieg aus dem Plutonium-Staat" als leeres Wortgeklingel. Die SPD ist wie eh und je bereit, auch das eigene Programm zu verraten, wenns ihr im Augenblick nützt.

Das rot/grüne Bündnis hat mit der Weigerung der Grünen, den hessischen Landeshaushalt mit zu verabschieden, ein (vorläufiges?) Ende gefunden. Haben die Grünen die Chance vertan, gemeinsam mit der SPD einen Anfang beim *"Ausstieg aus dem Plutonium-Staat"* zu vollziehen?

daß die Ablehnung atomarer Bundesprojekte maßgeblich eine politische und keine juristische Frage ist. Doch diesen Weg will die SPD ungenutzt lassen.
Das Hessische Wirtschaftsministerium (HWMT) ist nicht, wie Steger suggeriert, eine nachgeordnete Behörde des Bundes, sondern übt die ihm übertragenen Aufgaben selbstständig und in eigener Verantwortung aus. Die Aufsicht des Bundes erstreckt sich auf die "Gesetzmäßigkeit und die Zweckmäßigkeit der Ausführung". Bei Meinungsverschiedenheiten steht dem Bundesinnenminister (BMI) als schärfstes Mittel die Weisung zu, die jedoch nicht oder nur sehr selten angewandt wird und erst nach längeren Auseinandersetzungen mit dem HWMT. Will eine Landesbehörde den Weisungen des Bundes nicht folgen, bleibt noch der Weg zum Bundesverfassungsgericht.

Daß die SPD jetzt groß tönt, die Forderung der Grünen nach einer Auseinandersetzung mit Zimmermann sei unerfüllbar, beweist einmal mehr, wie ernst es der SPD mit dem Willen zur Veränderung ist.

Mit der Industrie durch Dick und Dünn

Veränderungswillen zeigt die SPD immer erst wenn die Wirkung gleich null ist. Der heroische Verzicht Börners auf die Wiederaufarbeitung, der die Absage an die Plutoniumwirtschaft unterstreichen sollte, tut der Industrie nicht mehr weh. Große Teile der EVU's haben die ökonomische Unsinnigkeit einer WAA längst erkannt, und würden den Atommüll, wie Börner und die Rest-SPD, lieber direkt endlagern—elegante Versöhnung von Ökologie und Ökonomie.

Soll die SPD der Industrie an's Leder, verabschiedet sie sich jedoch lieber von Gesellschaftsveränderung und Ökologie. Grund hierfür ist die fortgeschrittene Verzahnung von Ministerien und Atommafia, die weit hinein in den rechten Gewerkschaftsflügel hineinragt. Dieser machte sich schon beim Landtagshearing für die auflagenfreie Genehmigung der Atomfirmen stark und seufzte ob der grün-roten Scheidung erleichtert auf—mit den immer wieder vorgezogenen Arbeitsplatzargumenten. Dies ist wenig stichhaltig, denn die Nukem hat sich längst aufgemacht zur Entwicklung zukunftsträchtiger Produkte wie Solarzellen und Filtern zur Abgasreinigung. Von den 800 Nukem-Mitarbeitern sind nur ca. 40 mit der Produktion von hochangereichertem Uran beschäftigt. Die von den Grünen geforderte Umstellung der Produktion ist nicht unmöglich.
Daß Nukem nicht nur für den zivilen Bereich produziert, kann der SPD kaum verborgen geblieben sein. Nukem produziert u.a. Brennelemente für den militärisch genutzten Schnellen Brüter Phenix in Frankreich, für die Hardthöhe stellte die Firma Tritium-Targets her. Daß in den Hanauer Nuklearfabriken das Know-How zur Produktion westdeutscher Atomwaffen vorhanden ist, ist ebensowenig wie die eindeutigen Interessen einiger CDU/CSU-Politiker zu verleugnen. Die hessische SPD möchte weder Nukem/Alkem noch der CDU/CSU diese Option verweigern.

Ungebrochene Tradition—schon Willy Brandt wollte die Möglichkeit einer europäischen Atomstreitmacht offen halten (s.a.Atommüllzeitung Nr. 26), Helmut Schmidt entdeckte die Atomraketenlücke...

Was schert mich mein Geschwätz von gestern

Auf ihrem Essener Parteitag im Mai dieses Jahres forderte die SPD den Abschied vom Bau einer WAA und des Schnellen Brüters. Die Atomenergie sei nur noch für einen Übergangszeitraum notwendig.
Zu Nukem/Alkem erklärte die SPD im hessischen Landtag: 'Charakteristisch für beide Firmen ist, daß sie für die Energieversorgung der BRD überhaupt keine Bedeutung haben."
Alkem stellt ausschließlich Plutonium-Brennelemente für AKW's oder Schnelle Brüter her. Nukem ist nur interessant für einen Ausbau des Hochtemperaturreaktors in Hamm- Schmehausen.
D.h., auch wenn man unbedingt AKW's für eine Übergangszeit will, sind beide Firmen unnötig.. Tatsächlich haben sie nur eine Funktion für einen Ausbau des Atomprogramms bei uns oder für einen florierenden Welthandel mit Bombenmaterial.
Wenn die SPD keinen AKW- Ausbau mittragen will und AKW's nur noch als Übergangstechnologie sieht, hätte sie bei Nukem/Alkem die Gelegenheit zur Nagelprobe. Doch hier, wo die SPD an der Macht ihr eigenes Parteiprogramm umsetzen könnte, stellt sie die Weichen genau umgekehrt und überfährt damit die von ihr proklamierten Ziele.

Hessen:

Rot-grüner Atommüll

Auch nicht der autonomste Autonome wird bestreiten, daß es den Grünen und der hessischen Parteienkonstellation zuzuschreiben ist, wenn endlich öffentlich über Nukem/Alkem und das Hanauer Atomzentrum diskutiert wird. Und genauso weiß jeder, daß das erste rotgrüne Tolerierungsbündnis an der Atomfrage auseinandergebrochen ist, genauer gesagt an der Tatsache, daß die Hessen-SPD auch weiterhin der Anhäufung von bombenfähigem Material und der Weiterverbreitung von Atomwaffen Tür und Tor öffnen will.

Es ist gut und nicht schlecht, wenn eine Parlamentspartei die Verhinderung solcher Sauereien für wichtiger hält als die "Machtbeteiligung" oder die millionenschweren Pfründe für Alternativbetriebe. Für AKW-Gegner ist dies allemal ein Grund, sich zu freuen. Zumal es über die Hessen-Grünen aus der Sicht der Anti-AKW-Bewegung ansonsten wenig Erfreuliches zu berichten gibt. Erstmals wurde in Hessen von den Grünen der Weiterbetrieb von zwei Atomraktoren (in Biblis) toleriert und somit für das kurzfristige Bündnis mit der SPD die Produktion von Atommüll in Kauf genommen, von einem Gift also, daß noch in 100 000 Jahren die Menschen töten kann. Egal ob gleichzeitig die dezentralen Energiequellen gefördert, ob eine WAA abgeblockt oder ob das Ganze als "Einstieg in den Ausstieg" verkauft wird: Dieser Atommüll schafft Sachzwänge, die alle rot-grünen Bündnisse in diesem Land überleben werden.

Zurück zu Nukem/Alkem: Auch hier gibt es leider keine Gewähr, daß diese Atomanlagen für die Hessen-Grünen mehr sind als eine Karte im Poker um Macht und Medienberühmtheit, die bei Bedarf in der nächsten Runde aus der Hand gegeben und vergessen wird:

1. Hätten sich die Grünen nicht auf einen funkelnagelneuen Neubau für Nukem ("Nukem II") eingelassen, wenn die SPD etwas mehr Entgegenkommen gezeigt hätte bei der Frage der Urananreicherung auf 20%? Das strikte "Nein" zu Nukem II kam nicht von der Landtagsgruppe der Hessen-Grünen sondern von der Landesversammlung in Mainhausen und der örtlichen BI. Lassen sich aber die Grünen darauf ein, eine völlig neue Atomanlage - unabhängig vom Urananreicherungsgrad - mitzutragen, zerstören sie in einer Kernfrage ihre eigene Glaubwürdigkeit. Denn: Eine neue Anlage Nukem II entspricht etwa einem neuen Atomkraftwerk - auf dem neuesten Stand der Sicherheit, versteht sich - in Stade, das (als Zugeständnis) ganz gewiß erst dann in Betrieb gehen soll, wenn der alte versprödete Reaktor abgeschaltet wird. Es kann nur im Interesse der SPD sein, deren historische Aufgabe ja gerade darin besteht, systemoppositionelle Ansätze zurückzuholen und zu integrieren, wenn die Grünen auf diese Weise die eigene Identität demolieren.

2. Wird die SPD hart, werden die Grünen weich. Dieser Eindruck muß sich dem unvoreingenommenen Beobachter nach der letzten grünen Landesversammlung in Lich (nach dem Bruch des Bündnisses durch die SPD) aufdrängen: Der eindeutige Beschluß von Mainhausen (keine Genehmigung von Nukem II) wurde aufgehoben zugunsten der Forderung: keine Genehmigung für den Umgang mit waffentauglichem Uran 235 bei Nukem II. Obwohl die SPD mit ihrer Kür gegen eigene Parteitagsbeschlüsse den Bruch provoziert hat und trotzig dazu steht, wurde in Lich von einem "neuen Kapitel der Zusammenarbeit" mit der SPD und von einem möglichen "qualitativem neuen Ansatz" geschwärmt, als habe soeben die SPD einen Schwenk in die richtige Richtung vollzogen. Der Gipfel an SPD-Anbeterei (statt Sachaufklärung über die Differenzen) ist zweifellos mit der Aussage des grünen hessischen Pressesprechers Messinger erreicht, der trotz des Bruchs von einer "angenehmen Atmosphäre" sprach, "solange uns die SPD nicht an die Wand stellt." (taz vom 5.12.84) Diese Äußerung ist vor dem Hintergrund der SPD-Geschichte zwischen 1919 und 1929 auch als Lapsus schlimm. Wörtlich genommen bedeutet sie, daß die Ernüchterung über Rolle und Politik der SPD erst unmittelbar vor der eigenen Liquidierung zu erwarten ist...

3. Wenn trotz der Beton-Haltung der SPD zu Nukem/Alkem der Kurs auf SPD-Zusammenarbeit forciert werden soll, kann es leicht passieren, daß das Aufbegehren der Menschen und Bürgerinitiativen gegen die SPD-Politik als eine gewisse Störung empfunden wird. Warum hat sich bis heute die hessische Landtagsgruppe nicht eindeutig hinter die Hanauer Demonstration am 15. 12. 1984 gestellt? Warum hat Karl Kerschgens von der grünen Landtagsgruppe in seiner fast 45-minütigen Rede in Lich nicht einmal am Rande diese Demonstration erwähnt?

Ich glaube, daß sich genau an dieser letzten Frage die Grünen von den BIs messen lassen müssen. Tragen sie, bzw. ihre medienerfahrenen Repräsentanten dazu bei, daß Bürger- und Betroffenenproteste mobilisiert werden oder setzen sie nach dem Motto "Oben bleibt oben, unten bleibt unten" auf die SPD und deren Politik?

Im Positiven wie im Negativen: Hessen wird wohl Paradebeispiel und Lehrstück für Grüne und Bürgerinitiativen bleiben.

Resolution der 8. Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung

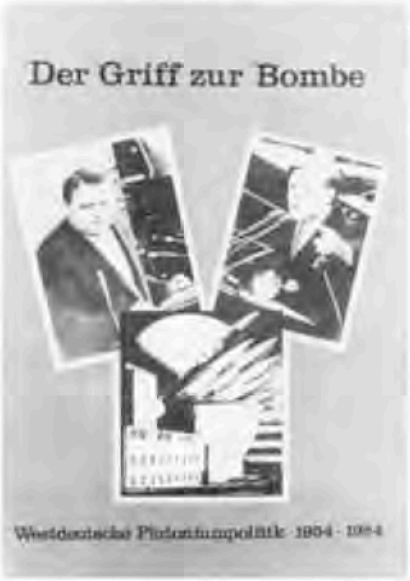
Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zu den Grünen

Auch wenn die Medien in den vergangenen Monaten oft einen anderen Eindruck erweckt haben: Wir verstehen uns nicht als Wasserträger irgendeiner Partei, auch nicht der GRÜNEN. Und, wir wissen, daß der Kampf gegen die Atommafia in erster Linie außerhalb der Parlamente geführt werden muß. Wir widersprechen also jenen, für die Politik erst innerhalb der Mauern und Rathäuser beginnt.

Die Partei der GRÜNEN werden wir daran messen, ob und wie entschieden sie die Ziele in ihrem Teilbereich der Politik vertritt. Dabei wissen wir, daß die Gefahr groß ist, daß sie sich aus einem Arm der außerparlamentarischen Bewegungen (von denen wir eine sind) in deren Stellvertreter und schließlich in eine Kraft verwandelt, die den Herrschenden statt den Unterdrückten dient.

Die Bundeskonferenz fordert die GRÜNEN auf, als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen mit der SPD in Bund oder Ländern über eine eventuelle Tolerierung oder Regierungsbeteiligung die Verpflichtung zur sofortigen Stillegung sämtlicher Atomanlagen zu verlangen. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen in Richtung einer dezentralen Energieversorgung mit wachsendem Anteil der Nutzung von regenerierbaren Energieträgern geschaffen werden.

Buchbesprechung



Die Broschüre gibt einen kleinen Einblick in die Atomwaffenpolitik bundesdeutscher Regierungen seit 30 Jahren. Behandelt und dokumentiert werden:

1. Die in diesem Jahr offen genannten Atomwaffenpläne (Todenhöfer, "Europäische Wehrkunde".)
2. Die Geschichte des Widerstandes diverser Bundesregierungen gegen den Atomwaffensperrvertrag und die Kontinuität dieser Politik seit 1956.
3. Die diversen Atomwaffentechnologien, die in der Bundesrepublik auf einem Spitzenstandard entwickelt sind: Wiederaufarbeitungstechnik, Schnelle Brüter, Laser-Isotopentrennung.
4. Die (von den Atomwaffentechnologien des BRD-Imperialismus kaum zu trennenden) aktiven Bestrebungen, Langstreckenwaffen und Cruise Missile in eigener Regie zu entwickel.

Aus dem Inhalt:
- Wieder im Gespräch: Deutsche Atomwaffen
- Dokument "Europäische Wehrkunde"
- BRD - im Ernstfall Atomwaffenstaat
- Plutoniumwirtschaft und nukleare Planungsgruppe
- WAA - "Wirtschaftlich nur als Waffentechnik"
- Europäische Atomstreitmacht durch Schnelle Brüter
- BRD entwickelt eigene Cruise Missiles

Herausgeber: KB Lüneburg
Bestelladresse: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2 000 Hamburg 19
Tel.: 040/435320
Preis: 4.00 DM, ab 10 Ex. 3.50 DM.
Konto: PSCH-Amt Hamburg, Nr. 27175 - 203

Betrifft: Bundesweite Konferenz zum Thema :

„Entwicklung und Weiterverbreitung von Atomwaffen durch die BRD"

Einladung für ein Vorbereitungstreffen

Liebe Freunde/innen,

die aktuelle Kontroverse über die Hanauer Nuklearbetriebe hat erstmals das Thema Proliferation (= Weiterverbreitung von Atomwaffen durch zivile Atomtechnik) und die Aushöhlung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinadersetzung gemacht.

Die sehr dubiose Rolle der BRD beim Umgang mit Atomwaffentechnologien ist im Ausland spätestens seit dem Brasiliengeschäft von 1975 wohl bekannt. In der BRD selbst jedoch wurde dieser gesamte Themenbereich bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgreich tabuisiert.

Vor dem Hintergrund der im Sept. 1985 in Genf stattfindenden 3. internationalen Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenz bietet sich eine gute Gelegenheit, die Fragen der Proliferation auch hierzulande umfassend an die Öffentlichkeit zu tragen. Diese bevorstehende Überprüfungskonferenz fällt in eine Zeit in der

- weltweit die Entwicklung von Atomwaffentechnologien unter dem Deckmantel der zivilen Atomenergienutzung (z.B. Israel, Südafrika, Parkistan, Brasilien, Argentinien) Fortschritte macht unter aktiver Mithilfe der skrupellosen Nuklearexportpolitik der Bundesregierung.
- die Atomwaffenstaaten zunehmend die ohnehin künstliche Trennung von militärischer und ziviler Atomenergienutzung durch den Bau Schneller Brüter und die Entwicklung der Laser- Isotopen- Trenntechnologie aufheben.
- durch die Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Malville (Frankreich) erstmals in großem Stil bundesdeutsche Atomtechnik und das von der Firma Alkem (Hanau) in Hanau verarbeitete Plutonium für Atomwaffenzwecke genutzt werden soll.
- mit dem Einstieg in die Plutoniumwirtschaft durch eine große WAA und die geplante Aufstockung und geheime staatliche Verwahrung bombenfähiger Rohstoffe in Hanau die militärische Dimension des Atomprogramms auch in der BRD auf die Tagesordnung gesetzt wird.
- führende Unionspolitiker, die den Atomwaffensperrvertrag jahrelang bekämpft und hintertrieben haben, erneut das Projekt einer „Westeuropäischen Atomstreitmacht" auf die Tagesordnung zu setzen suchen.

Alle diese Aspekte machen im Vorfeld von Genf eine bundesweite Konferenz, die die Rolle der BRD in Hinblick auf die Weiterverarbeitung/Entwicklung von Atomwaffen im Einzelnen dokumentiert und zur Diskussion stellt, sinnvoll und notwendig.

Es sollte darum gehen, unter diesem speziellen Aspekt die entsprechenden Aktivitäten und Recherchen der 3. Welt Solidaritätsbewegung, der Friedensbewegung und der Anti- AKW-Bewegung zusammenzuführen und öffentlich zu machen.

Am ersten Tag einer solchen Konferenz könnten im Sinne eines Tribunals die diversen Aspekte der „Nicht-Verbreitungspolitik" der Bundesrepublik in Form von Referaten und Kurzdiskussionen vorgestellt werden. Am 2. Tag könnte über eine gemeinsame Stellungnahme der veranstaltenden und teilnehmenden Gruppen und über Aktivitäten parallel zur Überprüfungskonferenz (in Genf und der BRD) beratschlagt werden.

Das erste öffentliche Vorbereitungstreffen für diese Konferenz findet statt am 20. Januar 1985, ab 11.00 Uhr im „Freidenkerzentrum" BONN, Dorotheenstr. 20 (Nähe U-Bahnstation Stadthaus)

Bisherige Einlader u.a. Bundeskonferenz der Anti- AKW- Bewegung, Redaktion Atommüllzeitung

Kontakt: Redaktion Atommüllzeitung

Trotz § 129 - Wendland - Widerstand

Erklärung der Republik Freies Wendland

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg hat sich in den letzten Monaten Einiges verändert. Nicht nur der erste Atommüll ist da, sondern ein viel schlimmeres Übel, nämlich BKA und LKA.
Um zu verstehen, warum die Herren des grauen Morgens aktiv werden, muß die Entwicklung im Orwell'schen Jahr betrachtet werden:
Seit Herbst '83 gab es viele Brandanschäge auf Baufirmen etc., deren Gesamtschaden mittlerweile an die 5 Mio. geht. Seitens der Bullen hatte man kaum darauf reagiert, man versuchte diese Entwicklung totzuschweigen.
Pünktlich mit dem Beginn des Jahres '84, 0. 00 Uhr begann eine neue Aera im Widerstand. Der erste Baum lag quer über die Bahnstrecke Uelzen–Dannenberg, über die später der Atommüll rollen soll. Von jetzt an richteten sich mehrere Aktionen gegen die Schwachstelle Infrastruktur.
März '84 ging dann ein Aufschrei durch die bürgerliche Presse. Die Gruppe "Jim Knopf und die wilde 13" hatte in großem Maßstab Sabotageaktionen an den Bahnstrecken UE–DAN und LG–DAN gemacht. Der Schienenverkehr lag still.
Innerhalb kürzester Zeit wurde eine 40-köpfige Sonderkommission des LKA Hannover eingerichtet. Ein derartiger Eingriff in die Infrastruktur konnte nicht geduldet werden.
Parallel zu diesen Entwicklungen entstand das "sagenumwogene" 3-Stufen-Konzept Menschenkette–Wendlandblokkade–Tag X.
Die Menschenkette wurde von der BI Lü.–Dan. mit über 15 000 Teilnehmern als voller Erfolg gewertet. Kritische Stimmen bewunderten den Mut zur Lücke.
Die Wendlandblockade als 2. Stufe wurde ebenfalls ein Erfolg. Der Widerstand schillerte in seiner gesamten Bandbreite und 2000 Bullen gaben ein ziemlich schlechtes Bild ab.
Die Fa. Irrgang, die am Bau vom Endlager beteiligt war, verlor derweil ihren halben Maschinenpark und mußte ihren Ausstieg aus dem Atomgeschäft kleinlaut kundtun. Der Schaden durch Brandanschläge auf die Fa. Licht hatte die Millionengrenze längst überschritten, und hier und da wurden Baumaschinen und sonstige Einrichtungen der Atommafia Opfer der Flammen.
Im Juni schlug dann die "Blechbüchsenbrigade Oblang Fritz Oblang" an der Bahnstrecke UE–DAN zu und machte sich technisch gut ausgerüstet mit Schneidbrennern, an den Schienen zu schaffen.
Im Juli begann dann mit den Sommercamps eine beispiellose Observationswelle.
Rund um die Uhr wurden einschlägig bekannte Atomkraftgegner observiert, von der Kneipe nach Hause geleitet und auch mit gezogener Pistole zur Fahrzeugkontrolle gebeten.
Orwell '84? Ein leichter Vorgeschmack auf das, was noch kommen sollte...
Inzwischen lief die Mobilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit zum Tag X. Doch die Staatsanwaltschaft schlief nicht. Aufruf und Plakate wurden verboten. Erste Durchsuchungen im BI-Büro, bei den GRÜNEN in Hannover, einigen Leuten aus Lüneburg und 4x in Göttingen. Es wurden Ermittlungsverfahren wegen §111 "Aufforderung zu Straftaten" gegen u. a. Landtagsabgeordnete und BBU-Vorständler eingeleitet.
In einer gewissen unregelmäßigen Regelmäßigkeit fanden auf der Bahnstrecke die sogenannten Bahnspaziergänge statt. Es wurden am Bahndamm u. a. Filme gezeigt und die eine oder andere Schraube gelöst.
Mittlerweile wurden die AKW's Würgassen und Stade von uns observiert. Und es kam dann aus Stade der langerwartete (-befürchtete) Anruf, der erste Atommüll sei unterwegs. Innerhalb kürzester Zeit waren die ersten Barrikaden errichtet – doch es war ein Fehlalarm.
Es ist sicher nicht verwunderlich, daß es der Atommafia bei dieser Entwicklung ziemlich unwohl zumute war, wollte man doch bald den ersten Atommüll einlagern.
Am 8. Oktober war es dann soweit: der erste Transport mit schwachradioaktivem Müll aus Stade rollte an. Doch der Bürgerkriegsarmee von über 2000 technisch hochausgerüsteten Bullen konnte man kaum etwas entgegensetzen, und am 9. Okt. rollte gleich der 2. Transport.
Im Landkreis war Ausnahmezustand: überall Bullen, brennende Barrikaden, Festnahmen, Hubschrauber, Kontrollen und wieder Festnahmen – traumatische Zustände. Nie war der Frust und der Haß so groß.
Am Samstag danach die BI-Demo mit 4000 Leuten in Lüchow, doch auch die Propagierung von nordirischen Verhältnissen und die Beschwörung der Einheit des Widerstands mochten keinen neuen Mut schaffen.
Die erwähnten nordirischen Verhältnisse schuf dann die SOKO (Sonderkommission) vom LKA!
Es setzte eine Welle von Hausdurchsuchungen ein. Vorläufige Festnahmen und Beschlagnahmungen. Dann wird vom LKA ein Auto aufgebrochen, man läßt einen Durchsuchungsbeschluß zurück: § 129, "Bildung einer kriminellen Vereinigung". Dann mehrere Hausdurchsuchungen wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung.
Die Katze, der zuvor die Mäuse auf der Nase tanzten, ist aus dem Sack und schlägt wild um sich.
Mittlerweile haben in den letzten 3 Monaten über 20 Hausdurchsuchungen stattgefunden. Das BKA hat sich eingeschaltet und die Staatsanwaltschaft am Landgericht Lüneburg diskutiert mit der Bundesanwaltschaft um die Zuständigkeit.
Man fragt sich, wann der erste Haftbefehl kommen wird.

Als sich sich vor Jahren Gorleben als Standort für ihre Atomprojekte aussuchten, wählten sie einen entlegenen ländlichen und CDU-treuen Landstrich. Sie rechneten nicht mit einem nennenswerten Widerstand der Bevölkerung, und trotzdem mußten sie ihre Pläne für ein nukleares Entsorgungszentrum 1979 für politisch nicht durchsetzbar erklären. Doch der Widerstand war kein kurzes Aufbegehren, wie an anderen Standorten, sondern eine langsam wachsende Wut , und der Widerstand hat sich im Laufe der Jahre in seinen Formen weiterentwickelt. Mittlerweile distanzie-

Foto: G.Zint

ren sich selbst die konservativen Kräfte nicht mehr von Brandanschlägen und Sabotageaktionen.
Die Atompläne bedeuten einen direkten Angriff auf die Existenz vieler Leute hier. Wer kauft denn heute z. B. noch das verstrahlte Gemüse aus dem Wendland? Hinzu kommt die Entwicklung einer eigenen Kultur. Wir kennen uns jahrelang und sind hier mehr oder weniger fest verankert. Toleranz und Akzeptanz wachsen, wenn man nicht nur politisch, sondern auch auf dem Bau, auf dem Acker usw, zusammenarbeitet. Es ist für die Bullen deshalb sehr schwierig hier Spitzel, Spalter und Observanten einzusetzen, weil man sich kennt und genau weiß, wer von was, wo und wie lebt (im Gegensatz zur Stadt).
Kritisch wurde es ür die Atommafia als sie erkannte, daß sich ein Widerstand entwickelt hat, der bereit ist den legalen Rahmen zu verlassen und nicht bei symbolischen Aktionen stehenbleibt. Wenn der Staat sich in seinen existentiellen Interessen (Infrastruktur) angegriffen sieht, schlägt er das Terroristengeheul an. Da erstmal kein Täter greifbar ist, wird nach § 129 gegen "kriminelle Vereinigungen" ermittelt.
Nicht von ungefähr gibt es den § 129, er erfüllt viele Funktionen in einem:

- Die Ermittlungen können auf ein größtmögliches Umfeld ausgeweitet werden. Die Bullen haben die Möglichkeit, so richtig nach Lust und Laune rumzuschnüffeln, da ja jeder dazugehören kann,
- der ganze technische Apparat der Bullen kann voll zum Einsatz kommen, das ganze System der Bullen findet seine Rechtfertigung,
- ohne konkrete Beweise können Leute verurteilt werden, da hier die Gesinnung verfolgt wird,
- möglichst viele Leute werden mit dem hohen Strafmaß (1–10 Jahre) eingeschüchtert, was sich lähmend auf deren Aktivitäten auswirken soll,
- man/frau muß sich um Prozesse etc. kümmern und findet kaum noch Zeit für seine eigentlichen Ziele,
- der Widerstand soll in Gut und Böse gespalten werden.

Wendland

Quo Vadis?

Wir halten eine einseitige Entwicklung in Richtung Militanz bei unseren Aktionen und Blockaden für illusionär, da uns der Staat militärisch immer überlegen sein wird. Unser bisheriger Erfolg lag in der Breite und der Vielfalt des Widerstands (siehe Wendlandblockade) und seiner Flexibilität und nicht in der dogmatischen Festlegung einer Perspektive. Eine Radikalisierung Weniger losgelöst von der breiten Masse wird in einer Sackgasse enden. Entwicklungen müssen von Vielen getragen werden, damit man/frau sich u. a. wie der Fisch im Wasser bewegen kann. Klar ist ja wohl, daß der Staat wesentlich mehr Schwierigkeiten beim Durchsetzen seiner Pläne haben wird, wenn er auf eine breite Masse stößt, die bereit ist sich zu wehren. Das vielzitierte Bild einer Region, die sich wehrt.

Die momentane Kriminalisierungswelle ist doch ein ganz klarer Versuch, einen Kern von Aktivisten von der restlichen Bewegung abzukoppeln, um ihn besser zerschlagen zu können.

Alte Spaltertaktik, bloß diesmal subtiler und gefährlicher.

Hiergegen müssen wir uns wehren, die vielzitierte Einheit des Widerstands und der Verankerung in der Bevölkerung muß demonstriert und praktiziert werden und dies soll bei den Aktiontagen im Januar mit im Vordergrund stehen.

Der erste Castor-Transport steht demnächst bevor, und mit schwachaktivem Müll ist ebenfalls zu rechnen. Anfang Februar '85 soll die Standortentscheidung für die WAA Dragahn oder Schwandorf fallen. Wir halten die Aktionstage am 25./26. Januar '85 für eine Möglichkeit schnell und angemessen auf die gesamte Situation zu reagieren.

Wie können die Aktionstage aussehen?

Am Freitag und Samstag wird es an zahlreichen Stellen entlang der Castor-Transportstrecke zu Aktionen kommen, die von Einheimischen und Auswärtigen zusammen vorbereitet werden. Sie sollen vor allem dazu dienen, uns auf die Behinderung der demnächst anrollenden Castortransporte vorzubereiten und die Zusammenarbeit untereinander zu verstärken.

Wir dachten an 2 Tage des massenhaften Protestes und Widerstandes auf allen Ebenen mit einer gemeinsamen Abschlußaktion am Samstag nach o. g. Motto.

Wir finden es reichlich naheliegend, daß diese gemeinsame Abschlußaktion nur demonstrativen Charakter haben kann, da sonstviele, denen es zu heiß ist, zu Hause bleiben. Herbe Kritik kam zuletzt auf der BUKO in Braunschweig auf. Warum jetzt zurück zur Symbolik, Konzessionen an den bürgerlichen Widerstand? Hier soll kein neuer Kurs eingeschlagen werden, die gemeinsame Abschlußaktion soll nur ein Teil innerhalb von 2 Aktionstagen sein und demonstrieren, daß sich der Widerstand nicht spalten läßt.

Es gibt viele Argumente für und wider eine ge meinsame Aktion und die ganzen Aktionstage, doch je größer und bunter der ganze Haufen ist, der sie trägt und vor bereitet, umso eindrucksvoller die Wirkung nach außen und nicht zuletzt nach innen auf uns selbst.

Wir möchten noch einemal ausdrücklich betonen, daß diese Aktionstage die direkten Blockaden und Behinderungen von künftigen Transporten nicht ersetzen. Wir müssen erreichen, daß die Transporte nur im Schutz einer Bürgerkriegsarmeee das Zwischenlager Gorleben erreichen können. Es geht darum, die Transporte von Atommüll langfristig unmöglich zu machen! Auch wenn es uns nicht gelingt, einen Transport so zu blockieren, daß er das Zwischenlager nicht erreicht, können wir doch den politischen Preis, den die Betreiber der Atomanlagen und die Verantwortlichen bezahlen müssen, so hoch treiben, daß die Zwischenlager in Gorleben für diese Leute ihre Attraktivität verlieren. Das bedeutet: Jeder Transport nach Gorleben wird Ziel unseres direkten Widerstandes sein. Das bedeutet aber auch, daß das Wendland unabhängig von Transporten eine Region ist, die für die Politiker und Betreiber zum unkalkulierbaren Risiko wird.

Wir rufen deshalb auf:

Beteiligt Euch an den Aktionstagen am 25./26. Januar und den direkten Transportblockaden von Atommüll im Landkreis aber auch bundesweit!

Republik Freies Wendland

Gorleben nach Tag X – Der Widerstand geht weiter!

Am 8. und 9.10.1984 fanden die ersten Atommülltrandporte nach Gorleben statt. Für den Widerstand gegen die Atomanlagen im Wendland begann damit eine neue Phase der Auseinandersetzung. Es geht jetzt darum, die Transporte von Atommüll nach Gorleben langfristig unmöglich zu machen!

Auch wenn es uns nicht gelingt, einen Transport so zu blockieren, daß er das Zwischenlager nicht erreicht, können wir doch den politischen Preis, den die Betreiber der Atomanlagen und die verantwortlichen Politiker bezahlen müssen, so hoch treiben, daß die Zwischenlager in Gorleben für diese Leute ihre Attraktivität verlieren. Das bedeutet: Jeder weitere Transport nach Gorleben wird Ziel unseres direkten Widerstandes sein. Das bedeutet aber auch: Unabhängig von Transporten ist das Wendland eine Region, die für die Politiker und Betreiber zum unkalkuliebaren Risiko wird.

Die BUKO ruft deshalb alle Menschen auf:

1. Beteiligt Euch an den Blockaden von Atommülltransporten!
2. Gegenwärtig versuchen Polizei und Staatsanwaltschaft den Widerstand gegen die Atomanlagen zu brechen. Mit einer Welle von Hausdurchsuchungen und Verfahren gegen Atomkraftgegner/innen wegen des Aufrufens zu strafbaren Handlungen und des Verdachts der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung wird versucht ein Klima der Angst zu erzeugen. Diesem Versuch, AKW-Gegner/innen zu kriminalisieren und damit zu isolieren, setzten wir eine Verbreiterung des Widerstands entgegen.

Wir rufen deshalb für Freitag, den. 25. Januar und Samstag, den 26.Januar zu zwei Tagen des massenhaften Protestes und Widerstandes nach dem Vorbild der Wendlandblockade am 30.4.84 auf!

Am Freitag findet eine Sightseeing-Tour durch den Landkreis zu Betreiberfirmen, Politikern und Polizei statt, die am Bau der Atomanlagen bereiligt sind oder das Atomprogramm und die Repression direkt zu verantworten haben. Außerdem werden während des ganzen Tages Behördenbesuche, Kinderwagendemo usw. stattfinden.

Am Samstag wird es an zahlreichen Stellen entlang der Castor-Transportstrecke zu Aktionen kommen, die von einheimischen und auswärtigen Widerstandsgruppen gemeinsam vorbereitet und durchgeführt werden. Sie sollen vor allem dazu dienen, uns auf die Behinderung der demnächst anrollenden Castors vorzubereiten und die Zusammenarbeit untereinander verstärken. Als bisherige Ideen existieren Bahnspaziergänge, Musikumzüge entlang der Schienen, Glühweinstände und Bau eines Freundschaftshauses auf der Bahnstrecke Uelzen – Dannenberg und Autoblockaden auf der Strecke Dannenberg – Gorleben und die Verpackung der Schienenstrekke in Dannenberg.

Wir betonen ausdrücklich, daß diese Aktionstage die direkten Behinderungen von künftigen Atommülltransporten nicht ersetzen. Wir müssen erreichen, daß die Transporte nur im Schutz einer Bürgerkriegsarmee das Zwischenlager erreichen können. Allerdings werden wir die bundesweiten Alarmketten nur dann auslösen, wenn wir unsere Erfolgsaussichten auch hoch einschätzen. Wenn wir rechtzeitig von einem Transport erfahren, werden die Alarmketten ausgelöst, d.h. werden alle aufgefordert, so schnell wie möglich in den Landkreis zu kommen. Alle anreisenden Gruppen sollen schon vorher wissen, an welchen Punkten sie welche Aktionen durchführen (z.B. Ring ums Zwischenlager, bestimmter Abschnitt der Bahnstrecke). Werden wir erst später informiert, sollen nach dem Konzept X + 2 (d.h. zwei Tage nach dem jeweiligen Transport), in den Städten dezentrale Aktionen durchgeführt werden (Politiker, Bundesbahn, Betreiber, Stromversorgungsunternehmen).

Atommülltransporte gibt es nicht nur im Wendland, sondern überall und ständig. Die Atommülltransporte sind ein empfindlicher Teil des Atomprogramms, aber nur ein Teil. Unser Ziel ist nach wie vor die Verhinderung des Atomprogramms. Wir rufen deshalb dazu auf, die Tätigkeit der Betreiber an allen Atomanlagen zu beobachten und entsprechend – nach dem Vorbild des Tag X – zu be- und verhindern.

Der nächste Blockadeausschuß (d.h. Deligierte aus den Städten) und alle, die Lust haben, treffen sich am den 9.12.1984 um 14.00 Uhr in Lüneburg im Cafe Klatsch.

Das nächste Trebeler Treffen speziell zu den Aktionstagen findet am Samstag, den 5. Januar 1985 um 14.00 Uhr in den Trebeler Bauernstuben statt.
Beteiligt Euch an den Vorbereitungen!

verabschiedet auf der Bundeskonferenz (BUKO) der Anti-AKW-Bewegung am 24.11.1984 in Braunschweig

Foto: U.Wenk

Die Anti-AKW-Bewegung hat die kriminellen AKW-Gegner/innen lieb !

In den letzten drei Monaten haben im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Atomanlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg 17 Razzien der Polizei stattgefunden. Seit dem Frühjahr 1984 ermittelt eine Sonderkommission (SOKO) des Landeskriminalamts (LKA) in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA). Es laufen Ermittlungs- und Gerichtsverfahren u.a. wegen Nötigung, schweren Eingriffs in den Schienen- und Straßenverkehr, öffentlicher Aufforderung zu Straftaten (§ 111) bis hin zur Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129). Seit kurzem interessiert sich die Bundesanwaltschaft (BUWA) für die Ermittlungsverfahren.

Wir sehen darin den Versuch, den bundesweiten Widerstand gegen das Atomprogramm zu brechen. Wieder einmal zeigt dieser Staat, daß er bereit ist, alle Mittel zur Durchsetzung ökonomischer und politischer Ziele einzusetzen. Trotzdem werden wir weiterkämpfen. Solidarität heißt den Kampf schlauer und effektiver weiterführen!

Macht mit bei den Aktionstagen am 25. und 26. Januar gegen die Atomtransporte.

gez. Republik Freies Wendland

verabschiedet auf der Bundeskonferenz (BUKO) in Braunschweig

Erster Diskussionsbeitrag zum Wendlandwiderstand

Wenn Wyhl Schule macht...

Alle sind sich einig, Polizei und Atomstaat sind im Wendland Realität. Die Normalität wurde aufgehoben. Keine/r konnte mehr fahren, gehen, wann und wohin er/sie wollte. So und ähnlich lauteten die ersten Einschätzungen zum Tag X.

Es herrscht allerdings keine Einigkeit darüber, ob Tag X und „the day after" für uns ein Erfolg waren oder nicht. Was haben wir denn eigentlich gewollt, was war die Zielsetzung? Um zu einer vernünftigen Einschätzung zu kommen, müssen wir zuerst einmal klären, an was für Kriterien sich ein Erfolg der Aktionen gegen den ersten Atommüll überhaupt messen läßt. Ziel war es doch, „ durch Blockaden und andere Aktionen Transporte von Atommüll nach Gorleben nicht nur symbolisch zu behindern, sondern sie langfristig unmöglich zu machen". (siehe Aufruf)

Sollte das etwa heißen, wir hätten erwartet, den ersten Transport und lanfristig alle anderen nur durch direkte Blockaden unmöglich machen zu können ? Dann müssen wir uns tatsächlich – wie oft zu hören ist – eingestehen, daß wir am Polizeistaat gescheitert sind. Wir haben aber doch immer wieder betont, daß unser Widerstand das Ziel hat, den Preis zur Durchsetzung des Atomprogramms so hoch wie möglich zu schrauben. In der Logik des Systems kann dieser hohe Preis praktisch nichts anderes bedeuten, als den Staat zu einer Demonstration seiner militärischen Stärke – Atomstaat – zu zwingen. Wir haben damit gedroht, auf jeden Transport mit Ausnahmezustand zu reagieren, eine gesamte Region zu chaotisieren. Dies alles ist gelungen! Der Gegenseite ist klar geworden, daß sie „jeden weiteren Transport mit einem Heer von Polizei schützen lassen" muß und der Ausnahmezustand somit zur neuen Normalität wird: Es gibt kein ruhiges Wendland! (zitiert in „Atom",S. 34) , Nov./Dez. 84)

Der Preis, den die Gegenseite zu zahlen hat, ist finanziell und politisch hoch. Politisch deshalb, weil er den Modalitätsverlust (nicht nur) einer ganzen Region kosten wird. Zur Erinnerung Filbinger zu Wyhl: „Das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Leute ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie Gesetze brachen" und „wenn Wyhl Schule macht, ist dieser Staat nicht mehr zu regieren."

Wir werten also die von uns geschaffenen Ausnahmezustände als einen bedeutenden Erfolg. Die Reaktion der Atommafia – nämlich Demonstration von Polizeistaat – ist zwangsläufig, da wir durch unseren Widerstand die für sie notwendigen Transporte von Atommüll explizit be- und auf die Dauer verhindern wollen. Eine solche Bewertung (Polizeistaat als Erfolgskriterium) ist natürlich problematisch. Für alle Leute (Wendländer/innen und Auswärtige) haben die Methoden der Bullerei demoralisierende Wirkung und der Widerstand wird mit Sicherheit nicht einfacher werden. Ausschalten läßt sich diese Gefahr u.E. nur dann, wenn wir ausschließlich zu rein symbolischen und demonstrativen Aktionsformen zurückkehren. (Auch dann nicht, d.Setzerin)Wenn wir die Transporte jedoch langfristig unmöglich machen wollen, können wir auf Widerstandsformen; die darüber hinausgehen, nicht verzichten. Was uns sicher nicht gelingen wird – und daß hat spätestens der Tag X gezeigt – ist, durch Blockaden vorm Transport diesen lange aufzuhalten, lange genug, um die Atommülltransporte schlechthin unmöglich zu machen (schon gar nicht im Winter!).

Aus einer solchen Einschätzung und aus der Zielsetzung, die Versuche der konkreten Behinderung von Transporten als Mittel zum Zweck zu begreifen, nämlich politisch und finanziell Druck auszuüben und somit die Transporte langfristig unmöglich zu machen, ergibt sich u. E. für die Zukunft eine klare Strategie. Die Blockadeaktionen zu jedem (von uns behinderten) Transport müssen im Nachhinein gründlich analysiert werden. Die Auswertungen müssen zur Vorbereitung der nächsten Transporte verwertet werden. Das Neue und Wesentliche daran ist lediglich, daß solche Analysen und Vorbereitungen zur Routine werden müssen, immerhin wollen wir ja langfristig blockieren (ich kann es nicht mehr hören). Um bei der Analyse nicht immer wieder in die gleichen Fehler zu verfallen, nämlich allgemeine Bedingungen dieses Widerstandes mit Fehlern und verpaßten Möglichkeiten unsererseits zu verwechseln, meinen wir, daß sich eine Einschätzung unter den folgenden zwei Gesichtspunkten besser diskutieren läßt.

1. Welche Schwierigkeiten ergeben sich generell aus den Bedingungen eines Widerstandes, der den Staat explizit herausfordert , und welche Bedingungen aus dem jeweiligen Transport (Faß, Castor, Zeitpunkt)?
2. Wo hat unser Konzept unter den gegebenen Bedingungen funktioniert, wo haben wir unsere Ziele erreicht?

Wo haben wir Fehler gemacht bzw. unsere Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft?

An welchen Punkten war unser Konzept für die Gegenseite zu leicht einschätzbar ?

Haben wir durch unsere Mobilisierung das gesamte Spektrum der Bewegung angesprochen ?

Wie können wir das gewollte Chaos besser koordinieren ?

Haben wir alle Möglichkeiten genutzt, unsere Aktionen öffentlich zu machen?

Foto: A. Schoelzel

Foto: A. Schwelzer

Jetzt zu den Tag X Aktionen:

Transporte sind im Gegensatz zu feststehenden Atomanlagen für die Gegenseite schwierig zu sichern und von daher anfälliger. An dieser Schwachstelle sollte – wie immer wieder betont – unser Widerstand ansetzen. Klar ist aber auch, daß die Atommafia gerade diese wunde Stelle mit aller Härte zu schützen weiß, Tag X und die Repressionen vorher und nachher haben gezeigt, daß es bei dieser Auseinandersetzung keine Versöhnlichkeit – wie beispielsweise im Friedensherbst – geben wird. Dieser militärischen Stärke des Polizeiapperates werden wir immer unterlegen sein. Daß wir es am Tag X bzw. am Tag danach nicht geschafft haben, den Transport für längere Zeit zu stoppen, ist also nicht primär ein Versagen unseres Konzepts.

Dieses Konzept basierte mehr oder weniger auf Kleingruppenaktionen. Ob das gut war, sei hier noch dahingestellt. Klar ist jedoch, daß wir auch mit Großgruppenaktionen an diese Grenze gestoßen wären, sprich am Polizeiapperat gescheitert wären. Das hat die Vergangenheit oft genug gezeigt. Vorschläge dahingehend, in Zukunft den Widerstand an einzelnen Stellen zu zentrieren, also Blockaden mit mehreren hundert Leuten an wenigen Punkten durchzuführen, finden wir äußerst problematisch. Zentrierter Widerstand ist für die Gegenseite besser einschätzbar, der gerade gewonnene Ausnahmezustand einer ganzen Region würde auf die wenigen Blockadetreffpunkte zusammenschrumpfen. Der Vorteil der Kleingruppen ist also auf jeden Fall der, daß sie in der Lage sind, die Gegenseite zur Kontrolle der Transportstrecken zu zwingen und darüberhinaus zur Kontrolle der gesamten Wendland-Region (Ausnahmezustand). Bei Großblockaden ist jede/r auf den Erfolg dieser einen Blokkade fixiert, mensch ist kaum mobil durch einseitige Vorbereitung auf diese Blockadeform und fährt dementsprechend eher frustriert nach Hause, wenn diese von der Gegenseite aufgelöst wird bzw. erst gar nicht zustande kam. Bei kleinen Gruppen bleibt die Möglichkeit offen, spontan dezentrale Aktionen durchzuführen, blockieren zu üben, Wut und Frust abzulassen.

Wir sind nicht der Meinung, daß die (Kleingruppen) Aktionen am Tag X zu jedem Zeitpunkt von der Gegenseite einschätzbar waren (Nach „atom" 36) – dazu sei jeder/m die Lektüre des Polizeifunks empfohlen. Wenn, dann waren sie es entlang der Transportstrecke. Wir sind dagegen, das Kleingruppenkonzept zu verabsolutieren und lehnen ein Gegeneinanderstellen von Klein- und Großgruppenaktionen grundsätzlich ab, u.a. auch deshalb, weil dies auf eine Abgrenzung hinausläuft, die Wasser auf die Mühlen der Gegenseite ist. Unsere weiteren Aktionen müssen davon abhängig gemacht werden, wie effektiv sie sind, d.h. was sie unter den gegebenen Bedingungen eines perfekten Polizeiapparates bewirken können. Großaktionen haben den entscheidenden Vorteil, vielen Leuten, gerade auch Einzelnen, die Möglichkeit der Beteiligung zu geben, die teilweise keine Aktionen in kleineren Gruppen machen wollen, und damit natürlich auch politischen Druck auszuüben.

Wir schlagen vor, einerseits Aktionen von Kleingruppen auszubauen (zu üben), aber auch gleichzeitig an mehreren strategisch günstigen Punkten funktionierende Kontaktstellen einzurichten, die städteweise angelaufen werden können, wo sich größere Gruppen formieren können, die je nach Lust und Möglichkeit entweder als Großgruppe den Transport versuchen zu behindern oder symbolische Blockaden in der Region durchzuführen, was zusammengenommen den Ausnahmezustand ausmacht. Wir finden jede Aktion an Transporttagen sinnvoll, effektiv und notwendig, Aktionen an Nicht-Transportstrecken ebenso wie Direktblockaden. Besonders wichtig ist uns hierbei, daß diese Aktionen an Transporttagen laufen und unsere Mobilisierung sich in Zukunft – die Aktionstage im Januar sind ja wohl schon beschlossene Sache – danach richtet. Wenn wir Blockaden an Nicht-Transporttagen durchführen, nehmen wir uns selbst wesentliche Vorteile – direkt auf Transporte zu reagieren, was politischen Druck ausübt, die Chance, den Transport zu erwischen und den Vorteil unberechenbar zu sein.

Für den Atomstaat ist es wichtig, die Transporte durchzukriegen und deshalb ist ein Ausnahmezustand an einem von uns gesetzten Blockadetag (Aktionstag) für die Gegenseite nicht so gefährlich und hat politisch einen nicht so hohen Stellenwert wie an einem Transporttag.

Wir sollten uns darüber einigen, wieviele Transporttage – Auslösen der bundesweiten Telefonkette – wir uns das nächste Jahr zutrauen. Wenn die Alarmkette ausgelöst ist, kann es nicht mehr nur darum gehen, den Transport in jedem Fall zu erwischen zu müssen, sondern die direkte Reaktion auf einen Transport ist Motivation genug, auch für Auswärtige ins Wendland zu fahren. Konzepte, die an den Aktionstagen praktiziert werden bzw. am 30.4. praktiziert worden sind, sollen und können an Transporttagen umgesetzt werden. Ohne Transport läßt sich im übrigen ein Transportnetz nicht realistisch aufbauen und Koordination kaum üben, und das ist unbedingt notwendig, da dieses am Tag X kaum geklappt hat, was zur Folge hatte, daß sich viele nicht an Aktionen beteiligen konnten.

Wichtig ist es außerdem in jedem Fall, am auf einen Transporttag folgenden Wochenende eine zentrale Demonstration, z.B. zum Zwischenlager oder einen Waldspaziergang entlang der Bahnschienen vorbereitet zu haben. Eine solche Großaktion hat nicht nur für die Wendländer/innen große Bedeutung und gibt darüberhinaus den Leuten die Möglichkeit ihren Protest auszudrücken, die am Tag X nicht ins Wendland fahren konnten.

Redakteur/innen des Atomexpress

Zweiter Diskussionsbeitrag zum Wendlandwiderstand

Das Wendland bleibt unruhig – Nächster Aufzug

Foto : G. Zint

1000 Fragen 1000 mal gestellt – Auch wir in Lüneburg hatten mehrere Seiten mit grundsätzlichen Überlegungen zur Kontinuität des weiteren Widerstands und zu den Atommülltransporten als Objekt unserer Begierde gefüllt. Bloß weg damit, dachten wir, alles schon dagewesen. Hier also nun gleich der Stand der Dinge.

Wie verschieden die V orstellungen zum weiteren Widerstand im Wendland mal wieder waren, erwies sich nicht zuletzt auf den zwei Trebeler Treffen und der Bundeskonferenz, wo konkrete Perspektiven ausgelotet werden sollten.
Einige Gruppen plädierten dafür, die weitere Bewachung von Würgassen aufrechtzuerhalten, um dadurch die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, den voraussichtlich nächsten Transport von schwach- und mittelradioaktivem Müll behindern zu können.
Andere Gruppen, vorwiegend aus den Städten, traten dafür ein, die aus dem Tag X resultierende, verhältnismäßig gute Mobilisierung zu nutzen, um Aktivitäten gegen verschiedene Atomanlagen vor Ort wieder aufleben zu lassen und zu einem Schwerpunkt weiteren Widerstands zu machen.
Wieder andere AKW-Gegner stellten den Widerstand gegen den ersten demnächst zu erwartenden Castor-Transport in den V ordergrund ihrer Überlegungen.
Schließlich entwickelte sich aus dem Spektrum unterschiedlicher Ansätze, das Konzept der Aktionstage. Doch nicht allein die gegensätzlichen V orstellungen des weiteren Widerstands bedingten letztendlich die Formulierung eines derartigen Integrationskonzepts, sondern auch die Erkenntnis, verschiedene Defizite des Tag X aufarbeiten zu müssen. Im Folgenden soll versucht werden, die wesentlichen Argumentationsstränge um die Durchführung der Aktionstage nachzuzeichnen.

Dieses und Jenes zu den Aktionstagen

Besonders abwegig erscheint es zunächst natürlich nicht, Aktionstage, die zu einem Zeitpunkt durchgeführt werden, an dem auch der erste Castor-Transport zu erwarten ist, als überflüssig bis schwachsinnig zu bezeichnen. Insofern sollten zunächst Funktion und Anspruch dieser Tage formuliert werden, um ihre Sinnigkeit beurteilen zu können.
Aus den Diskussionen entwickelte sich die Begründung der Aktionstage im Wesentlichen auf drei Ebenen.

Widerstand von wem?

Zunächst stellt sich die Frage nach der Bandbreite des Widerstands. Es war ja gerade ein Mangel des Tag X, daß weitgehend nur ein bestimmter Teil der AKW-Gegner an den Aktionen teilgenommen hat. Sicher konnten viele nicht kommen, weil sie sich aufgrund des ad-hoc-Charakters des Tag X nicht so schnell freinehmen konnten.
Doch neben dieser Unvermeidlichkeit steckten auch Hindernisse in der konzeptionellen Planung bzw. Nicht-Planung des Tag X. Was war im V orfeld denn Konsens gewesen? Eine starke Betonung des Kleingruppenkonzepts, verbunden mit entsprechender Eigenverantwortlichkeit und Mobilität. Es handelte sich dabei um ein Modell, das vor allem nur diejenigen ansprach, die in leidlich festen Bezügen steckten. Es ist aber einfach eine Tatsache, daß ein nicht geringer Teil der Bewegung, eben auch gerade die sogenannten 'Bürgerlichen', draußen vorbleibt, wenn sich keine zentralen Anlaufstellen anbieten.
Wenn wir jetzt also Aktionstage planen, besteht eine wesentliche Stoßrichtung darin, Strukturen zu schaffen, bzw. wiederherzustellen (sie existierten ja beispielsweise bei der Wendlandblockade), die eben auch jenen AKW-Gegnern/innen die ohne vorbereitete Bezugsgruppe in ' Wendland fahren, die Möglichkeit geben, sich einzubringen (wie es die alternative Fachwelt zu sagen pflegt). Es wäre daraus zu folgern, daß mit entsprechenden Integrationsbemühungen automatisch ein V erlust an Radikalität verbunden wäre. Es geht vielmehr darum, eine Konzeption zu entwickeln, die verschiedene Ansätze des Widerstands integriert, indem es diese nicht in einen Widerspruch zueinander bringt, sondern sie in einen politischen Zusammenhang stellt.
Es wäre allerdings zweifelhaft, einen derartigen Plan unmittelbar in einer direkten Blockade einlösen zu wollen. Dafür sind derzeit die Bedingungen einfach nicht gegeben. Sie lassen sich aber hoffentlich ein Stück weit über die Aktionstage entwickeln, selbst wenn eingeräumt werden muß, daß dann später an irgendeinem Tag X, Y oder Z die V oraussetzungen des Widerstands andere sein werden als die relativ selbstbestimmten an Aktionstagen.
Der hier ausgeführte Integrationsgedanke als eine Funktion der Aktionstage läßt sich ausdehnen auch auf das unterschiedliche Spektrum der Aktivisten auf den Trebeler Treffen. Bei allen verschiedenen Schwerpunkten, wie sie eingangs skizziert wurden, stellen die Aktionstage offensichtlich ein Konzept dar, das dazu beiträgt, den Widerstand gegen die Atommülltransporte zu einem Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung zu machen. Dadurch können alle weiteren Aktionen nur an politischer Stoßkraft gewinnen.

Verbesserungen sind schwer notwendig

Neben der Ebene der integrativen Gesichtspunkte lassen sich die Aktionstage vor allem auf der Ebene direkter V orbereitungen auf die nächsten Transporte begründen. Selbst wenn sich das Scheitern des Tag X nicht zuletzt aus der massiven Präsenz des Atomstaats

und seiner Inkarnation ergibt, sollten doch eine ganze Reihe von Defiziten Anlaß genug sein, über effizientere Strukturen und deren konsequente Umsetzung nachzudenken.
Ein wesentlicher Fehler des Tag X bestand in der Überbetonung des Kleingruppenkonzepts (ja, ja, ja...), das einerseits kaum in der Lage war, Einzelpersonen und unvorbereitete Kleingruppen befriedigend einzubinden, andererseits den Mangel besaß, daß die Eingriffe verschiedener Gruppen zu wenig nachhaltig waren, als daß sie die Bullen vor ernsthafte Probleme gestellt hätten. Es geht hier nicht darum, das Kleingruppenkonzept gegen das Konzept zentraler Großaktionen auszuspielen. Es geht vielmehr darum, aufzuzeigen, daß beide V orgehensweisen, miteinander verbunden, ihren Wert steigern. Um dies zu gewährleisten, sind allerdings gewisse V oraussetzungen unabdingbar.
Zunächst eine Logistik (Infrastruktur, Infosysteme), die einerseits die Durchführung von Großaktionen (ähnlich der der B 216-Blockade am 30. 4. 84) ermöglicht, andererseits eine gewisse Koordination innerhalb einer Gesamtaktion (Großgruppenaktion – Kleingruppenaktion) übernehmen kann, ohne dadurch die Autonomie der Kleingruppen einzuschränken.
Wir sind, anders als einige Göttinger, der Meinung, daß es dazu eines direkten Transports als 'Übungsfeld' nicht in jeder Hinsicht bedarf. Dies haben nicht zuletzt die positiven Erfahrungen der Wendlandblockade und die negativen Erfahrungen am Tag X bewiesen.
Die Aktionstage sollten dazu genutzt werden, ein Organisationsgefüge zu schaffen, das diese Defizite nicht mehr zuläßt und für die Tage selbst aber auch für die Zukunft eine koordinierte Auseinandersetzung gewährleistet.
In diesem Sinne ist es unter dem Aspekt der langfristigen Kontinuität des Widerstands im Wendland angemessen, wenn sich die Kontakte zwischen Einheimischen und Auswärtigen trotz der traditionellen Differenzen intensivieren, um gemeinsame Konzeptionen zu entwickeln und die Gegebenheiten vor Ort kennenzulernen. V on daher ist uns auch der V orschlag der Nörgler vom Koordinationsplenum Hamburg sympathisch, regelmäßige Bahnspaziergänge auf den Gleisen nach Dannenberg zu machen.

Ein nächster Kritikpunkt, der ansatzweise mit den eben ausgeführten Aspekten korrespondiert, betrifft die Fragwürdigkeit der gruppeninternen Entscheidungsprozesse am Tag X. Die Fähigkeit, auf der Grundlage einigermaßen gesicherter Fakten Beschlüsse zu fällen und diese dann auch durchzuhalten, war erschreckend gering. Kaum glaubte jemand aus dem Gekrächse des Polizeifunks den neuesten Hit herausgefiltert zu haben, wurden alle Beschlüsse über den Haufen geworfen und den aktuellsten Gerüchten nachgejagt. Die kopflose Selbstorganisation entsprach der Strukturlosigkeit der Entscheidungsfindung und -umsetzung.
Jede weitere Aktion ist zum Scheitern verurteilt, wenn sich eine derartige Strukturlosigkeit hält. Deswegen an dieser Stelle der Aufruf, sich regional (städteweise) zusammenzutun und nicht nur inhaltliche Diskussionen zu führen, sondern auch tragfähige Organisationsmodelle (z. B. Sprecherräte) zu entwickeln.

Ein Ausdruck der Solidarität

Nicht zuletzt sollen die Aktionstage auch zum Anlaß genommen werden, unsere Solidarität mit den kriminalisierten AKW-Gegnern/innen zu demonstrieren. Die ohnehin schon skandalöse Politik der Staatsanwaltschaften hat seit dem vergangenen Sommer eine neue Qualität bekommen. Im Wendland herrscht eine Atmosphäre der Bespitzelung; Kripo, LKA und BKA leisten massive Wühlarbeit (s. Artikel: Kriminalisierung im LK Lü.–Dan.).
Das Interesse des Staatsapparats ist klar: Einschüchterung und Zerschlagung der Infrastruktur der Anti-AKW-Szene. Eine gewisse Lähmung der Betroffenen, aber auch der nicht direkt Beteiligten scheint zumindest langfristig unvermeidbar. Sollte sich dies jedoch als Tendenz erweisen, werden wir als Bewgung zunehmend handlungsunfähig, denn jede Bewgung ist nur so stark, wie sie sich mit ihren Kriminalisierten solidarisiert.
Daher sollten die Aktionstage politisch genau das ausdrücken, was der Staat zu bekämpfen versuch: massenhaften und radikalen Widerstand. Die Solidarität zu den Kriminalisierten muß sich in der Bekräftigung ihrer Aktionen durch unser aller Aktionen ausdrücken und nach außen thematisiert werden. Das heißt aber auch; daß allenorts versucht wird, im V orfeld der Aktionen die schweinischen Kriminalisierungen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Zusammenhang der Aktionstage– Stichwort Castor-Transport und Tag Y

Als wir die Aktionstage das erste Mal diskutierten, stellte sich natürlich auch die Frage nach der Sinnhaftigkeit von zwei symbolischen Aktionstagen mit Trainingscharakter (mitten im Winter!!!). Zumal da das vermeintliche Ziel der V orbereitung, der nächsten Atommülltransport, wahrscheinlich sogar ein Castor-Transport, dann voraussichtlich schon gelaufen sein wird (Terminspekulationen schwanken zw. Dez. '84 u. Anf. 85). Die insofern mit den Aktionstagen verbundene, zunächst vermutete Demobilisierung scheint der Atommafia in die Hände zu spielen.
Sicher, es ist durchaus möglich, daß bis Ende Jan. '85 der erste Castor in Gorleben sein soll, und es ist für uns selbstverständlich auch eine Frage der Identität, uns gegen diesen Schrott, der eine erneute Steigerung im Gefährdungspotential bedeutet, zur Wehr zu setzen. Da das Gefährdungpotential ungleich höher als bei jedem anderen Transport sein wird, wird auch der polizeistaatliche Aufwand zur Sicherung steigen.
Formulierte Widerstandskonzepte für den Tag Y bestehen noch nicht. Klar ist nur: der Tag Y ist der Tag, an dem ein Castor-Transport so früh verläßlich gemeldet wird, daß die V orwarnzeit ausreicht einen hinreichend starken Widerstand (was 'n das?) auch aus den Städten, im Wendland zu organisieren. Tag Y ist also nicht zwangsläufig der Tag des ersten Castor-Transports.
Auch wenn der Tag voraussichtlich am 25./26. Jan. schon gelaufen sein wird, können die Aktionstage zum Testfeld konzeptioneller und struktureller V erbesserungen werden, um bei den folgenden direkten und symbolischen Aktionen schlagkräftiger zu werden.
Sollten wir den nächsten Transport (Castor oder Fässer) erwischen, ist beim Stand der Dinge zweifelhaft ob ihm dann nennenswerter Widerstand entgegengesetzt werden kann. Es geht wohl niemand davon aus, einen solchen Transport länger blockiern zu können, aber mehr oder weniger planlos durch das Wendland zu flattern, ist Schwachsinn.
In diesem Zusammenhang erscheint es eben sinnvoll, die Aktionstage nicht ausschließlich als V orbereitung auf den jeweils nächsten Transport zu interpretieren, sondern als einen Schritt innerhalb eines längerfristigen kontinuierlichen Prozesses zur Entwicklung interner Strukturen, die die Kopflosigkeit des 8. Okt. ausschließen. Das aber klappt nur, wenn sich auch die auswärtigen Gruppen frühzeitig in die V orbereitung einklinken. Sie könnte so aussehen, daß städteweise einzelne Bestandteile der Aktionstage in Kooperation mit den Einheimischen vorbereitet werden ('Patenschaften').
Es erscheint uns jedoch nicht sinnvoll, diese Tage im Kielwasser eines direkten Transports zu organisieren, da sie aufgrund ihrer Funktion hinreichend V orbereitungszeit erfordern.
Auch das Argument, Aktionstage unabhängig von konkreten Transporten seien für die Gegenseite leichter kalkulierbar, ist nicht richtig, denn die Kalkulierbarkeit hängt nicht damit zusammen, ob der mit ihr verbundene Widerstand auf ein konkretes Objekt bezogen ist. Im Gegenteil. Aktionen, wie sie an den Aktionstagen drin sind, können reichlich schwer abwägbar sein. Kalkulierbarkeit darf nicht unmittelbar mit dem potentiellen Risiko für die Atombetreiber gleichgesetzt werden.
Letztlich ist es wohl auch zweifelhaft, den politischen Stellenwert von symbolischen Aktionen von vornherein niedriger als den von direkten Eingriffen anzusetzen. Zwar ist der politische Preis, (wie auch der wirtschaftliche) von Atommülltransporten für den Staat auf Dauer hoch, vielleicht zu hoch, weil ständiger Widerstand gegen sie die Präsenz des gesamten repressiven Machtapparats erforderlich macht und damit den lebensfeindlichen Charakter des Atomstaats das Bewußtsein der Bevölkerung rückt. Aber auch symbolische Aktionen können hinreichend Unruhe in die politische Welt der Herrschenden bringen, wie die Wendlandblockade gezeigt hat.
Bezüglich der Aktionstage kann die entsprechende Bedeutung darin liegen, wieder ein weiteres Aktionsbündnis herzustellen, der Untragbarkeit der Atommülltransporte durch Aktionen an den konkreten Transportwegen des Castorbehälters möglichst bundesweite Publizität zu verleihen.
Der Ausdruck massenhaften und radikalen Widerstands an den Aktionstagen ist angelegt als Bestandteil eines kontinuierlichen Prozesses von Auflehnung gegen die Atommülltransporte. Nur diese Langfristigkeit enthält die Chance, das Atomprogramm ernsthaft zum Scheitern zu verurteilen.
Wir fordern alle auf, sich an den Aktionstagen, aber auch an deren V orbereitung sowie an direkten Blockadeaktionen wie am Tag Y zu beteiligen!

Atommülltransporte = Atomstaat und Kriminalisierung

Der Widerstand gegen die Atommülltransporte ins Wendland muß momentan hautnah erfahren, was es heißt im Atomstaat zu leben. Es findet eine extreme Überwachung (totale Kontrolle des Alltags, Telefone werden abgehört usw.) und Bespitzelung des örtlichen Widerstandes statt.
Aber damit nicht genug!

Gleichzeitig versucht der Staat einzelne Menschen in massivster Form zu kriminalisieren. Der Widerstand wird mit unzähligen Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren überzogen. Die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft reichen von „Öffentlicher Aufforderung zu Straftaten" (§ 111 StGB, Büro; und Hausdurchsuchungen in Lüchow, Lüneburg und Göttingen - wir berichteten ausführlich in „atom" Nr. Nov./Dez.) bis hin zur „Bildung bzw. Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung" (§ 129 StGB).
Im Nachfolgenden einen aktuellen Überblick:

Tag X - Kriminalisierung

Von den 65 vorläufig Festgenommen wurden 18 am Mo., dem 08.10. und 47 am Die, dem 09.10.84 festgenommen. Gegen mehr als 10 Leute wird ermittelt wegen Nötigung, Brandstiftung, bzw. schweren Eingriff in den Straßenverkehr. Gegen eine Person wird wegen „gemeinschaftlicher Körperverletzung" ermittelt. 5 Leute wurden über Nacht inhaftiert. Sie sollten zuerst am nächsten Morgen dem Haftrichter vorgeführt werden, wurden dann aber ohne Prüfung durch den Haftrichter entlassen.
Bei all diesen Fällen ist eine Anklage zu befürchten. Ferner gab es mindestens eine Vorladung wegen des Fehlalarms vor Tag X (es wurden an mehreren Zufahrtsstraßen des Wendlandes Straßensperren errichtet).

Im Nachfolgenden ein Bericht über das Verhalten der Polizei am Tag X:
Versuchter Totschlag!

Der Landwirt J. darf am Mo., dem 08.10.84 für mehr als 1 Std. seinen Hof nicht verlassen. Er kann daher auf einer ca. 10 km entfernten Wiese die begonnene Silage nicht beenden. Am Di.,dem 09.10. fährt er bereits am frühen Morgen zu dieser Wiese. Auf der Rückfahrt wird er Nachmittags von der Polizei am Rondel, Straßenkreuzung Trebel/Gartow gestoppt. Er wird aufgefordert, da die Straße gesperrt sei, einen Umweg über Trebel zu fahren (10 km).
Er weigert sich und fährt weiter. Nach 2 km wird er erneut von der Polizei gestoppt. Er wird vom Schlepper gezerrt und mit dem Schlagstock traktiert. Sein 72jähriger Vater und 1 Arbeiter, die ebenfalls auf dem Schlepper waren, werden bedroht. Der Schlüssel des Traktors wird beschlagnahmt. Der Vater und der Arbeiter werden Nachhause gefahren. Der Landwirt muß beim Schlepper bleiben bis der Atommülltransport vorüber ist. Abends kommen 10 Uniformierte Polizeibeamte auf den Hof. Diese behaupten er sei mit dem Schlepper auf Polizeibeamte zugefahren, und diese konnten sich angeblich nur mit einem Sprung zur Seite retten. **Deshalb wird jetzt wegen versuchten Totschlages gegen ihn ermittelt.**

Kriminalisierungswelle im Wendland

Im Folgenden geben wir einen Überblick über laufende Ermittlungsverfahren, Beschuldigungen und die damit verbundenen Hausdurchsuchungen. Die Betroffenen erfuhren erst durch den ihnen ausgehändigten bzw. hinterlegten Durchsuchungsbeschluß, daß gegen sie ein Ermittlungsverfahren, z.B. wegen § 129, läuft. Die SOKO (Sonderkommission des Landeskriminalamtes in Hannover), die speziell gegründet wurde, um in Zusammenhang mit den diversen Bundesbahnanschlägen die Ermittlungen zu leiten, tritt zum ersten mal im August 84 öffentlich in Erscheinung. Die nachfolgend aufgeführten Hausdurchsuchungen wurden jeweils unter der Leitung der SOKO des LKA in Hannover durchgeführt. Ausgefertigt wurden die Durchsuchungsbeschlüsse vom Amtsgericht in Dannenberg.
August 1984: Durchsuchung in Gledeberg wegen "gefährlichen Eingriffs in den Bahnschienenverkehr (§ 315 StGB). Der Arbeitsplatz in Lüchow wurde ebenfalls durchsucht. Beschlagnahmt wurden u.a. Turnschuhe (Fußabdrücke), Motorsäge.
15.10.84: Durchsuchung bei einer Person in Oetzen wegen "Brandanschlag in Lübeln vom 13. 10.84." Es werden vier Leute vorläufig verhaftet. Am gleichen Tag findet eine Durchsuchung in Hamburg unter Beteiligung des BKA statt.
19.10.84: Zeitgleich finden im Landkreis Lüchow/Dannenberg mehrere Hausdurchsuchengen statt, u.a. wegen "gefährlichen Eingriffs in den Bahnschienenverkehr (§ 315 StGB). Durchsucht wird das 'Cafe Grenzbereich' in Platenlaase wegen" Planung eines schweren Eingriffs in den Bahnschienenverkehr und des Verstoßes gegen das Fernmeldegesetz." Hierbei wird auch das Zimmer eines Fernsehreporters trotz seiner Abwesenheit durchsucht und seine Unterlagen wurden beschlagnahmt. Durchsuchung in Serau u.a. wegen" gefährlichem Eingriff in den Bahnschienenverkehr". Das Haus wurde in Abwesenheit des Betroffenen durchsucht.
Durchsuchung in Meuchefitz u. a. wegen "schweren Eingriffs in den Bahnschienenverkehr."
8.11.84: Durchsuchung in Marlin wegen "Verdachts einer vorsätzlichen Brandstiftung." Die betroffene Person soll in der Nähe Holz gesammelt haben und soll Kontakt zu Wohngemeinschaften haben, die bereits von Durchsuchungen betroffen waren.
12.11.84: In Dickfeitzen findet in Abwesenheit des Betroffenen eine zweite Durchsuchung wegen "vorsätzlicher Brandstiftung." In Bodenteich wird sein Auto aufgebrochen und durchsucht. Es wird ein Durchsuchungsbeschluß wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB)!!! hinterlassen. Als das Auto später von einer anderen Person abgeholt wurde, kam sofort ein Anwohner aus seinem Haus und verlangte die Personalien. Es handelte sich hierbei nicht um einen Polizisten.
16.11.84: In Klennow findet eine zweite Hausdurchsuchung statt. Begründung: "Mitgliedschaft in einer kriminellen Ver-

einigung (§ 129) und angeblicher Beteiligung an Bahnanschläge vom März 84." Ausgestellt wurde der Durchsuchungsbeschluß bereits am 9.10.84 vom Landgericht in Lüneburg. Die anderen Durchsuchungsbeschlüsse wurden vom Amtsgericht Dannenberg ausgestellt. (Werden von der Staatsanwaltschaft zwei kriminelle V ereinigungen unterstellt?) Die zweite Hausdurchsuchung wird ebenfalls mit dem § 129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen V ereinigung)begründet. Es wird ein Schweißgerät beschlagnahmt.
23.11.84: Durchsuchung in Reitze wegen " Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung "(§ 129). Es werden die gleichen V orwürfe wie in Klennow erhoben. Der Durchsuchungsbeschluß ist ebenfalls vom Landgericht Lüneburg am 9.10.84 ausgestellt worden. Bei der gleichen Person wird wegen dem ersten Bahnanschlag in diesem Jahr die Wohnung der Eltern in Berlin durchsucht. Ferner wird das Auto in Abwesenheit aufgebrochen und durchsucht.

Um einen Eindruck davon zu geben, was alles an Gegenständen und Schriftstücken beschlagnahmt wurde, folgt diese Auflistung:
Bei fast allen Hausdurchsuchungen wurden die Schuhe beschlagnahmt. Sämtliche Schriftstücke, die mit dem Widerstand gegen Atommülltransporte in Zusammenhang stehen könnten, wurden ebenfalls mitgenommen. Weiterhin: ein Karton Abfallpapier, Jahreskalender 1984, Rezepte, Streichhölzer und Streichholzschachteln, Kombizange, Messingring, Handschuhe, Unterholzmesser, Deckblatt der TAZ, Bierflaschen, Kassettenfilm, Karton mit Seilen und Wäscheleinen, eine Dose Petroleum usw. ...

WICHTIG:
Alle Betroffenen sollten sich mit dem Ermittlungsausschuß in Verbindung setzen. Hier werden alle Informationen zusammengetragen und eventuelle Ratschläge gegeben.
Anschrift: Ermittlungsausschuß, 3131 Bülitz Nr. 5b, Tel.: 05844/1501

Es gab mehr als 80 Ermittlungsverfahren wegen Nötigung gegen die Halter der Kraftfahrzeuge, die bei den Blockaden beteiligt waren. Bis auf diejenigen, die sich verplappert haben, mussten sämtliche Verfahren wieder eingestellt werden. Auch die Staatsanwaltschaft mußte einsehen, daß allein die Halterfeststellung nicht ausreicht, um konkret Täterschaft nachzuweisen. Es laufen zur Zeit noch einige Verfahren wegen Nötigung und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte im Zusammenhang mit den Materialblockaden; doch auch dort stehen die Ermittlungen auf tönernen Füßen.
Die offensichtliche Hilflosigkeit von Staatsanwaltschaft und Polizei ist offensichtlich ein Motiv dafür gewesen, daß in der Nachfolge zur Wendlandblockade die "vorbeugende Ermittlungstätigkeit" im Wendland ein Ausmaß angenommen hat, das den Polizeistaat alltäglich gegenwärtig macht. In der letzten ATOM ist darüber bereits ausführlich berichtet worden. Eins steht jedoch fest: Wenn die von den rigorosen und oftmals rechtswidrigen Ermittlungen betroffenen Menschen trotz des tätlichen staatlichen Terrors versuchen, kühlen Kopf zu behalten und sich vor allem gegenüber der Polizei **absolut schweigsam** verhalten, wird es dem Staat auch weiterhin schwerlich gelingen, die Bewegung so zu kriminalisieren, wie dies zur Spaltung der Anti-Atombewegung nötig ist.
Deshalb nochmals der gute Rat : Folgt **keiner** Vorladung zur Polizei, und wenn die Staatsanwaltschaft euch vorlädt :
Nehmt euch sofort einen Rechtsanwalt!
Denn : Auch eine große Luftblase bleibt eine Luftblase.

Am 23.1.1985 findet gegen Thomas vor dem Amtsgericht Lüneburg, Zi. 8, um 09.00 Uhr ein Verfahren wegen der Wendlandblockade statt. Kommt massenhaft ! ! !

§ 111 - Nachschlag

Bei der Verfolgung des Göttinger und Lüneburger Arbeitskreises sowie der BI Lüchow-Dannenberg nach § 111 (Aufforderung zu Straftaten) wegen Verbreitung der Tag X - Aufrufe und Plakate wollte es die Staatsanwaltschaft nicht belassen. Nach den BIs greift sie jetzt auch bei den "Etablierten" zu. Betroffen sind Landtagsabgeordnete der Grünen in Niedersachsen und der BBU. Zum Auftakt stattete die Staatsanwaltschaft samt Kripo der Geschäftsstelle in Hannover einen Besuch ab - ohne "Erfolg". Darauf flatterten dem grünen Landtagsabgeordneten Martin Mombauer und Nachrücker Jürgen Trittin Vorladungen nach § 111 ins Haus. Beide hatten bei einer Pressekonferenz zu den o.a. § 111-Ermittlungen verkündet, sie würden die Flugblätter und Plakate weiterhin verbreiten; für die Plakate übernahmen sie die presserechtliche Verantwortung. Gegen Mombauer ist die Aufhebung der Immunität vorgesehen.
Vor seinem Wechsel ins Saarland möchte die Staatsanwaltschaft Jo Leinen noch einmal die unangenehmen Seiten des Staates zeigen. Sie ermittelt gegen ihn nach § 111 als Vorstandsmitglied des BBU sowie gegen Geschäftsführer Gerd Billen. Auch die Göttinger Staatsanwaltschaft wurde wieder tätig. Sie schaute bei der Druckerei des Atomexpress vorbei und wollte dort die Druckplatten der letzten Nummer haben - doch die waren nicht mehr aufzufinden.

Die Wendlandblockade

–und was juristisch daraus geworden ist

Um es gleich vorweg zu nehmen : Für die Strafverfolgungsbehörden war und ist die Wendlandblockade im großen und ganzen recht frustrierend gewesen. Mit einem selten großen Aufgebot an Polizisten, Kriminalbeamten, Hubschraubern, Wasserwerfern und sonstigem Gerät wurde versucht, den Widerstand im wahrsten Sinne des Wortes fertig zu machen. Tausende von Atomkraftgegnern wurden "des Platzes verwiesen", was nichts anderes heißt, als ihrer Freiheit beraubt und irgendwo fernab der Blockaden wieder ausgesetzt.

BILDDOKUMENTE – BERICHTE
GEDÄCHTNISPROTOKOLLE

GORLEBEN
AUSNAHMEZUSTAND

Herausgeber: Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Drawehner Straße 3, 3130 Lüchow,
Tel.: 05841/4684

Einzelpreis: 4.50 DM, ab 10 Exemplare 3.00 DM

Itzehoe,at.: In der Nacht zum 12.10 wurden durch durch Brandsätze ein Bagger und 1 LKW total zerstört und ein weiterer Bagger stark beschädigt.

Herzschläge

Zahlreiche Anschläge und Schmierereien

Bahnlinie wurde achtmal beschädigt

Lüchow-Dannenberg. Zu gefährlichen Eingriffen in den Straßen- und Bahnverkehr im Kreisgebiet kam es auch am Wochenende. Am Sonnabend und in der Nacht zum Sonntag wurde die Bahnlinie Uelzen–Dannenberg in der Gemarkung Dragahn achtmal beschädigt.

Unbekannte hatten Bäume und Telefonmasten abgesägt und über die Schienen gelegt. Einige Male war auch der Schotter unter den Schwellen weggeräumt worden.

Ebenfalls unbekannt sind die Täter, die in der Nacht zum Sonnabend drei große Bäume an der B 216 zwischen Metzingen und Riskau gefällt und auf die Straße gelegt haben. In diese gefährliche Straßensperre fuhr ein Dannenberger mit seinem Pkw aus Richtung Metzingen. An seinem Wagen entstand Totalschaden, zwei Mitfahrerinnen wurden leicht verletzt. Ein Pkw, der aus der entgegengesetzten Richtung kam, wurde gering beschädigt. Außer den drei dicken Baumstämmen lagen dort auch mehrere Nagelbretter und ein Nagelgurt auf der Fahrbahn.

Erheblicher Sachschaden entstand am Sonnabend gegen 19.40 Uhr bei einem Brandanschlag auf Baumaschinen an der B 493 am Lübelner Krug. Unbekannte hatten Brandmittel, ähnlicher Art wie Molotow-Cocktails, in die Führerkabinen von drei Baggern gelegt, welche völlig ausbrannten. Ferner zerschlugen die Täter die Scheiben von zwei Lastwagen. Die Freiwilligen Feuerwehren aus Küsten und Lüchow waren im Einsatz. Geschädigt wurden Baufirmen aus Soltendieck und Uelzen.

In der Zeit vom 12. zum 13. Oktober war auch die Bundespost in Dannenberg Ziel der Aktionen unbekannter Täter. Vermutlich Atomkraftgegner besprühten auf dem Fernmeldebezirksgelände an der Lüneburger Straße 30 gelbe Postfahrzeuge mit der Parole „Tag X".

13.10.84

Brandanschläge Berlin

Bekennerbrief eingetroffen

Berlin (taz) - Ein Motiv sei nicht erkennbar, verlautbarte die Berliner Polizei im Anschluß an zwei Brandanschläge auf Berliner Firmen in der Nacht vom 24. auf den 25. September. In einem nun bei der taz eingegangenen Bekennerbrief nimmt eine Gruppe „Direkte Aktion" zu den Anschlägen Stellung: Beide Firmen seien Zulieferbetriebe für die Atomindustrie, die Dämmaterial für AKWs herstellen.

3.10.84

Anschläge auf die Bahnstrecke

Lüneburg (dpa) – Auf die Eisenbahnlinie Uelzen-Dannenberg sind in der Nähe der Ortschaft Pudripp zwei Anschläge verübt worden. „Unbekannte Täter" – so die Polizei – entfernten in der Nacht zum Mittwoch fünf Eisenbahnschwellen unter dem Gleiskörper. Außerdem wurden in der Nähe der Stelle Äste auf der Bahntrecke gefunden.

16.10.84

Leitungen brannten

Steine. Gestern morgen gegen 6 Uhr kam es durch einen Brandanschlag zu einem Teilausfall des Telefonkabels, das die Ortschaften Clenze und Bergen versorgt. Unbekannte Täter hatten in ein Lötloch der Bundespost an der Landesstraße 261 zwischen Steine und dem „Fuchsberg" eine brennbare Flüssigkeit geschüttet und angezündet. Durch das Feuer wurden mehr als 50 Prozent der für Clenze und Bergen zuständigen Leitungen zerstört. Wie ein Sprecher der Bundespost mitteilte, ist aus diesem Grund der Telefonverkehr von und zu diesen Orten stark beeinträchtigt. Gegen Redaktionsschluß waren Spezialisten noch mit der Beseitigung der Störung beschäftigt.

12.10.84

Foto : An. Schmidt

Achtung Spitzel

Foto: Brandt

In letzter Zeit werden wir immer häufiger mit der Tatsache konfrontiert, daß unter uns, in unseren Zusammenhängen, Menschen eingeschleust werden, die eigentlich nichts bei uns zu suchen haben, die Spitzel. Und obwohl wir uns dieses Problems eigentlich immer bewußt sein sollten, so sind wir doch jedesmal von neuem wie erschlagen - gerade wenn es uns direkt betrifft (die eigene Stadt oder eigene Gruppe). Ob in Göttingen, Emden, Braunschweig , Hamburg, Hannover, oder jetzt wieder in Bremen und Duisburg. Überall versucht dieser Staat mit seinen Schnüfflern in unsere Zusammenhänge einzudringen und sie dadurch für sich durchschaubar zu machen, um frühzeitig reagieren zu können, zum Teil sogar, um Entwicklungen in bestimmte Richtungen zu lenken. Dabei zeigen sich immer wieder zwei Arten dieser Spezies: die, die eigentlich nichts mit den Bullen zu tun haben und aus irgendwelchen Gründen (persönliche, finantielle) plötzlich erpressbar wurden und dann vom Staatsschutz angeworben worden sind und solche, die dieses professionell machen, mit der besten Ausbildung im Hintergrund, die man sich denken kann.

Digitized 2016

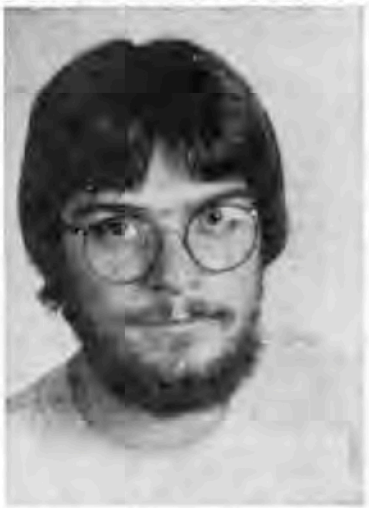
Für den Staatsschutz geht es dabei um jede nur mögliche Information, sei es um direkt anstehende Aktionen einzuschätzen oder zur Analyse von längerfristigen Entwicklungen und Strukturen. Die Computer haben eine große Aufnahmekapazität, und die Analytiker brauchen alle möglichen Informationen für ihre Rasterfahndungen und anderen Entwicklungen der staatlichen politischen Reaktion. Unabhängig davon, wieviel Information durch diese Leute auf die andere Seite der Barrikade gelangt, eines bewirken sie immer: unter uns wird das Mißtrauen geschürt -Spitzelparanoia bricht auf und macht jede politische Arbeit unmöglich. Wie dem ganzen zurollen, um die Tragweite aufzuzeigen, die diese Aktion mit diesem Top-Agenten hatte, dessen Bedeutung letztendlich mindestens eine überregionale war.

Ein weiterer Aspekt staatlicher Schnüffelpraxis wird am Beispiel Duisburg deutlich, wo der Spitzel D. Mäss »verbrannte«. Hier reagierten die zuständigen Stellen geradezu hysterisch auf die Enttarnung. Ein weiterer Beweis dafür, daß sie vor nichts mehr Angst haben, als mit ihren Schweinereien plötzlich in der Öffentlichkeit zu stehen.

Wer mehr über diese beiden hier dargestellten Fälle weiß, egal, ob sie noch so unbedeutend erscheinen, der/die schicke die Infos doch bitte an unsere Göttinger Redaktionsanschrift.

Ansonsten verweisen wir Interessierte auf eine in der taz erschienene Serie zu Spitzel-Aktivitäten: »Der vierte Geheimdienst der Republik«. Mittlerweile als Broschüre erschienen und kann zum Preis von 1 DM bezogen werden über die tageszeitung/Vertrieb, Wattstraße 11/12, 1000 Berlin 65 .

Hoffmann Klaus-Dieter



Alter: 10.5.60

Größe: 180 cm

Augen: braun

Aussehen: halblange Haare, Bart, sportliche Figur, Brillenträger; auffällige Narben auf dem linken Handrücken, durch einen Motorradunfall ist sein linker Arm im Ellenbogengelenk fast steif

Karatefähigkeiten (grüner Gurt) — Er studiert Jura im dritten Semester an der Uni Bremen
Auto-Kennzeichen HB - DB - 356
Hoffmann wohnt zur Zeit in Bremen-Woltmershausen, Auf dem Bohnenkamp 94

Klaus-Dieter Hoffmann, wohnhaft in Bremen, Auf dem Bohnenkamp 94, wurde am 10.5.1960 in Idar-Oberstein geboren. Er machte dort am Staatlichen Gymnasium 1979 sein Abitur. Anschließend bewarb er sich als Offiziersanwärter bei der Luftwaffe. Da er abgelehnt wurde, bewarb er sich daraufhin in allen Bundesländern bei den Bullen. Angenommen wurde er in Bremen. Im Frühjahr 1984 hatte Hoffmann in Italien einen Motoradunfall, bei dem er sich mehrfach den linken Arm brach. Dieser ist immer noch nicht ganz bewegungsfähig. Narben auf dem Handrücken und dem Arm sind geblieben.

Welche Motivation er zur Bullenausbildung hatte, wissen wir nicht. Ehemalige Kollegen, die ausgestiegen sind, haben ihn jedoch als jemand in Erinnerung, der nicht einer von den Reaktionären war. Wir wissen zwar nicht, nach welchen Kriterien jemand nach Ende seiner Ausbildung zum Spitzel herangezogen wird, können uns jedoch vorstellen, daß nur solche Leute angesprochen werden, die nicht durch Kritik auffallen, mit allem konform gehen, ehrgeizig sind und nicht zuletzt durch Intelligenz und sportliche Leistunmgen auffallen (grüner Gurt in Karate, gute Schießleistungen). Nach Ende seiner Ausbildung wurde er im Herbst 1982 vom 15. Kommissariat der Kripo (Anarchistische Gewalttäter und Ausländerkriminalität) nach Berlin geschickt. Ein gewisser »Lutz« (einer von fünf Namen) sei mit ihm durch die Kneipen und Kulturzentren gezogen und habe ihm diese in allen Einzelheiten erläutert und dargestellt. Der »Lutz« sei dafür zuständig gewesen, Spitzel (vor allem Ex-Knackis) in besetzte Häuser einzuschleusen.

Etwa sechs Wochen dauerte diese Einweisung bzw. Zusatzausbildung in Berlin. Was er sonst noch vermittelt bekommen hat in Bezug auf seine zukünftige Tätigkeit als Spitzel bleibt unbekannt. Weitere Angaben hat er zu seinem Bullenwerdegang nicht gemacht. Nach Abschluß seines Lehrgangs beim VS wurde er jedoch für fähig gehalten, in die Bremer Polit-Scene einzusteigen.

Hoffmann tauchte als erstes bei Veranstaltungen zu den Munitionstransporten im Oktober 1982 auf. Zur Schacht-Konrad-Demo fuhr er mit leerem Auto zum Bremer Treffpunkt und nahm noch Leute mit, die keine Mitfahrgelegenheit hatten. Bei der Demo selber war er laut seinen Notizen »vorn an der Front«. Danach begann er eifrig an allen Aktivitäten, die im Zusammenhang mit den Muni-Transporten standen, mitzumischen. Als Einzelmitglied beim KgB - Kommitee gegen Bombentransporte -, wo er sich nicht schüchtern zurückhielt, sondern gleich versuchte mitzureden und zu organisieren, war er aufgefallen und es wurde ihm nahegelegt, sich einer bestehenden Gruppe anzuschließen. Da er in Woltmershausen wohnte, schloß er sich unserer Gruppe Krieg dem Krieg Neustadt an. Bei einigen von unseren Leuten schon durch sein Erscheinen beim KgB bekannt, benötigte er keine lange Anlaufzeit, um in der Gruppe als neues Mitglied akzeptiert

zu werden. Im Gegenteil, seine Selbstsicherheit und sein Aktivismus machten es ihm leichter, von den meisten Gruppenmitgliedern anerkannt zu werden. Bei Diskussionen hielt er sich zwar auffällig zurück, was seinem Aktivismus ansonsten widersprach, dennoch fiel er mit seinem Verhalten, Vorschlägen, Meinungen nicht aus dem Rahmen. Trotz seiner Souveränität im Auftreten hielt sich bei einigen von uns ein ungutes Gefühl in seiner Gegenwart. Begründet dadurch, daß er nicht aus seiner Vergangenheit erzählte, sich nicht mit früheren Bekannten zeigte, und seine politische Motivation unklar blieb. Dazu der Gegensatz zwischen inhaltlicher Arbeit und seinem Aktivismus. Sein Lebensstil (IKEA-eingerichtete Wohnung, Bertelsmann in den Regalen, keine Plakate oder Fotos an den Wänden, neues Auto und Motorrad) nährte dieses ungute Gefühl.
Um unseren Verdacht loszuwerden, versuchten wir, ihn persönlich kennenzulernen. Hierbei stießen wir jedoch auf Grenzen. Bei Besuchen zeigte er sich nicht gerade als freundlicher Gastgeber; an weiteren Kontakten über die politische Arbeit hinaus war ihm nicht gelegen... Trotzdem versuchten wir weiterhin, genauere Nachforschungen über seinen persönlichen Werdegang und seine finanziellen Verhältnisse anzustellen. Da wir in unserem Verdacht jedoch unsicher waren und keinen Vorurteilen, was seine äußeren Lebenstände anbelangte, erliegen wollten, verging viel Zeit - Zeit, in der er weiter schnüffeln konnte. In dieser Zeit (2 Jahre) nahm er an allen Vorbereitungen, Treffen, Aktionen und Demonstrationen zu Munitionstransporten teil.
Hoffmann war überall präsent. Er ging mit zu Demonstrationen in Brake und Nordenham, war beteiligt an der Beobachtung der Muni-Transporte, übernahm organisatorische Aufgaben, nahm an überregionalen Treffen in Oldenburg und Bremen teil. Er tauchte beim Arbeitskreis Wesermarsch des öfteren auf, wo er sich an der Vorbereitung der Sommercamps in Nordenham in Bezug auf die Bremerhavener Aktion beteiligte. Die Unterweserkonferenz zu Bremerhaven und auch ein Treffen Bremer Autonomer standen auf seinem Programm. Bei der Großaktion in Bremerhaven selbst wurde er von seinen Kollegen (Bremer SEK) festgenommen. Bei der Bombenzugblockade im Juni 841984 saß er aufgrund seines Motorradunfalls in der Info-Zentrale, um die Telefone zu bedienen. Desweiteren war Hoffmann regelmäßig bei den Treffen zur Grußaktion für politische Gefangene. Ein weiteres Betätigungsfeld war die Initiative gegen die Volkszählung in Woltmershausen. Viele Treffen dieser Gruppen fanden im BBA-Laden statt. Wegen Hoffmanns regelmäßigem Auftreten war er im Besitz eines Schlüssels für den BBA-Laden.

Noch ist unklar, wie hoch der Schaden ist, den er durch sein Auftreten angerichtet hat. Wieviele Leute wurden durch ihn in die Akten des Verfassungsschutzes aufgenommen und somit abgestempelt? Aus seinen Aufzeichnungen konnten wir ersehen, daß er Informationen über Gruppeninterna und Aktionen an die Leitung des 15. Kommissariats der Kripo unter Leitung von Frank Herrmann weiterleitete. Seine Notizen beinhalten jede Gruppensitzung mit Namen, Telefonnummern, Autokennzeichen und Aufgabenverteilungen innerhalb der Gruppen.
Selbstkritisch müssen wir anmerken, daß konsequenteres Nachforschen und Handeln wohl schon früher zu seiner Enttarnung hätten führen können. Unsicher waren wir auch generell damit umzugehen; da wir ihn nicht mit Paranoia und leichtfertigem Spitzelverdacht zur Sau machen wollten. In jüngster Zeit fielen uns dann Informationen in die Hände, die uns das Handeln möglich machten. Seine Enttarnung wurde uns allerdings dadurch erleichtert, daß er in Bremen seine Polizeiausbildung machte.
Für uns stellt sich nunmehr die Frage, welche Konsequenzen aus diesem Fall zu ziehen sind. Was uns eigentlich klar war und woran sich auch durch die Enttarnung des Bullenspitzels nichts geändert hat. Wir wollen und dürfen nicht in eine Hysterie verfallen, hinter jeder und jedem, die mit uns zusammenarbeiten wollen, einen potentiellen Spitzel zu wittern. Und auch eine total geschlossene Gruppe kann nicht die Lösung sein, da dies auch die Möglichkeit politischer Arbeit einschränken würde. Es dürfte auch nicht geeignet sein, allein das Vorhandensein bestimmter klischeemäßiger Äußerlichkeiten zum Anlaß zu nehmen, jemand als der Schnüffelei überführt anzusehen. Wir wären naiv, wenn wir nicht davon ausgehen würden, daß selbst der Bremer Senat nicht noch lernfähig ist und die Ausbildung seiner Spitzel und ihre Arbeitsweise verbessern wird. Subtileren Einsatzmethoden läßt sich aber nicht mit größerem, schon gar nicht mit gesundem Mißtrauen begegnen.
Grundvoraussetzung, um einer »Unterwanderung« politischer Gruppen durch Polizei und VS vorzubeugen, dürfte das Heraustreten aus der doch immer wieder festzustellenden teilweisen oder vollen Anonymität der Mitglieder politischer Gruppen untereinander sein.
Obwohl in unserer Gruppe durchaus in kleinem Rahmen auch private Kontakte existieren, ist uns klar geworden, daß es in Zukunft viel stärker als bisher notwendig sein wird, nicht nur bei den wöchentlichen politischen Terminen miteinander zu tun zu haben, sondern sich auch privat besser kennenzulernen. Nur durch eine von allen getragene grundsätzliche Offenheit der Personen im Umgang miteinander kann Vertrauen entstehen. Gerade dadurch dürfte den eingesetzten Spitzeln ihre Tätigkeit aber am ehesten erschwert werden, weil diese Offenlegung ihrer Person sie in die ständige Gefahr bringt, ihr Doppelleben auffliegen zu lassen.
Dem Bremer Innensenator Volker Kröning scheint im Zusammenhang mit der Enttarnung des Spitzels Klaus-Dieter Hoffmann keine Frage wichtiger zu sein als die, ob es sich um einen under-cover-agent, also um einen amtierenden Bullen, der mit Legende und Tarnung versehen, in diesem Fall politische Gruppen beschnüffelte, oder um einen VS-Mann handelte. Grundsätzlich macht es für uns wie für alle politischen Gruppen keinen Unterschied, welcher Organisationseinheit des staatlichen Herrschaftsapparates eine solche Figur angehört.

Der Fall Hoffmann zeigt, daß die Trennung auch nur von rein formal-juristischer Bedeutung ist. Immerhin muß Kröning auch weiterhin der Vorwurf gemacht werden, die Öffentlichkeit belogen zu haben, denn schließlich wurde Hoffmann noch während der Amtszeit Krönings als Bulle bezahlt. Außerdem hielt er bis zur Enttarnung ständigen Kontakt mit dem Leiter des 15. Kommissariats, dem schon erwähnten Frank Herrmann. Daß dies zu Tarnzwecken erfolgt sein soll, während er in Wirklichkeit schon zum Verfassungsschutz umgesetzt worden sein soll sei, wirkt so lächerlich wie alles, was Kröning im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit von sich gegeben hat.
Die sozialdemokratische Doppelstrategie wird an diesem Fall wieder einmal deutlich: Die Friedens-/Anti-Kriegsbewegung wird eingeteilt in die Guten und die Bösen (s.z.B. Glotzens Stellungnahme zu den Manöverbehinderungen oder Krönings Äußerung zu KdK und KgB). Die Guten hofiert man, nimmt an Protestmärschen teil, wie es der Bremer Innensenator Kröning vor gar nicht allzu langer Zeit tat. Die SPD als gewichtiger Bündnispartner - auf diese Weise sollen die Guten wieder zurückgeführt werden auf die alten Holzwege parlamentarischer Petitionen und Kreuzchendemokratie.
Die Bösen, d.h. die, die sich von ihrem Widerstand nicht abbringen lassen und versuchen, direkten Widerstand zu praktizieren, von ihnen, so rät die SPD, sollte man sich trennen. Doch wird der Kampf nicht nur verbal auf der ideologischen Ebene geführt, sondern auch offensiv-praktisch, wobei die fiesesten Methoden gerade die besten sind.
Sozialdemokratisches Ordnungsdenken schließt Bespitzelungen, berufsmäßiges Lügen und Polizeistaatspraktiken nicht aus - im Gegenteil. Der Zweck heiligt die Mittel.
Im Nachhinein hat der Senator für Inneres sein Handeln durch die Parlamentarische Kontrollkommission legitimieren lassen. Mitglieder dieser Kontrollkommission sind zwei SPD-ler, und was dem die Krone aufsetzt, CDU-Chef Neumann. Alle Bremer Friedensinitiativen waren und sind durch solche legitimierten Bullenbespitzelungen von der Kontrolle dieser Innenbehörde bzw. der hier herrschenden SPD betroffen. Doch nach wie vor gilt für uns: »Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht.« (Mao Tse Tung)

Ähnlich wie in anderen Städten (z.B. in Göttingen das Aufkdo und Spudok) ist in Duisburg ein Polizeiapparat installiert worden, der, speziell auf die politische Szene angesetzt, seine Personen immer in Zivil auftreten läßt. In der linken Szene kennt man diese Bullen schon fast mit Vornamen, sie tauchen bei allen Gelegenheiten auf, ständig überwachen sie die Szene mit Blickkontakt, bei allen Prozessen tauchen sie als Zuschauer bzw. als Zeugen der Anklage auf - die politische Szene fühlt sich einem totalen Überwachungsdruck ausgesetzt. Nur die Normalbürger/innen bekommen nichts von dieser permanenten Beobachtung und Ausschnüffelung mit, weil für sie die Polizeibeamten in Zivil tatsächlich nicht anders aussehen als sonst irgend jemand.
In Duisburg ist jetzt ein von dieser Polizeitruppe angeheuerter Spitzel aufgeflogen. Daraufhin ist die betroffene Szene selber offensiv geworden und hat ein Flugblatt erstellt und verteilt, in dem zum einen der Spitzel, zum anderen einige Exponaten dieser Polizeitruppe mit Konterfei und Kurzangabe vorgestellt werden und über ihre Tätigkeit in Duisburg berichtet wird.
Die politische Abteilung von Justiz und Polizei reagierte daraufhin hysterisch: Hausdurchsuchungen, Festnahmen und saftige Anklagen sind die Folge.
Wir dokumentieren im folgenden die Pressemitteilkung des Eschhaus-Kollektivs zur Repression, sowie den Teil des Flugblatts, der sich mit dem Spitzel selbst beschäftigt.

Am Samstag, den 27.10.84 wurde das Eschhaus (unabhängiges Jugendzentrum in Duisburg, d. Red.) von ca. 20 Beamten des 14. K (politisches Kommissariat) und der Duisburger Polizei durchsucht. Die Niederstraße war zum Zeitpunkt der Durchsuchung umstellt.
Parallel fanden dazu Hausdurchsuchungen in zwei Buchläden (Buchladen Oststraße/Büchertreff »Die Brücke«) sowie im In- und Ausländertreff statt.
Anlaß für diese großangelegte Aktion war ein Flugblatt, das öffentlich verteilt worden war und unter anderem auch im Internationalen Zentrum der Stadt Duisburg auslag. Es informiert über die Tätigkeit der Politischen Polizei in Duisburg und beschreibt konkrete Vorfälle, bei denen Beamte des K 14 in Erscheinung traten. Neben der Veröffentlichung von Fotos markanter Vertreter des Kommissariats befaßt sich die Schrift mit der Anwerbung und Arbeit von Spitzeln, deren Aufgabe die Überwachung politischer Aktivitäten und die Informationsbeschaffung für die politische Abteilung der Polizei ist.
Aktueller Hintergrund der Veröffentlichung war die Enttarnung zweier Spitzel auf einer Veranstaltung im Duisburger Norden im September 1984. Während der erste, der den Anwesenden bereits bekannt war, gleich zu Beginn des Treffens aufgefordert wurde, den Raum zu verlassen, machte sich der zweite durch auffälliges Verhalten verdächtig. Zur Rede gestellt, gab er zu, die Veranstaltung auf einem Kassettenrecorder mitgeschnitten zu haben, um die Information an deas 14. K weiterzugeben.
Auf die Aufdeckung hin reagierte die politische Polizei mit einer Vielzahl von Hausdurchsuchungen und Festnahmen.
Daß dieser konkrete Vorfall nur die Spitze des Eisbergs ist, legen die Enttarnungen von Spitzeln in anderen Städten und die dadurch ausgelöste öffentliche Diskussion nahe. Offensichtlich stieß die Enttarnung der Personen und die Veröffentlichung des Flugblatts in ein Wespennest: Die umfangreiche Reaktion und Repression der Duisburger Polizei legen ein beredtes Zeugnis davon ab...

Eschhaus-Kollektiv

»Gefahr im Verzug« -Aktion Wasserschlag der politischen Polizei Duisburg

Mittwoch 12. Sept. 84:

Angeordnet vom KHK Rochna - 14. Kommissariat/Pol. Polizei Duisburg - finden im Namen des Polizeipräsidenten Duisburg 2 Festnahmen, 3 Durchsuchungen statt, nach 2 weiteren Personen wird gefahndet, - **Raub und Freiheitsberaubung** - (Mindeststrafe 1 Jahr/U-Haft).
Eine Person wird auf Arbeit von 2 Zivilbullen (Schabronat/Rochna) festgenommen. In Begleitung von Werkschutz führen sie ihn in Handschellen aus der Werkstatt ab. Kommentar von Schabronat: »Den Job bist Du erstmal los, Du hast ja nur einen Zeitvertrag.« Mit den Wohnungsschlüsseln des Festgenommenen durchsuchen später 2 Zivile vom 14. K. (Püttmann/Sprenger) die leere Wohnung der gesamten Wohngemeinschaft. - Sie holen eine Nachbarin hinzu, Fotos, Notizen verschwinden.
Vier Bullen - 2 vom 14. K., Püttmann/-Sprenger - dringen unter Gewaltandrohung in eine weitere Wohnung ein, durchsuchen ohne Durchsuchungsbefehl, es sei »Gefahr in Verzug, Verdunkelungsgefahr«. Sie suchen vergeblich nach Beweismitteln: nach einem Cassettenrecorder und nach Ausweispapieren, eine Person wird abgeführt.
Nach zwei weiteren Personen wird vergeblich gefahndet: 10 Bullen durchsuchen den »In- und Ausländertreff« Duisburger Str. (Hamborn), - eine Person wird in ihrer Wohnung, beim Freund, auf der Arbeitsstelle und mit 10 Bullen sogar in einer früheren Wohngemeinschaft gesucht.
»Jetzt endlich haben wir euch!« erklärte der K. 14 - Bulle Schabronat hämisch.
Was war geschehen??

Ein Spitzel war aufgeflogen

Am Abend davor (Dienstag, 11. Sept.) war im »In- und Ausländertreff« eine Diskussionsveranstaltung zum Thema: Öffentliche Rekrutenvereidigung in Xanten / NATO-Herbstmanöver.

Schon bald fiel dort eine Type auf, er sprach einige an als alte Bekannte, er sei ja öfters im Laden »Emmastaße« gewesen. Zu Beginn fummelte der Typ auffällig in seiner Lederjacke. Auf die Frage, was er darin habe, spielte er den Betroffenen, und redete von »Schuppenflechten«. Einige protestierten gegen diese öffentliche Verdächtigung, - doch der Typ blieb verdächtig und wurde schließlich aufgefordert seine Jacke aufzumachen: »Wir haben den Verdacht, daß du einen Cassettenrecorder bei dir hast, darum zeig her. Als politischer Mensch mußt du dafür Verständnis haben. Es geht nicht gegen dich, sondern um unsere gemeinsame Sicherheit.« Er öffnete die Jacke, und siehe da, es fand sich ein Cassettenrecorder. Er wurde aufgefordert, seine Papiere vorzulegen und wurde zur Befragung und zum Fotografieren in ein Nebenzimmer gebeten. Er gab und erklärte alles bereitwillig:

Name laut Ausweis:
Dieter Mäß geb. 31.1.46
Anschrift:
433 Mülheim , Gracht 109
(im Ausweis ist der Stempel nur auf dem Bild - Gefälscht?)
2 Werkschutzausweise der KWU Mülheim auf Dieter Mäß:
1.) Werkschutz/Feuerwehr seit 1.11.71
2.) Personenbegleitschutz seit 9/78
1 Presseausweis mit seinem Bild auf folgenden Namen:
Lothar Trappe , Senningsweg 14, Schwerte, geb. 19.6.39 in Schwerte
1 Visitenkarte der Politischen Polizei Duisburg:
Walter Schabronat (Tel. Nr.)

D. Mäß spielte den harmlosen, eingeschüchterten, von den Bullen erpressten und lud die Anwesenden sogar zu sich nach Hause ein. (Vorsicht Falle?!)
Er erzählte folgende Legende:
Er habe früher, bis 1974, bei der KPD/AO mitgemacht, er kenne den Qu....., seitdem sei er nicht mehr politisch aktiv.
Nur einmal noch sei er in Grohnde im Anti-Atom-Dorf gewesen.
Anfang 1984 habe er in Hamborn Verwandte auf der Körnerstr. besucht und ganz zufällig Schabronat getroffen. Der habe ihn eingeladen, nochmal im Büro vorbeizukommen. Schabronat habe ihn dann aufgefordert, ab und zu den Laden »Emmastr.« zu besuchen, sich umzusehen und dann zu berichten, was läuft. Dazu habe ihm Schabronat auch einige Bilder gegeben...
Jetzt vor kurzem habe Schabronat bei ihm angerufen und ihn aufgefordert, diese Versammmlung zu beobachten, am nächsten Tag sollte er bei Schabronat Bericht erstatten. Den Cassettenrecorder habe er sich als Gedächtnisstütze mitgenommen, er wollte die wichtigsten Sachen davon abnehmen. Cassettenrecorder, Fotoausrüstung und Funkgerät im Auto sei alles sein. Er habe für seine Spitzeldienste kein Geld bekommen. Er habe befürchtet, daß Schabronat seine politische Vergangenheit bei KWU/Werkschutz offenlege. Er sei eben erpresst worden, - er wisse, daß seine Bespitzelung eine Schweinerei sei, er wolle es nie wieder tun...
Dieser Spitzel hat sich mit größter Wahrscheinlichkleit auch sonstwo rumgetrieben. Er soll z.B. beim sog. »Skin-Treffen« in Duisburg gewesen sein, und einen Skin befreit haben, der von Antifaschisten festgehalten wurde.
Die zwei Festgenommenen sollten am nächsten Tag in U-Haft gesteckt werden, - so jedenfalls sah es der Plan des 14. K. vor. Und fast wäre der Plan aufgegangen, hätten nicht Rechtsanwälte den Haftrichter im letzten Moment ins rechte Licht gesetzt. Daß es nicht um Raub und Freiheitsberaubung, sondern um eine »rechtmäßige« Abhörverhinderung und Personalienfeststellung ging.
Trotzdem: wahrscheinlich müssen einige noch mit polizeistaatlichen Folgen rechnen. Solidarität ist notwendig und eine Waffe!!!

Nachspiel

Die Vorwürfe, mit denen sich demnächst einige Leute auseinandersetzen müssen, wegen dem Flugblatt, lauten wie folgt:
§ 185 StGB - Beleidigung, § 186 - Üble Nachrede, § 187 - Verleumdung, § 164 - falsche Verdächtigung, §§ 111,240 - öffentliche Aufforderung zu Straftaten im Hinblick auf Nötigiung, § 90 a Abs. 1 Nr. 1 - Verunglimpfung des Staates, §§ 22,33 Kunst-und Urheberrechtsgesetz - Recht am eigenen Bild.
Dazu kommen noch die Verfahren gegen diejenigen, die die Spitzel enttarnten: Raub, Freiheitsberaubung,Aufforderung zur Gewalt, Nötigung...

Dieter Mäß hat sich mit absoluter Sicherheit über Jahre hinweg in der Anti-AKW-Bewegung herumgetrieben:
Er selbst sagte aus, er sei im Anti-Atom-Dorf Grohnde gewesen.
Er war Mitglied in der Aktion Umwelt Mülheim.
Bei KWU (wo Mäß als Werkschutzbulle war und ist?) wurden AKW-Gegner durch Namenslisten am Schwarzen Brett »anonym« denunziert (1978/79?)
Er war auf den Laden »Emmastraße« angesetzt, um die Rest-BI gegen AKWs, die Antimilitarismusgruppe u.a. auszuforschen.

Solltet ihr weitere Informationen über diese Type haben, so gebt bitte alles an die Anwälte der Betroffenen weiter:
Anwaltsbüro Conradis/Schwab
Wanheimerstr. 66, 41 Duisburg 1

Staatsschutztango im 129a - Takt

Völlig unerwartet fand in Göttingen am 7. November eine der größten Staatsschutzaktionen der letzten Zeit statt. In großem Rahmen (250-300 Beamte im Einsatz) stürmten im Morgengrauen spezielle Kommandos von Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt Wiesbaden und vom Landeskriminalamt Hannover in Göttingen 9 Wohnungen, in Marburg und Bleckede jeweils eine Wohnung. Als Begründung wurde den Bewohnern offenbart, daß die Durchsuchungen auf Grund des Verdachts ... der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angeordnet wurden (der Beschluß datierte drei Wochen zurück). Gegen mindestens dreizehn Leute ist ein Verfahren nach §§ 129 / 129a eröffnet worden. Verhaftet wurde indes niemand.

Anlaß für die Verfahren sind laut Ermittlungsbeschluß Ereignisse, die mehr als drei Jahre zurückliegen. Im Jahre 1981 wurden in Göttingen mehrere Brandanschläge auf Gebäude der Universität, die Stadthalle, das SPD-Büro und auf eine Filiale der »Deutschen Bank« verübt.

Diese Anschläge erfolgten zeitgleich mit der Besetzung der »Inneren Medizin« in der letzten Hochzeit der Göttinger Hausbesetzungen. Sämtlichen Beschuldigten wird u.a. vorgeworfen, im Jahre 1981 Bewohner der »Inneren Medizin« gewesen zu sein und dem sogenannten harten Kern angehört zu haben.

Schon damals fand in dem besetzten Haus eine großangelegte Razzia statt und den Bewohnern/innen wurde sämtlich mit Verfahren nach § 129a gedroht, bis zum 7. November dieses Jahres allerdings nicht realisiert.

Zu dem Anschlag auf die »Deutsche Bank«, der im übrigen aus der Sicht der Täter/innen sehr erfolgreich verlief, bekannte sich damals eine Gruppe »Feurige Ratten«. Ziel der Durchsuchungen (laut dem leitenden Oberstaatsanwalt aus Celle) war »...die Urheber der Bekennerbriefe zu ermitteln.«

Diese Begründung erscheint allerdings mehr als konstruiert - nach mehr als drei Jahren geben sie vor, das finden zu wollen, was sie damals nicht finden konnten.

Doch so unsinnig, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mochte, ist diese ganze Aktion nicht, dazu ist alleine schon der Maßstab ein paar Nummern zu groß angelegt, und zu gut mit den verschiedenen höchsten Schnüffelbehörden koordiniert.

Praktisches Ergebnis für die Bullen ist die Überprüfung von mehr als 30 Personen, ED-Behandlung von 13 Personen und die kistenweise Beschlagnahme von »Beweismaterial« (ausgelatschte Turnschuhe, alte Lappen, die »Berkennerschreibmaschine«, kiloweise persönliche Aufzeichnungen, Briefe, Telefon- und Notizbücher).

Begründet (wenn mensch das so nennen kann) werden die Verfahren allein durch drei Aspekte. Neben dem Wohnen in der »Inneren Medizin« folgendes: »Planung und Vorbereitung der genannten Straftaten gingen den Ermittlungen zufolge von den 'RAF-Mädchen' - den weiblichen Beschuldigten dieses Verfahrens - aus. Ausführende waren in wechselnder Beteiligung die männlichen Beschuldigten..«

Welche Ermittlungen das sein sollen, wird nicht gesagt.

»Gestützt« wird die Vermutung des Terrorismus-Zusammenhangs damit, daß mehrere Beschuldigte in Kontakt zu inhaftierten RAF - »Terroristen« stehen.

Alleine durch diese drei Aspekte wird dieses Verfahren begründet.

Da tritt so richtig die Bullenmentalität nach § 129a ans Tageslicht: Beweise haben wir keine, also müssen wir etwas konstruieren. Gedacht - getan: die Leute haben in einem besetzten Haus gewohnt, aus dem eine Politik kam, die uns und unseren Bossen überhaupt nicht paßte, zudem schreiben die sich auch noch mit inhaftierten Terrorisdten im Iso-Trakt -dann sind sie selber auch zu solchen Terrortaten fähig. Da ist es auch völlig egal, ob die Leute heute noch in politischen oder persönlichen Kontakten zueinander stehen - das unterstellen wir einfach mal.

Neu ist diese Linie bei weitem nicht. Die letzten Jahre sind gespickt mit solchen Konstrukten. Überall da, wo es um Unterdrückung und Zerschlagung politischer Gesinnung geht, wo es darum geht, Einblick in die inneren Strukturen der für den Stattsschutz so undurchsichtigen linken Lebenszusammenhänge zu gewinnen, und wo es darum geht, Unsicherheit und Verwirrung und Mißtrauen untereinander zu schaffen, dort wurde dieser § 129a mit seinem Horrorstrafmaß angewendet, egal, ob es später zu Verurteilungen kam oder nicht. Das ist auch gar nicht der ausschließliche Sinn dieses Paragraphen.

Ein paar Ereignisse aus jüngster Zeit sollen hier deutlich machen, um was es bei diesem Instrument staatlicher Gesinnungsjustiz geht (eine ausführliche Darstellung des § 129a findet mensch im AtomExpress 34, Mai '83).

Neben den vielen Verfahren gegen linke Zeitungen, gegen die Unterstützer/innen der Hungerstreiks der RAF-Gefangenen, gegen die spogenannte »legale RAF« und gegen das sogenannte »illegale Infosystem« erinnert diese Staatsschutzaktion besonders an zwei andere Ereignisse der jüngsten Vergangenheit, wo versucht wurde, die für diesen Staat noch immer undurchsichtige autonome politische Szene trocken zu legen.

In Wuppertal lief seit Juni 1982 ein Verfahren gegen 11 Leute wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Frank John saß deshalb über ein Jahr in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wurde dieser angeblichen »Gruppe« die Verantwortlichkeit für sämtliche Farb-, Sprüh- und Brandanschlägen der damaligen Zeit in Wuppertal. Die Personen dieser »Gruppe« wurden absolut willkürlich zusammenkonstruiert. Vor etwa zwei Monaten ist das Verfahren sang- und klanglos eingestellt worden. Effekt der Aktion: Einblick in die linken Strukturen, Einschüchterung und Aufreiben der linken Szene ausschließlich an Prozeßarbeit.

Ein anderes Beispiel ist Rüsselsheim: dort wurden im Dezember '83 überfallartig 8 Wohnungen, eine Garage und eine alternative Werkstatt durchsucht und 9 Personen festgenommen. 4 der Festgenommenen saßen danach monatelang in Untersuchungshaft. Vorgeworfen wurde ihnen die Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung., die Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen sowie die Werbung für die RAF. Nach über 6 Monaten U-Haft waren alle wieder frei, von den ursprünglichen Vorwürfen ist nur wenig übrig geblieben. Resultat: in etwa dasselbe wie in Wuppertal.

Dieselben Aspekte dürften auch in Göttingen die Triebfedern gewesen sein: eine für die Staatsschützer nicht faßbare Szene durchsichtig zu machen, Lebenszusammenhänge linker Personen zu analysieren und danach zu verdaten, Mißtrauen streuen und die linke Szene sich an etwas von oben Aufgesetztem aufreiben zu lassen.

Ein weiterer Aspekt ist aber auch wieder die verzweifelte Suche der Bullen nach den »sagenhaften« Revolutionären Zellen (RZs), wo sie in den ganzen Jahren nicht einen Schritt weiter gekommen sind.

Da suchen sie verzweifelt nach jedem Anhaltspunkt, um diese in ihre Computer einzuspeisen. Und dann hoffen sie darauf, daß der Computer irgendwann einmal ein fertiges Bild abliefert.

Bonn will die Europäische Atomstreitmacht

Einiges ist in Bewegung gekommen.
Im Juni 1984 wurden die letzten konventionellen Aufrüstungsverbote für die Bundesrepublik vom Ministerrat der „Westeuropäischen Union" (WEU) aufgehoben. Dies war der Auftakt für die Wiederbelebung der WEU als „europäischer Pfeiler der NATO". Ziel ist die Umwandlung Westeuropas in eine militärische Supermacht.
Zeitgleich bringen Bonner Wendepolitiker erneut den (Alp)Traum von der deutschen Mitwirkung in einer europäischen Atomstreitmacht in die Diskussion. Und zeitgleich laufen alle Vorbereitungen, um das Spitzenprodukt deutsch-französischer-italienischer Nuklearforschung zur Entfaltung zu bringen. Gemeint ist der Schnelle Brüter Superphenix im französischen Malville, der jährlich 300 kg Atomwaffenplutonium für die Verteidigung Westeuropas erbrüten soll. (vgl. Atom 11/84)
Immer interessanter scheint somit ein Projekt zu werden, um dessen Rettung alle Bonner Parteien im Zusammenhang mit der Atomwaffensperrvertrag-Kontroverse der 60er und 70er Jahre bemüht waren: die „Europäische Option", die Option also auf eine Atommacht BRD im Rahmen eines militärisch kooperierenden Westeuropas. Hiervon handelt der 3. und letzte Teil der Artikelserie über die Atomwaffensperrvertrag-Debatte in der BRD.
Teil 1 dieses Artikels (Atommüllzeitung Nr. 26) beschrieb den Widerstand der „Großen Koalition" unter Kiesinger/Brandt gegen den Sperrvertrag und die zahlreichen Schlupflöcher, die darin eingebaut werden konnten.
Teil 2 (AZ Nr. 27) behandelte den BRD-Widerstand gegen internationale Kontrollen zur Überprüfung ihres ‚friedlichen' Atomprogramms. Beide Ausgaben sind noch über die Redaktionsadresse (s. Impressum) erhältlich.

Abschuß der französischen Atomrakete „Pluton"

Todenhöfer (CDU):

Mitverfügung über Pershing II und Cruise Missiles

Jürgen Todenhöfer, abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist heute der Politiker, der sich am vehementesten für eine europäische Atomstreitmacht einsetzt. Sein letzter Ansatz hierzu erschien in großer Aufmachung in der September 84-Ausgabe der "Europäischen Wehrkunde", einer Zeitschrift, die von der Führungsakademie der Bundeswehr herausgegeben wird und als d a s Zentralorgan im Offizierskorps der Bundeswehr Einfluß besitzt. Todenhöfer-Originalton : *"Wer Europa wirklich will, muß bereit sein, auch in der Kernwaffenpolitik neue Entwicklungen in Gang zu setzen... Der europäische Einigungsprozess würde auf halbem Wege stehen bleiben, wenn die Fragen nuklearer Sicherheit weiterhin ausgeklammert bleiben". Schon allein durch die britischen und französischen Atomwaffen, deren Gefechtsköpfe "von heute 162 auf über 1200 zu Beginn der 90er Jahre steigen" entstehe "ein Nuklearwaffenarsenal von bedeutender strategischer Flexibilität, das zu einer Verschiebung der Ost-West-Kräfteverteilung führt und keineswegs mehr noch als letzte nationale Notwehrwaffe dargestellt werden kann...' Das endgültige Übergewicht bis hin zur Angriffsfähigkeit ergibt sich, wenn das US-Mittelstreckenpotential in Westeuropa hinzugezogen wird, das bis "Ende der 80er Jahre auf 572 Pershing II und Cruise-Missiles anwachsen" soll :*

„Die in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen, insbesondere die Mittelstreckenflugkörper, wären als Eckstein in eine europäische Nuklearstreitmacht aufzunehmen. Die europäische Atomstreitmacht bestünde daher nicht nur aus den Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens, sondern auch aus den in Europa stationierten amerikanischen Atomwaffen."

Konkret schlägt Todenhöfer vor, die genannten Atomwaffenarsenale zusammenzulegen, und einen "europäischen nuklearen Verteidigungsrat" zu bilden, in dem alle europäischen NATO- Mitglieder und die USA Sitz und Stimme hätten : *"Ob im Nuklearen Verteidigungsrat das Prinzip der Einstimmigkeit gelten soll,oder ob Mehrheitsentscheidungen zulässig sind...wäre in den politischen Verhandlungen...festzulegen. Entscheidend ist, daß es in der Übergangsphase innerhalb des Nuklearen Verteidigungsrates zu einer angemessenen Mitwirkung der europäischen Nichtkernwaffenstaaten in der Ziel- und Einsatzplanung der französischen und britischen Nuklearwaffen, aber auch der amerikanischen Atomwaffen, soweit sie in Europa stationiert sind kommt."*

J. Todenhöfer, Richter a. D.

"Natürlich" will auch Todenhöfer die BRD nicht direkt atomar aufrüsten, sondern es geht ihmdarum,"daß Nuklearwaffen in Europa nicht gegen unsere Interessen eingesetzt werden"...,sondern in unserem Interesse, könnte hinzugefügt werden. Denn den Deutschen geht es nach Todenhöfer nicht um die Abwendung des nuklearen Brandes, sondern um "positive und negative Mitbestimmung".(Europäische Wehrkunde 9/84) Doch was ist mit dem Atomwaffensperrvertrag? Hatte die BRD nicht mit ihrer Unterzeichnung der Welt erklärt, auf den nuklearen Status verzichten zu wollen? Werfen wir den Blick zurück :

MLF

Die letzte CDU/CSU/FDP-Koalition vor der SPD-Machtbeteiligung regierte von 1963-64 und scheiterte u.a. an dem Projekt, an das sich Todenhöfer und CO. heute gern erinnern : Die Multilaterale Atomstreitmacht (MLF). Diese sollte aus 25 Kriegsschiffen mit je 8 Polaris-Raketen von der Sprengkraft von je 35 Hiroshima-Bomben und einer Reichweite von 4600 km bestehen. An der MLF sollten insbesondere die USA und die BRD, aber auch Frankreich und Großbritanien beteiligt sein. Die Begeisterung der letztgenannten für die MLF war jedoch begrenzt, zumal die BRD 40% der Kosten tragen und sich somit einen Mammutanteil an nuklearer Mitbestimmung sichern wollte. **1964 setzten sich auf dem Karlsruher SPD-Parteitag auch Willy Brandt und Helmut Schmidt "vorbehaltlos" für eine MLF ein.** 1965 drohte Außenminister Schröder gar mit dem **"Erwerb eigener Atomwaffen"**, falls das MLF nicht zustande käme. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 9.7.65)

Im gleichen Jahr begannen die Verhandlungen der Supermächte über den Atomwaffensperrvertrag. Es war der ultimative Druck der Sowjetunion, diese Verhandlungen bei Weiterverfolgen der MLF-Pläne platzen zu lassen, der die USA dazu veranlaßte, dieses Projekt endgültig fallen zu lassen.

Die Europäische Option

Für die BRD war die MFL damit noch lange nicht gestorben. Für Brandt, Aussenminister der Großen Koalition ('66-'69) war es das "Kernproblem" des NPT, "daß ein Atomsperrvertrag nicht eine europäische gemeinsame Atommacht versperren darf".(FAZ,3.1.67) Auf diesem Punkt bestand besonders massiv auch der damalige Finanzminister Strauß, dem (lt.FAZ v. 21.2.67) "niemand in Bonn" darin widersprach, "daß in der Tat eine europäische Verteidigungsgemeinschaft ohne gemeinsame atomare Bewaffnung keinen Sinn haben werde". Diese Stoßrichtung bestimmte fortan die Bonner NPI-Kontroverse, wenn auch die USA und die Sowjetunion in dieser Frage relativ stur blieben. Alles, was offiziell herausgeholt werden konnte, war eine offiziöse NPI-Interpretation der USA, wonach eine Europäische Atomstreitmacht nur dann vereinbar mit dem NPI sei, wenn zuvor ein in allen verteidigungspolitischen- und außenpolitischen Fragen einheitlich auftretender Bundesstaat geschaffen würde. Damit war zum Ärger Bonn's die legale

Voraussetzung für eine Europäische Atomstreitmacht relativ hoch geschraubt. Anläßlich der Unterzeichnung des NPI erweiterte die frischinstallierte erste sozialliberale Koalition die "Europäische Option" dahingehend, daß dann, wenn *"auf dem Gebiet der defensiven nuklearen Waffensysteme"* eine gemeinsame westeuropäische Verteidigung möglich erscheine, gemeinsam mit den USA *"eine im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages mögliche Lösung"* geprüft werden solle.
Auch bei der Ratifizierung dieses Vertrages 1974 spielte die "Europäische Option" eine wichtige Rolle. Zu diesem Zeitpunkt stimmten noch 100 CDU/-CSU-Parlamentarier gegen den Vertrag, da dieser "ein Werkzeug Moskaus" sei, "das sich gegen den europäischen Zusammenschluß zu einem notfalls atomar gerüstetem Staatswesen richtet". (A.Dregger,lt. NZZ, 15.2.74)
Zuvor hatte für die SPD ihr Sprecher Pawelczyk (heute Innensenator in Hamburg) zu verdeutlichen versucht, *"daß amerikanische Interpretationen zum Nichtverbreitungsvertrag nicht nur eine europäische, sondern eine atomare Kooperation auch unterhalb der Schwelle eines europäischen Bundesstaates"* zulassen. (NZZ, 22.2.74)
Der damalige FDP-Sprecher und heutige Bundes-Wirtschaftsminister Bangemann erklärte gar, daß eine Europäische Atomstreitmacht die Zahl der Atomwaffenstaaten vermindere und deshalb *"geradezu im Sinne dieses Vertrages"* liege ...! (Verhandlungen des Bundestages, 7. Wahlperiode, 81. Sitzung, S. 5282 f) Bemerkenswerterweise und in bewährter Tradition (s.o.) hatte unmittelbar vor dieser Bundestagsdebatte der CSU-Vorsitzende im bayerischen Landtag,Seidl, gefordert, die Ausrüstung der Bundeswehr für den Fall in Erwägung zu ziehen, daß es nicht in angemessener Frist zu einer europäischen Atomstreitmacht komme. Ein Jahr darauf erklärte innerhalb der WEU der SPD-Abgeordnete Sieglerschmidt, man müsse sich *"mit dem Gedanken befreunden, daß eine europäische Verteidigungskonzeption irgendwann einmal eine gemeinsame europäische Nuklearkonzeption beinhalten muß"*.(DS 7/3914) Vermutlich muß ebenfalls ein Großteil der in letzter Zeit erhobenen Forderungen "für eine gemeinsame europäische Armee" (Strauß) oder eine "größere sicherheitspolitische deutsch-französische Initiative, um ihre Streitkräfte eng miteinander zu verbinden" (Schmidt) als Chiffre für das Projekt einer europäischen Atomstreitmacht interpretiert werden. Die bisher unverblümteste Aufforderung, den diesbezüglich eng gefaßten Rahmen der NPI abzustreifen, leistete sich freilich CDU-Todenhöfer in der Europäischen Wehrkunde 9/84. Die völkerrechtlich verbindliche Erklärung der USA hierzu ("Interpretation Nr.6, s.o.) wird kurzum als "zu eng" abgetan. Stattdessen sollen nun *"Übergangsformen zu einer integrierten europäischen Atomstreitmacht als Katalysator für eine Einigung Europas möglich sein"*.

Zivile Atomprogramme als materielle Basis

Über die spezielle Bedeutung des Schnellen Brüter Superphenix als derzeitiges Kernstück einer westeuropäischen Atomstreitmacht haben wir in der letzten Ausgabe dieser Zeitung ausführlich berichtet. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Ausbau des Atomprogramms in der BRD, der westeuropäischen „zivilen" Nuklearkooperation und dem Projekt der „Europäischen Option"?
Diese Frage ist in zweierlei Hinsicht zu bejahen. Zum einen.
ist der Aufbau eines fortgeschrittenen und für Waffenzwecke nutzbaren Atomprogramms auch für die BRD ein Druckmittel, um aus der Furcht der Nachbarstaaten vor einem deutschen Alleingang diplomatisches Kapital in Sachen „nukleare Mitwirkung" zu schlagen. Zum anderen beweist der Blick in die jüngere Geschichte, daß die friedliche nukleare Zusammenarbeit insbesondere zwischen der BRD und Frankreich in erster Linie die Kosten für die eigentlichen,die militärischen Atomprogramme mildern sollte. Von Frankreich ist bekannt, daß bereits 1957 ein umfassendes militärisches Atomprogramm existiert hat, daß lediglich als „Fall–Out" ein ziviles Atomprogramm stimuliert hat. Die Militärs kannten die immens hohen Kosten einer Atomstreitmacht und sahen *„in den Plänen einer atomaren Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten, zumindest im zivilen Sektor, eine Möglichkeit, die erforderlichen Lasten zu verteilen und dennoch im militärischen Bereich die franz. Selbstständigkeit zu bewahren (...) Die atomare Organisation der westeuropäischen Staaten sollte das franz. Programm ergänzen und unterstützen."* (Kramer, S. 42) Bereits Ende 1960 erhielt das franz. Atomprogramm, das sich *„ seit Ende der fünfziger Jahren langfristig auf die Entwicklung eines leistungsfähigen Brutreaktors" konzentrierte, „durch den Beschluß, ein nationales militärisches Nuklearprogramm aufzubauen, einen enormen Auftrieb. (...) Die Gas–Graphit–Reaktoren sollten zusammen mit den geplanten fortschrittlichen Konverten vom Schwerwassertyp die ersten Brennstoffvorräte für die franz. Plutoniumbrüter liefern. Ausserdem ist Plutonium auch für die Herstellung von Atombomben geeignet, so daß die franz. Leistungsreaktoren einen, wenn auch geringen, Beitrag zum militärischen Programm leisten konnten. Somit wurde die Entwicklung der franz. Kernreaktoren weitgehend von nichtökonomischen Erwägungen bestimmt."*(Kramer, S. 79) Dies galt ganz besonders für die Schnellen Brüter. Weiter hinten berichtet Kramer: *„Die ständige Bereitschaft und Forderung der franz. Delegation, die Forschungstätigkeit der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) in den Bereichen der Schnellen Brutreaktoren und der Schwerwasser–Reaktoren zu intensivieren ... sollten jene Tätigkeiten vorrangig" fördern, „ die den eigenen nationalen Bemühungen komplementär waren."* (Kramer, S. 172)
Aber auch im Fall der BRD gibt es eindeutige Hinweise dafür, *„ daß spätestens seit der Ernennung von Strauß zum Verteidigungsminister, etwa im Oktober 1956, die Bundesregierung den Euratomvertrag schwerpunktmäßig unter dem Aspekt der militärischen Nutzung behandelte und die Möglichkeit erwog, auf der Sechser–Ebene in der Gemeinschaft oder national Atombomben herzustellen."* (Deubner, S. 67). Das bundesrepublikanische Interesse an einer Zusammenarbeit in Grenzbereichen militärischer Nuklearforschung spiegelt sich auch in einzelnen Formulierungen des Euratom–Vertrages wieder. In ihrem Entschliessungsanstrag zur Euratom–Gründung wies die SPD–Bundestagsfraktion auf *„die im Vertrag nicht ausgeschlossene Handhabe von spaltbaren Material für militärische Zwecke"* hin und plädierte dafür, daß *„ auf keinen Fall Material deutscher Herkunft oder Aufbereitung für militärische Zwecke Verwendung findet."* (zit. nach Berie'/Miller, S. 401,vgl.

„NIEMAND IN BONN WIDERSPRICHT STRAUSS DARIN, DASS EINE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT OHNE GEMEINSAME ATOMARE BEWAFFNUNG KEINEN SINN HABEN WERDE." (FAZ, 21.2.67)

„EINE EUROPÄISCHE ATOMSTREITMACHT WÄRE EINE BEDEUTSAME VERSTÄRKUNG DER EUROPÄISCHEN ABSCHRECKUNGSLANDSCHAFT. DAHER IST ES LEGITIM UND RICHTIG, SIE ALS ENDZIEL EUROPÄISCHER VERTEIDIGUNGSPOLITISCHER EINIGUNG ANZUSTREBEN." (MANFRED WÖRNER, 1976)

hierzu auch Atommüllzeitung Nr. 27).

Hinter den Kulissen allerdings hatte sich speziell das bundesdeutsche Verteidigungsminsterium bei der Vertragsformulierung dahingehend durchsetzen können, daß auch die unter Geheimhaltung stehenden, militärischen Atompatente unter das „Vergemeinschaftungsregime" der Euratom–Länder gestellt, d.h. untereinander ausgetauscht werden müssen. Und auch nur gegen den erklärten Willen der Bundesregierung konnte Frankreich durchsetzen, daß jene Stoffe aus der gemeinsamen Kontrolle auszunehmen sind, die für die Verteidigung bestimmt waren und sich in militärischen Anlagen befinden. (vgl. auch Kramer, S. 63, bzw. Artikel 84 des Vertrages, Berie'/Miller, S. 297). Allerdings scheiterten schon Ende der 50 er Jahre die von Strauß gehegten Erwartungen, Euratom als Transmissionsinstrument franz. Bombenentwicklungen für eine westdeutsche Nuklearbewaffnung nutzen zu können. Der Grund liegt auf der Hand. Frankreich dachte gar nicht daran, ausgerechnet den Deutschen Zugang zur Atombombe zu verschaffen. Ganz im Gegenteil sollte Euratom aus franz. Sicht die Kontrolle über die sich abzeichnende Konkurrenz der bundesdeutschen Industrie ebenso wie über mögliche Aktivitäten im militärischen Grenzbereich gewährleisten, um diese für die BRD auszuschließen. Eine Änderung der franz. Einstellung ist aber zumindest im „inoffiziellen" Frankreich derzeit nicht zu übersehen (s.u.). Das Vorhandensein einer sehr engen „zivilen" Nuklearkooperation bedeutet in diesem Zusammenhang , daß ganz allmählich und im Verborgenen die industrielle Infrastruktur für gemeinsame nukleare Militärprogramme auf ein hohes Niveau gebracht wird.

Auf dem Forschungssektor ist bereits seit 1977 geregelt, daß zwischen 1977 und 1997 sämtliche Erkenntnisse der französisch–deutschen Brüterforschung vollständig ausgetauscht werden. Allein zwischen 1977 und 1980 haben auf diesem Sektor 250 gemeinsame Expertengespräche stattgefunden und wurden über 1.500 Dokumentationen ausgetauscht. Alles was auf diesem Gebiet passiert unterliegt bemerkenswerterweise der Geheimhaltung. In einem offenen Brief des „Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten" an den damaligen Bundeskanzler Schmidt vom 20.7.1977 hieß es: „ *Eine solche Geheimhaltung stellt ein bisher nicht bekanntes Novum in der friedlichen Kernenergieentwicklung der staatlichen Forschungsbereiche der Bundesrepublik dar. Sie steht auch im Widerspruch zu den ständig wiederholten Erklärungen der Bundesregierung, daß die Kernenergieentwicklung in voller Offenheit ... betrieben werde. ... Der von der Bundesregierung befürwortete Geheimhaltungsdruck blockiert diesen öffentlichen Auftrag und bringt den einzelnen Wissenschaftler in Loyalitätskonflikte."*

Haben Todenhöfer und Co eine Chance?

Entscheidend ist für Todenhöfer der erste Schritt zur Europäischen Atomstreitmacht: Die Schaffung eines „Nuklearen Verteidigungsrates" und die „angemessene " Mitwirkung der BRD an der Ziel– und Einsatzplanung der französischen, britischen und amerikanischen Atomwaffen. Alle Welt weiß jedoch, daß die BRD bis zur vollen Verfügungsgewalt über Atomwaffen immer weitere Forderungen stellen würde. Der FAZ–Journalist Robert Held hat kürzlich zu Paper gebracht, was Allgemeingut innerhalb der herrschenden Kreise sein dürfte: *„Die Deutschen mögen die stärkste konventionelle Armee Westeuropas haben, doch der grundsätzliche nichtnukleare Charakter ihrer Rüstung macht sie leider auch fast hilflos gegen die Privilegien, die Atommächte haben, und seien es die besten Freunde".* Deutsche Atomwaffen im Zusammenhang mit der immer noch angeblich offenen „deutschen Frage" würden aber für die BRD–Verbündeten ein großes Risiko beinhalten. Reserveoffizier Koller hatte im Zusammenhang mit seiner Forderung nach „deutschen Atomwaffen" in der Europäischen Wehrkunde 1/84 (vgl. Atommüllzeitung Nr. 27) dieses Risiko – unfreiwillig – auf den Punkt gebracht: **„Ein Deutschland im Besitz atomarer Waffen würde es Frankreich und England unmöglich machen, der Entwicklung auf dem Kriegsschauplatz einige Zeit zuzusehen und ihre nuklearen Waffen zurückzuhalten..." Und „wegen des Kopplungseffekts" könnten in so einem Fall „auch die USA nuklear nicht abseits stehen."**

Eine atombewaffnete BRD könnte also damit drohen – und das ist der

Atommacht Westeuropa

Die Resolutionen der Nordatlantischen Versammlung sind alle dermaßen NATO-durchgeistigt, daß es von den politischen Positionen der Grünen her gar keinen Sinn macht, sich an irgendwelchen Änderungsdebatten und Änderungsabstimmungen zu beteiligen. Der zuständige Arbeitskreis der Grünen-Bundestagsfraktion hat deswegen beschlossen, die Nichtübereinstimmung auch mit den sogenannten „kleineren Übeln" der NATO durch eine völlige Ablehnung der Abstimmungsmittäterschaft zum Ausdruck zu bringen.

Auf der 30. NAA hat es eine Ausnahme davon gegeben: im Zusammenhang einer vorliegenden Resolution zur Bekräftigung der westeuropäischen Zusammenarbeit in der NATO, habe ich einen Antrag gestellt, daß die Versammlung bekräftigen soll, *„daß die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nicht unterlaufen werden darf, auch nicht durch den Aufbau von integrierten Streitkräften, die Nichtatomwaffenstaaten eine Mitverfügung oder einen Mitbesitz über Atomwaffen geben würde".*

Nachdem der demokratische US-Kongreßabgeordnete Dicks erklärte, der Text sei in dieser Aussage „unklar" und würde auf jeden Fall eine „einseitige" Maßnahme darstellen, wohingegen die NATO immer für gegenseitige Rüstungskontrollmaßnahmen sei; nachdem der niederländische Christdemokrat Ton Frinking in diesem Text eine „Ablehnung des Zweischlüssel-Systems" für in Westeuropa stationierte US-Kurzstreckenraketen, auf jeden Fall aber „keine Lösung" in Bezug auf die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen erblickte: nachdem der britische Labour-Abgeordnete Bruce George diese Feststellung im Zusammenhang der übrigen Resolutionen über „Europäische Sicherheitszusammenarbeit" einfach „nicht passend" fand, wurde dieser Antrag mit 68 Gegenstimmen, bei 26 Fürstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt. ...

Man muß es so sagen: Die Nordatlantische Versammlung hat sich *geweigert*, den Spekulationen und Ambitionen einiger Kreise auf eine „europäisierte" Atomstreitmacht ein klares Nein entgegenzusetzen. Wörner, Dregger, Mertes, Todenhöfer, und nicht zuletzt Strauß, die ihre Gedanken immer mal wieder öffentlich in diese Richtung vorfühlen lassen, werden zufrieden sein.

Jürgen Reents

TAZ vom 4.12.84

Aus dem wilden europäischen Westen: Falschspieler und Revolverheld (Wörner und sein franz. Kollege Hernu) *Foto: F. Darchinger*

Kern der ganzen Angelegenheit – einen Atomkrieg auszulösen, in den es auch seine Verbündeten mit hineinreißt, ob es ihnen paßt oder nicht. Aus der Sicht Frankreichs und Großbritaninens wäre insofern die „Europäische Option" nur als „kleineres Übel" zu akzeptieren – zur Einbindung und Kontrolle einer ansonsten unberechenbaren BRD.

Genau unter diesem Aspekt versuchen aber schon heute die Befürworter der deutschen Atombewaffnung die Friedensbewegung und die von ihr ausgelösten Debatten zu einem außenpolitischen Aktivposten der Bundesregierung umzufunktionieren. Demnach sollen die BRD–Verbündeten mit der Alternative konfrontiert werden, zu wählen zwischen einer fest in die NATO integrierten BRD – wofür der Preis letzlich in der Überlassung oder Mitbestimmung von Atomwaffen bestehen müsste – oder einem Zustand, bei dem die BRD immer mehr zu einem unsicheren, abdriftenden, mit Neutralitätsspekulationen und Ähnlichem kokettierenden Partner werden könnte. (Todenhöfer: *„In der Bundesrepublik Deutschland wächst die Verstimmung darüber, daß unsere nationale Sicherheit, soweit sie von Nuklearwaffen abhängt, noch immer fast völlig unserer eigenen Verantwortung entzogen ist.")*

In diesem Zusammenhang ist es für die FAZ „fazinierend", für uns aber äußerst beunruhigend, wenn inzwischen 52 % der Franzosen für eine „Europäische Verteidigung" unter Einschluß der Force de Frappe" sind und seit Monaten das Andre Glucksmann Buch „La force du vertige" (Die Anziehungskraft des Abgrunds") auf den Bestsellerlisten steht, worin eine atomare Rüstung der BRD im Rahmen einer europäischen Verteidigung gefordert wird. (vgl. FAZ v. 9.3.84; siehe hierzu auch den nebenstehenden Kasten „Atommacht Westeuropa..).

Es liegt auf der Hand, daß derzeit die Aufhebung der WEU–Rüstungsbeschränkungen für die BRD – d.h. die Möglichkeit, einene Langstreckenbomber zu produzieren, in Verbindung mit dem Ausbau der bundesdeutschen Plutoniumwirtschaft ein erhebliches Druckmittel zugunsten der „Europäischen Option" darstellt. In der neuen Broschüre über das Hanauer Atomzentrum hat Robert Jungk die Frage nach dem eigentlichen Grund für den Ausbau von NUKEM und ALKEM so beantwortet: *„Indem die Deutschen die ALKEM vergrößern, wollen sie einen Druck auf die Franzosen ausüben nach dem Motto: wir können uns unter Umständen auch selbstständig machen. ... Entweder wird das eine deutsch–französische, also europäische Bombe, oder eine deutsche."*

Der Atomwaffensperrvertrag mit seinen Schlupflöchern und Pseudokontrollen wird jedenfalls die Herren in Bonn nicht davon abhalten, die „Europäische Atomstreitmacht" auf der Tagesordnung zu belassen. Dieser Vertrag hat sich sogar insofern kontraproduktiv ausgewirkt, als durch seine Unterzeichnung das trügerische Vertrauen in die Trennbarkeit von ziviler und militärischer Atomtechnik aufgebaut und der berechtigte Argwohn beseitigt wurde, mit dem noch vor 1969 (auch international) die Atomaktivitäten der BRD verfolgt wurden.

Für die derzeitige Bundesregierung ist der Sperrvertrag heute in erster Linie eine nützliche Atrappe hinter der sich geheime und halböffentliche Nuklearaktivitäten vortrefflich verstecken lassen. Erst in zweiter Linie ist er ein Problem bei der Verwirklichung der eigenen nuklearen Option.

„DIE IN EUROPA STATIONIERTEN AMERIKANISCHEN MITTELSTRECKENFLUGKÖRPER WÄREN ALS ECKSTEIN IN EINE EUROPÄISCHE NUKLEARSTREITMACHT AUFZUNEHMEN." (CDU-TODENHÖFER IN „EUROPÄISCHE WEHRKUNDE" 9/84)

Quellen:
Kramer, H., Nuklearpolitik in Westeuropa und die Forschungspolitik der Euratom, Köln '76

Deubner, C., Die Atompolitik der westdeutschen Industrie und die Gründung der Eurotom, New York, 1977

Berie/Miller, Gemeinsamer Markt und Euratom, Herne- Berlin 1959

Zusammenfassende Darstellung in: "Die politischen Kontroversen in der BRD um den Atomwaffensperrvertrag in den Jahren 1966 bis 74" (v. M. Küntzel), 100 Seiten, erhältlich für 12,- DM über Redaktionsadresse Atommüllzeitung.

Nicaragua vor der Invasion?

Unmittelbar nach der Wiederwahl Reagans hat die US-Regierung den militärischen und politischen Druck auf Nicaragua erneut verstärkt. Die 82. Luftlandedivision, die vor mehr als einem Jahr Grenada überfiel, wurde nach Honduras verlegt; US-Kriegsschiffe drangen in nicaraguanische Hoheitsgewässer ein; mehr als 15.000 Marines tummelten sich bei Manövern vor den mittelamerikanischen Küsten und über Wochen hinweg überflog jeden Tag ein US-Spionageflugzeug die Hauptstadt Managua.
Wenn es in dieser äußerst angespannten Lage wiederum nicht zu einer offenen Intervention gekommen ist, so liegt das vor allem in der Entschlossenheit des nicaraguanischen Volkes begründet, den Invasoren erbitterten Widerstand entgegenzusetzen. »Es ist besser, der Kaffee kommt um als die Revolution.« Unter dieser Parole wurden in den Tagen der dramatischen Zuspitzung alle regulären und Reserve-Einheiten des sandinistischen Heeres in Alarmbereitschaft versetzt, wurden mehr als 20.000 Jugendliche und Studenten, die sich auf einen mehrwöchigen Ernteeinsatz in den Kaffeefeldern vorbereitet hatten, zur Verteidigung der Hauptstadt zusammengezogen, wurden zehntausende von Gewehren an die Bevölkerung verteilt, wurden die Straßen aufgerissen und Unterstände gebaut.
Ein zweiter Faktor, der den drohenden Einmarsch der USA bis jetzt verhindert hat, ist das überaus geschickte Agieren der nicaraguanischen Regierung auf internationalem, diplomatischem Parkett - Sondersitzungen des Weltsicherheitsrates, die Klage gegen die Verminung der Häfen vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag, das einseitige Unterzeichnen des Contadora-Friedensplanes sowie eine Bündnispolitik, welche die Sozialistische Internationale und westliche »Demokratien« offensiv einbezieht, umreißen diese Politik nur schlaglichtartig.
Schließlich hat, wenn sicherlich nur zu einem vergleichsweise geringen Teil, auch die internationale Solidarität dazu beigetragen, den USA ein direktes Eingreifen nicht ratsam erscheinen zu lassen.
Dennoch ist klar, daß die Invasion Nicaraguas trotz all dem Wirklichkeit werden kann, daß die Demonstration von Verteidigungsbereitschaft, daß diplomatische Aktivitäten und daß die politische und materielle Unterstützung durch andere Länder, durch Parteien und Solidaritätsbewegungen nicht ausreichen, um eine massive militärische Aggression der US-Army zu verhindern.
Falls es dazu kommt - was mit allen Kräften versucht werden muß zu vermeiden -, falls es dazu kommt, rufen viele Organisationen und Initiativen zu massenhaften und vielfältigen Protestaktionen auf. Wir schließen uns diesen Aufrufen an und raten, frühzeitig mit den örtlichen Mittelamerika-Komitees oder Solidaritätsgruppen Kontakt aufzunehmen oder euch an das zentrale Wuppertaler Info-Büro zu wenden, das bestrebt ist, alle Aktionen zu koordinieren.

Informationsbüro Nicaragua
Katernberger Schulweg 123
56 Wuppertal 1
Tel. 0202/760527

NO PASARAN - SIE KOMMEN NICHT DURCH !

Foto: Sabine Rosenbladt »Die Soldaten müssen an die Front«

Sturm auf den Weltwirtschaftsgipfel?

Auf der Bundeskonferenz in Braunschweig wurde auch eine Arbeitsgruppe zum Weltwirtschaftsgipfel eingerichtet; besser: zur Frage, was wir und andere gegen diesen Weltwirtschaftsgipfel, der im Frühjahr 1985 in Bonn stattfindet, unternehmen können. Ergebnis dieser AG war die nebenstehend abgedruckte »Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD«, die dem BuKo-Plenum am Sonntag vorgelegt und mit vergleichsweise großer Begeisterung verabschiedet wurde. Eine inhaltliche Diskussion fand nicht mehr statt, die weitere Planung wurde zunächst in die Hände der Arbeitsgruppe gelegt.
Inzwischen ist die Einladung an eine Reihe von Initiativen und Gruppen verschickt worden. Die Idee, den Weltwirtschaftsgipfel zum Anlaß für Aktionen aller betroffenen Widerstandsbewegungen zu nehmen, stößt fast überall auf Zustimmung. Ein erster, über die in der Einladung genannten Punkte hinausgehender Vorschlag ist, die zentrale Veranstaltung in ein mehrtägiges Tribunal umzufunktionieren, wobei jeder Tag unter einem bestimmten Schwerpunkt stehen könnte: Imperialismus und Krieg, Imperialismus und Hunger, Imperialismus und Unterdrückung, Imperialismus und Umweltzerstörung ... Vielleicht können betroffene Ausländer und Vertreter von im Befreiungskampf stehenden Völkern als Referenten oder, um im Bild zu bleiben, als Zeugen für dieses Tribunal gewonnen werden.
Aber, wie gesagt, bisher handelt es sich lediglich um Vorschläge. Insbesondere die Frage der zentralen Demonstration - welcher Ort, welcher Charakter, welche Inhalte, welcher Aufruf - wird sicherlich noch für lebhafte und (hoffentlich!) kontroverse Auseinandersetzungen sorgen.
Für umso wichtiger halten wir es zum gegenwärtigen Zeitpunkt, die Einladung zu der Konferenz am 9. Februar in Göttingen zu verbreiten, was selbstredend ja mit der Aufforderung zu Diskussionen, Vorschlägen und Initiativen, welche dem Zustandekommen von Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel dienlich sind, verbunden ist. In diesem Sinne fordern wir Euch auf, den Aufruf zu der Konferenz zu unterstützen und weiterzuverbreiten, über die genannten und andere Vorschläge zu diskutieren und eventuelle Diskussionsergebnisse zu veröffentlichen, bzw. an eine der genannten Kontaktadressen zu senden.

Als zusätzliche Adresse fungiert vorläufig noch das Büro der Akternativ-Grünen-Initiativen-Liste in Göttingen:
AGIL, Neues Rathaus, 34 Göttingen, Tel. 0551/40020875

Wenn die Totengräber der Zivilisation zusammenkommen, dann muß man ihnen die Schaufeln aus der Hand schlagen!

WIR STÜRMEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL

Eine Einladung an alle politischen und sozialen Bewegungen in der BRD

Vom 2. - 5. Mai '85 findet in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt. Für eine halbe Woche spielt die Bundesregierung den Gastgeber für die Staats- und Ministerpräsidenten aus den EG-Ländern, aus den USA, aus Kanada und Japan sowie deren Fachminister und Beraterstäbe.

Diese Zusammenkunft der Reagan, Thatcher, Kohl & Co. fordert Protest und Widerstand geradezu heraus - unabhängig davon, ob bei diesem mit großem Pomp und Presserummel in Szene gesetzten Gipfeltreffen nun Beschlüsse gefaßt werden oder nicht. Umweltzerstörung, Ausbeutung sowohl von Menschen als auch von Rohstoffen, Unterdrückung, Sozialabbau, Kriegsvorbereitungen und auch das Führen von Kriegen in der 3. Welt kennzeichnen die gegenwärtige Politik der führenden imperialistischen Mächte und ihrer Repräsentanten. Traditionelle Arbeitsfelder der Anti-AKW-Bewegung - Atomexporte, Uranabbau, internationale Atomtransporte u.a.m. - sind dabei nur ein, wenn auch wesentlicher, Aspekt.

Der Weltwirtschaftsgipfel betrifft alle Menschen in allen Ländern der Welt. Den Widrstand dagegen zu organisieren fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich einer bestimmten Bewegung. Die Anti-AKW-Bewegung hat auf ihrer Bundeskonferenz in Braunschweig die Initiative zu Auseinandersetzungen mit und zu Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel ergriffen.

Die Anti-AKW-Bewegung wendet sich daher an alle Menschen und politischen wie sozialen bewegungen in der BRD, an alle Initiativen und Gruppen, die gegen Unterdrückung, Umweltvernichtung, Ausbeutung und Kriegstreiberei sind, darüber zu beraten, was wir dr konzentrierten Macht des internationalen Kapitals und der herrschenden Politik - denn das ist der Weltwirtschaftsgipfel - an Widerstand entgegensetzen können.

Die Anti-AKW-Bewegung lädt zu einer bundesweiten Konferenz im Februar ein, um über die folgenden und andere Vorschläge zu diskutieren und - wenn möglich - zu entscheiden:

- In der Woche des Weltwirtschaftsgipfels finden in vielen Städten regionale Veranstaltungen statt, auf denen sich inhaltlich mit der herrschenden (Wirtschafts-)Politik und dem sie betreibenden und verantwortenden System auseinandergesetzt werden soll.
- Am Vorabend einer zentralen Widerstandsaktion findet ein großes Tribunal statt, auf der Betroffene über die Auswirkungen imperialistischer Politik (Bergarbeiter in Großbritannien, Vertreter aus Mittelamerika u.a.) zu Wort kommen sollen.
- Den aktionsmäßigen Höhepunkt bildet am 4. Mai '85 eine Großdemonstration am Ort des Weltwirtschaftsgipfels, in Bonn, die einen anderen und kämpferischeren Charakter als die traditionellen Friedensaufläufe haben und mit der unsere Solidarität mit den internationalen Befreiungskämpfen ausgedrückt werden soll.

Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung, Braunschweig, 25.11.84

BUNDESWEITE KONFERENZ GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL
SAMSTAG, 9. FEBRUAR 1985, GÖTTINGEN.
BEGINN: 11.00 UHR. DER ORT WIRD NOCH BEKANNTGEGEBEN.

ORGANISATORISCHES VORBEREITUNGSTREFFEN
SAMSTAG, 12. JANUAR, MÜNSTER.
BEGINN: 12.00 UHR, ORT: UMWELTZENTRUM, SCHARNHORSTSTR. 57

Kontaktadressen:

1. Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945, 34 Göttingen, Tel: 0551/7700158 Mo + Mi 20-22 Uhr

2. Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 44 Münster, Tel: 0251/511112

Erste Reaktion aus der unabhängigen Friedensbewegung

'WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL - AUF NACH BONN!

Vom 2.-5. Mai findet in Bonn der Weltwirtschaftsgipfel statt - das ist der Gipfel! Nachdem er zur Normandie-Fete nicht eingeladen war, will uns Helmut jetzt endlich als glücklicher Besiegter unter strahlenden Siegern stehen. Und das dürfen wir keinesfalls verpassen - da müssen wir hin!

Deshalb plädiere ich für massenhaftes Erscheinen aller Unabhängigen/Autonomen in Bonn!
Obwohl
- es zur Zeit keinen Bock auf Großaktionen zu geben scheint;
- wir uns wieder das Datum und den Ort vom Gegner vorschreiben lassen müssen;
- wir in den Aktionsformen recht eingeschränkt sind.
Aber da hilft alles nix - hin müssen wir. Eine so ausgesucht delikate Sauerei ist da zusammengekocht worden, daß uns schon keine Wahl mehr bleibt. An Provokationen kommt da so manches zusammen:
Genau 40 Jahre nach Kriegsende!
30. Geburtstag der NATO!
Weltwirtschaftsgipfel!
Ronnie Reagan!
Das Gesagte halte ich für schwerwiegend genug, um den Laden BUF (Bundeskongreß unabhängiger Friedensgruppen, d. Red.) noch mal wieder voll in Schwung zu bringen, denn wenn diese Klöpse uns nicht hinter dem Ofen vorlocken, dann ist die Zeit für Nachrufe reif. Nur - was tun?

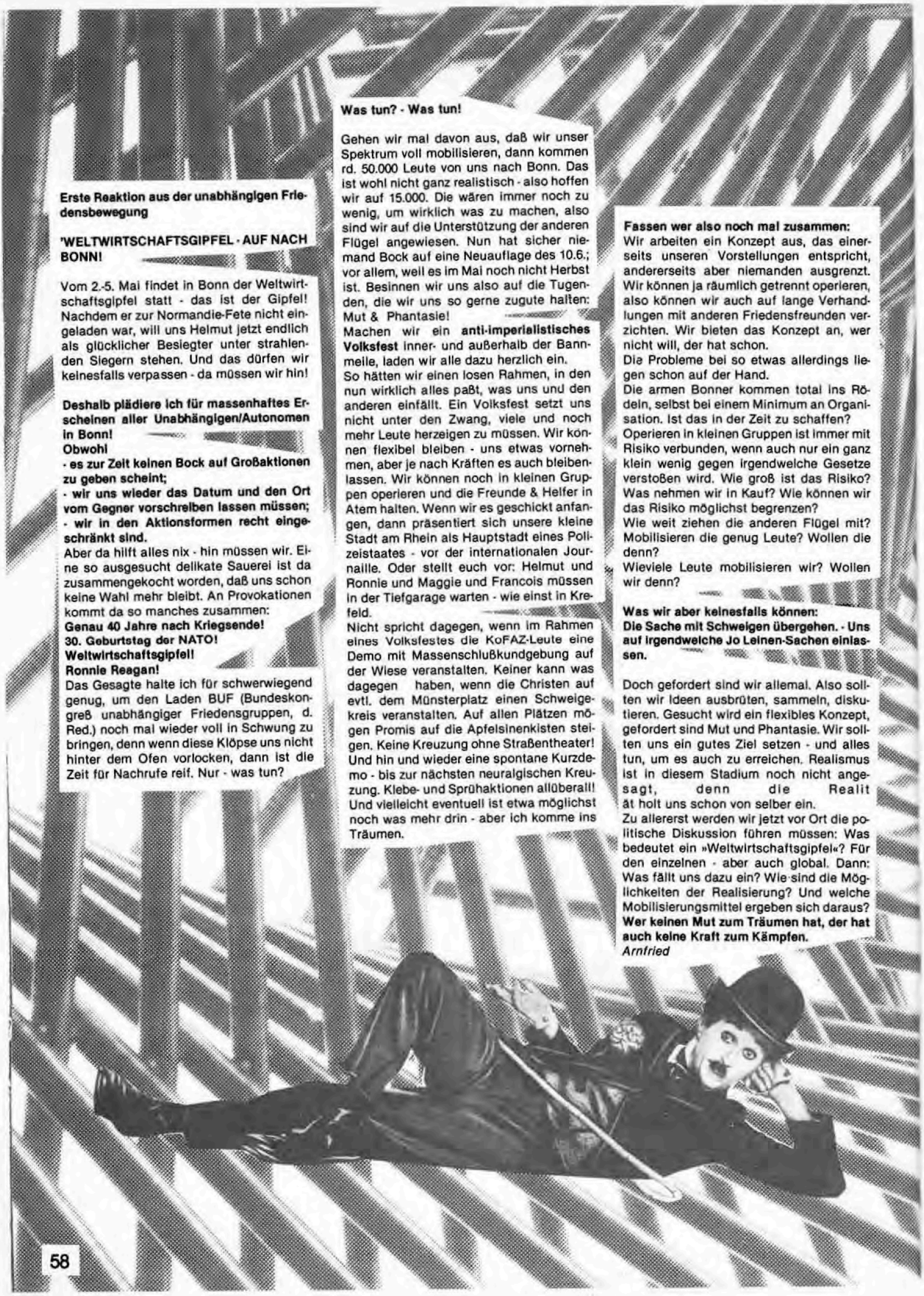
Was tun? - Was tun!

Gehen wir mal davon aus, daß wir unser Spektrum voll mobilisieren, dann kommen rd. 50.000 Leute von uns nach Bonn. Das ist wohl nicht ganz realistisch - also hoffen wir auf 15.000. Die wären immer noch zu wenig, um wirklich was zu machen, also sind wir auf die Unterstützung der anderen Flügel angewiesen. Nun hat sicher niemand Bock auf eine Neuauflage des 10.6.; vor allem, weil es im Mai noch nicht Herbst ist. Besinnen wir uns also auf die Tugenden, die wir uns so gerne zugute halten: Mut & Phantasie!
Machen wir ein **anti-imperialistisches Volksfest** inner- und außerhalb der Bannmeile, laden wir alle dazu herzlich ein.
So hätten wir einen losen Rahmen, in den nun wirklich alles paßt, was uns und den anderen einfällt. Ein Volksfest setzt uns nicht unter den Zwang, viele und noch mehr Leute herzeigen zu müssen. Wir können flexibel bleiben - uns etwas vornehmen, aber je nach Kräften es auch bleibenlassen. Wir können noch in kleinen Gruppen operieren und die Freunde & Helfer in Atem halten. Wenn wir es geschickt anfangen, dann präsentiert sich unsere kleine Stadt am Rhein als Hauptstadt eines Polizeistaates - vor der internationalen Journaille. Oder stellt euch vor: Helmut und Ronnie und Maggie und Francois müssen in der Tiefgarage warten - wie einst in Krefeld.
Nicht spricht dagegen, wenn im Rahmen eines Volksfestes die KoFAZ-Leute eine Demo mit Massenschlußkundgebung auf der Wiese veranstalten. Keiner kann was dagegen haben, wenn die Christen auf evtl. dem Münsterplatz einen Schweigekreis veranstalten. Auf allen Plätzen mögen Promis auf die Apfelsinenkisten steigen. Keine Kreuzung ohne Straßentheater! Und hin und wieder eine spontane Kurzdemo - bis zur nächsten neuralgischen Kreuzung. Klebe- und Sprühaktionen allüberall! Und vielleicht eventuell ist etwa möglichst noch was mehr drin - aber ich komme ins Träumen.

Fassen wer also noch mal zusammen:
Wir arbeiten ein Konzept aus, das einerseits unseren Vorstellungen entspricht, andererseits aber niemanden ausgrenzt. Wir können ja räumlich getrennt operieren, also können wir auch auf lange Verhandlungen mit anderen Friedensfreunden verzichten. Wir bieten das Konzept an, wer nicht will, der hat schon.
Die Probleme bei so etwas allerdings liegen schon auf der Hand.
Die armen Bonner kommen total ins Rödeln, selbst bei einem Minimum an Organisation. Ist das in der Zeit zu schaffen?
Operieren in kleinen Gruppen ist immer mit Risiko verbunden, wenn auch nur ein ganz klein wenig gegen irgendwelche Gesetze verstoßen wird. Wie groß ist das Risiko? Was nehmen wir in Kauf? Wie können wir das Risiko möglichst begrenzen?
Wie weit ziehen die anderen Flügel mit? Mobilisieren die genug Leute? Wollen die denn?
Wieviele Leute mobilisieren wir? Wollen wir denn?

Was wir aber keinesfalls können:
Die Sache mit Schweigen übergehen. - Uns auf irgendwelche Jo Leinen-Sachen einlassen.

Doch gefordert sind wir allemal. Also sollten wir Ideen ausbrüten, sammeln, diskutieren. Gesucht wird ein flexibles Konzept, gefordert sind Mut und Phantasie. Wir sollten uns ein gutes Ziel setzen - und alles tun, um es auch zu erreichen. Realismus ist in diesem Stadium noch nicht angesagt, denn die Realität holt uns schon von selber ein.
Zu allererst werden wir jetzt vor Ort die politische Diskussion führen müssen: Was bedeutet ein »Weltwirtschaftsgipfel«? Für den einzelnen - aber auch global. Dann: Was fällt uns dazu ein? Wie sind die Möglichkeiten der Realisierung? Und welche Mobilisierungsmittel ergeben sich daraus?
Wer keinen Mut zum Träumen hat, der hat auch keine Kraft zum Kämpfen.
Arnfried



Der große Deal mit China

Angesichts der weltweiten Exportkrise kommt der internationalen Atommafia das China–Geschäft gerade recht. Bis zum Jahre 2000 wollen die Chinesen 8 – 10 AKWs mit einer Gesamtleistung von etwa 10.000 MW errichten (das entspricht der Größenordnung der BRD). Es ist absehbar, daß China nach der jetzt gewählten Technologie innerhalb der nächsten 15 Jahre AKWs bauen wird. In den nächsten fünf Jahren geht es vor allem um den Bau von zwei Druckwasserreaktoren mit jeweils 1.000 MW in der Provinz Jiangsu, nahe Shanghai, die vollständig importiert werden sollen. Hierbei stehen die französische Framatome, die amerikanische Westinghause–Hanford und die westdeutsche KWU in scharfer Konkurrenz.

Das chinesisch-westliche Atomgeschäft steht erst am Anfang. Wer jetzt den Deal macht, wird womöglich auch die nächsten machen. Dieser Artikel gibt einen Einblick in die geschäftigten Aktivitäten der BRD, die sich bisher in wichtigen Etappen dieses Konkurrenzkampfes an die Spitze setzen konnte.

Das Rennen scheint schon fast gemacht zu sein. Anfang Dezember dieses Jahres galt es für die immer gut unterrichtete FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung) als sicher,daß die amerikanischen Firmen beim AKW Jiangsu nicht zum Zuge kommen werden, sondern die KWU ausschließlich gegen französische Konkurrenz zu bestehen hätte. Wobei die Chinesen dem deutschen Angebot sogar den Vorzug geben würden. Dabei galt es bis vor einem Jahr als sicher, daß der Auftrag an die französische Firma Framatome geht (1).

Es scheint so, als ob die KWU die chinesischen Interessen recht geschickt in ihr Angebot integriert hätte:

a) Die chinesische Zuliefererindustrie wird bis zu einem Viertel in den Bau mit einbezogen. Außerdem werden örtliche Fachkräfte ausgebildet und technisches Wissen vermittelt. (Nach Meinung eines „ranghohen chinesischen Funktionärs" sei Japan z.B. in der Weitergabe von Technologien viel zurückhaltender).
b) Obwohl die deutsche Kraftwerkstechnologie teurer als die französische ist, scheint den Chinesen das westdeutsche Finanzierungsmodell besonders zuzusagen: die zu bauenden AKWs sollen im Rahmen eines Kompensationsgeschäftes mit chinesischen Lieferungen von Uran und anderen Nichteisenmetallen bezahlt werden (2)

Während der stellvertretende Ministerpräsident Li Peng im Mai 1984 noch erklärte, daß sein Land aus finanziellen Gründen „bei der Entwicklung der friedlichen Kernenergie den Blick auf das 21. Jahrhundert" richte, soll der Atomhandel nach Aussagen vom Dezember so schon im Frühjahr 1985 perfekt gemacht werden !

In großen Schritten kommt man sich näher

Für die BRD ging Hessens Wirtschaftsminister Karry 1978 zum dritten Mal nach China,gefolgt von 17 Bankiers und Managern, dabei F.H. Ulrich vom

Vorstand der KWU und der Deutschen Bank. 1978 wurde dann ein Regierungsabkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abgeschlossen. Im März 1984 wurde ein deutsch- chinesisches Abkommen über „zivile" Weltraumforschung und - technik von Riesenhuber und Zhang Jun unterzeichnet. Am 9. Mai kam dann der grosse Schritt ins noch größere Geschäft: Als erstes westliches Land hat die BRD ein Abkommen mit China über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der „friedlichen Nutzung der Kernenergie "unterzeichnet. (Im Gegensatz dazu ist während des Reagan-Besuchs in China im April 1984 keine schriftliche Vereinbarung zustande gekommen).

Das Abkommen hat eine Laufzeit von 15 Jahren und kann dann um jeweils fünf Jahre verlängert werden. Es sieht eine Zusammenarbeit in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Reaktortechnologie und – sicherheit sowie Planung, Errichtung und Betrieb von AKWs vor. Damit stellt es Voraussetzung und Rahmen aller weiteren Atomgeschäfte dar.

Nur zwei Wochen nach Unterzeichnung des deutsch- chinesischen Regierungsabkommens verschaffte sich eine Expertengruppe der westdeutschen Atomindustrie, der Kernforschung und des Forschungsministeriums im Auftrag von Riesenhuber „einen Gesamtüberblick über die Kooperationsmöglichkeiten ". Kaum wieder zu Hause, kam schon im August 1984 das erste Atomgeschäft zustande. Das chinesische Staatsunternehmen „China Nuclear Energy Industry Corp." (CNEIC) schloß einen Vertrag über Kauf von „hochentwickelten Überwachungsgeräten für Atomreaktoren" und anderen Ausrüstungen für Druckwasserreaktoren ab. China hatte zuvor Verhandlungen mit der französischen Firma Framatome geführt, die aber „nicht vorankamen"und deshalb abgebrochen wurden (3).

Als dann im Oktober 1984 der Chinakohl- Besuch stattfand, wurden die letzten Weichen – wie z.B. die Lösung der Fianzierungsprobleme – gestellt.

Chinesische Atomrakete

AKWs für China -- Sicher in 's Jahr 2000

Noch besitzt China kein einziges AKW. Seit 1950 wird der Nuklearsktor finanziell und personell vorrangig gefördert, seit 1960 baut China eigene Produktions- und Entwicklungsanlagen der Atomenergie. (5)

Für 1973 wurden bereits 40 Reaktoren einschließlich aller Forschungsanlagen und 130 Kernforschungsinstitute, davon 28 unter militärischer Kontrolle mit über 5.000 Wissenschaftlern gezählt. Aber all diese Reaktoren sind ausschließlich auf militärische V erwendung und nicht zur Stromerzeugung ausgerichtet. China demonstriert damit anschaulich, daß die Grundlage jeder Atompolitik in ihrer militärischen V erwendung liegt.

Auf die „friedliche Nutzung der Kernenergie" könnte China allemal verzichten: Dort wird jährlich das Zweieinhalbtausendfache der vorhandenen Energieressourcen verbraucht, die mit allen anderen Mitteln der Energiegewinnung genutzt werden könnten.

Angst vor einer chinesischen Anti–AKW– Bewegung

Der Präsident der neuen Atomgesellschaft Wang Gang- chang (6) sagte in einem dpa- Gespräch vom März 80, er befürchte, daß in der chinesischen Bevölkerung eine ähnliche Anti- AKW– Stimmung aufkommen könne, wie in den westlichen Ländern. Um dies zu verhindern, sei eine gut geführte Propaganda nötig. Eine Kostprobe davon gab er nach seinem Besuch in den USA im März '79: Er fürchte sich nicht vor den Gefahren der Atomtechnik und sei trotz des Harrisburg- Unfall hoch beeindruckt von der amerikanischen Technik. Der chinesische Rundfunk meldete im Dezember '79: *„Nach dem Unfall im KKW Three–Mile–Island in den USA am 28. 3.79 haben einige Leute vorrausgesagt, daß die Kernkraftwerke aussterben werden. Diese Vorraussage kann niemals Realität werden. Es ist eine Tatsache, daß der Three–Mile–Island Unfall keine wesentliche Einwirkung auf die öffentliche Gesundheit verursacht hat."*

Zum Zwecke solcher Berichterstattung wurde eigens der Pekinger Atomkraftverlag gegründet.

Sicherheitsprobleme gibt es nicht

Entsprechend verblendet gehen die Chinesen mit Sicherheitsvorkehrungen um: Im Sommer '79 war zu erfahren, daß ein alter Reaktor, der 1958 mit 7 MW in Betrieb ging, ein irreparabeles Leck hatte und abgestellt war. Über entstandene Schäden, geschweige denn gesundheitliche, war nichts zu erfahren, weil kaum Messungen gemacht wurden. Immerhin liegt der Reaktor in der Nähe von Peking. In der naturwissenschaftlichen Universität Peking ist ein Gelände des dortigen Kernforschungszentrums seit längerem radioaktiv verseucht und geschlossen. Auch von dort gibt es keine weiteren Informationen. Unzureichende Schutzkleidung und minimale Schutz-und Filteranlagen in allen Atombereichen ergänzen das düstere Bild. Über den Umgang mit Radioaktivität gibt allein die Tatsache Aufklärung, daß China seit 1964 Atom- und Wasserstoffbomben zu V ersuchszwecken im eigenen Land überwiegend in der Atmosphäre zündet. Der radioaktive Niederschlag fiel im Sommer 80 sogar auf Europa nieder.

Aber wozu die Aufregung ?

Im März 1980 wurde die Strahlenschutzgesellschaft gegründet, womit in Zukunft alle Probleme gelöst sein dürften . . . (7).

ANMERKUNGEN:

1) Schon Anfang 1979 wurden mit Frankreich Vorverträge abgeschlossen, dann wieder auf Eis gelegt, von Giscard d 'Estaing ab Oktober 1980 und jetzt von Mitterand abermals in Angriff genommen. Allein bis 1980 hatten die franz. Anbieter 25 Mio. France ausgegeben, um zu diesem Vertragsabschluß zu kommen.

2) AlsLambsdorff im Sommer 1980 auf der Sitzung der deutsch-chinesischen Wirtschaftskommission in Peking den Wunsch äußerte, von China mit Kernbrennstoffen beliefert zu werden, reagierte die Chinesische Seite selbst für die Westdeutschen überraschend positiv: Man sei bereit, Uran in praktisch jeder Spezifikation–vom Uranoxidkonzentrat und dem sog. "Yellow Cake" bis zum atombombengeeigneten angereicherten Material zu liefern.

3) siehe Neue Züricher Zeitung v. 21.8.84

4) Hempel ist seit Jahren im Chinageschäft. Er bezieht von dort aus Basis–Produkte für die chemische Industrie. Eine zentrale Rolle spielte er Anfang der 70er Jahre gegenüber der Sowjet–Union. Auf seine Vermittlung hin verpflichtete Moskau sich 1973, Natururan von RWE in sowjetischen Trennanlagen anzureichern. Dadurch wurde ein jahrelanges Monopol der USA gebrochen.

5) Seit 1963 ist bereits eine Gasdiffusionsanlage zur Anreicherung von Uran in Betrieb, die bis '72 eine Uranmenge, ausreichend für rund 100 Atombomben produziert haben soll. Seit 1964 produziert der 100.000 KW–Baoton–Reaktor jährlich 10 kg Plutonium und der Yumen–Reaktorkomplex weist seit 1967 eine Jahresproduktion von ca. 200 kg Plutonium jährlich auf. Die Haiyen–Nuklearanlage (seit 1967 in Betrieb) hat zu ihrem Hauptzweck die Entwicklung und Fabrikation von Wasserstoffbomben.

6) Wang Gang –chang war stellvertretender Direktor des Kernforschungszentrums Dubna und Direktor des Kernforschungsinstitutes Peking. Er hat in Deutschland studiert und ist heute Vizepremierminister des zweiten Maschinenbauministeriums.

7) Die Informationan dieses Artikels beziehen sich im wesentlichen auf einen Artikel in der FR vom 7.3.81 von Heide–Marie Göbbel, die auch ein Buch zu dem Themenkomplex geschrieben hat. („VR China: Atomwirtschaft und –politik" München 1980)

Atommüll nach China?

Der Stoff, aus dem die Bombe ist ...

Die Atomgiganten haben in Anbetracht dieser für sie rosigen Zukunftsaussichten tatsächlich allen Grund die Sektkorken knallen zu lassen. Nur eine winzige Kleinigkeit bringt einen etwas faden Geschmack in das Festgetränk: Dummerweise gehört China zu den kommunistischen Ländern und es entwickelt sich erst seit ein paar Jahren (Mao starb 1976) in Richtung Kapitalismus. Wer kann also garantieren, daß „maoistische' Positionen, wie z.B. das Primat der Unabhängigkeit von anderen Ländern oder der Kampf gegen den Kapitalismus über kurz oder lang doch wieder Oberhand gewinnen. Die FAZ schreibt am 9.5.84: *„China ist zwar selbst Atommacht, aber in Amerika wünscht niemand, daß die Chinesen mit amerikanischem Material noch mehr Atombomben produzieren oder gar an ein drittes Land* (wie Pakistan) *weiterleiten."* Deshalb haben die westlichen Länder darauf gedrungen, daß China in die „Internationale Atomenergie Organisation "(IAEO) eintritt, was im Januar d.J. auch geschehen ist. Obwohl die IAEO- Kontrollen lange nicht ausreichend sind, um eine Weitergabe oder militärische Verwendung des radioaktiven Spaltproduktes auszuschließen, hatte Chinas Beitritt sofort einen Vertrag mit Japan über die Lieferung eines Reaktordruckgefäßes zur Folge.

In dem BRD- China- Abkommen vom 9.5.1984 wird das Problem der Unberechenbarkeit Chinas mit der Vereinbarung „gelöst ", daß *„Kernmaterial, nukleare Ausrüstungen, eigens für die Herstellung oder Verwendung von Kernmaterial hergerichtete Stoffe und Anlagen sowie einschlägige techonologische Informationen ... nur nach vorangehenden Konsultationen im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien in ein drittes Land übertragen werden."* Bedingung an ein drittes Land sind die friedliche Nutzung und *„die Annahme der Sicherungsmaßnahmen der IAEO".*

Was die Vertragsparteien selbst mit dem spaltbaren Bombenstoff anstellen, kann natürlich nicht überprüft werden ... Dennoch, man sichert sich halt ab – und wenn nur zur Beruhigung der Öffentlichkeit.

Japan und Frankreich wollen mit China ein Abkommen über den Verbleib des Kernbrennstoffs abschliessen und die USA glauben sich mit einem zusätzlichen Vertrag schützen zu können, der eine Mitbestimmung über die Weiterverarbeitung abgebrannter, amerikanischer Kernbrennstoffe vorsieht. Sie alle wissen nur zu gut, daß die Verwendung von Plutonium nun mal nicht kontrollierbar ist. Aber wer geht nicht schon Risiken ein, wenn es um so lukrative Geschäfte geht ... !

Das Geschäft kommt in Gang

In der Gründung befindlich ist die „Inter- Nuklear- Services GmbH "Düsseldorf, die als Agentur des staatlichen, chinesischen Atomunternehmens CNEIC für Westeuropa fungieren soll. Gesellschafter der Inter- Nuklear sind mit 45 % die Hanauer Nukem - Gruppe mit ihrer Transport- Tochter Transnuklear GmbH und mit 55 % das Düsseldorfer Handelshaus Alfred Hempel (49).

Für den Export von AKWs ist es besonders günstig, wenn man die Endlagerung des Atommülls gleich mitanbieten kann. Französische und amerikanische Konkurrenzunternehmen haben dabei ungleich bessere Voraussetzungen als die BRD, da sie Kernwaffenstaaten sind und sowohl Wiederaufarbeitung als auch Entsorgung „vorweisen " können. Die Bemühungen um ein „integriertes Entsorgungskonzept " der BRD werden jetzt unterlaufen, bzw. ergänzt durch Verhandlungen mit China, westdeutschen Atommüll in der Wüste Gobi endzulagern. Es geht dabei um 4.000 Tonnen, die sowohl zwischen- als auch endgelagert und wiederaufgearbeitet werden können. (Im vergangenen Jahr sind 464 Tonnen abgebrannte Brennstäbe in der BRD angefallen, bis zum Jahre 2000 schätzt DWK Chef Scheuten mit 10. 000 Tonnen ausgedienter Kernbrennstoffe.) Den westdeutschen Atommüllhändlern kommt bei dem Geschäft sehr gelegen, daß die Chinesen den radioaktiven Abfall endgültig – und ohne Be- oder Verarbeitung – lagern wollen, im Unterschied zu den Franzosen, die den Müll per Vertrag jederzeit zurückschicken können.

Im Februar wurde eine Absichtserklärung („letter of intent') von beiden Seiten unterzeichnet, im Juni 1984 stand die Vertragsunterzeichnung bevor. Potentielle Kunden wie Österreich, Italien, Schweiz und Spanien sind nach Aussagen des Nukem- Geschäftsführers Stephanz bereits in Sicht, sie alle müssen dann Einzelverträge mit den Düsseldorfern und den Chinesen abschließen.

Bedenken ...

Während die Verhandlungen für das Geschäft in vollem Gange waren, kamen im Februar die ersten Bedenken von Seiten der Bundesregierung. Im Forschungsausschuß am 8.2.84 vertrat der forschungspolitische Sprecher der CDU/ CSU- Fraktion Lenzer, daß die Zulässigkeit eines solchen Abkommens wegen Proliferationsprobleme und dem Atomwaffensperrvertrag (den China nicht unterzeichnet hat), noch geklärt werden müsse. Der Sprecher des Innenminsteriums, Butz, erklärte, die Bundesregierung halte den Export von abgebrannten Kernbrennstoffen „weder kurz- noch langfristig für erforderlich ". Das BMI gibt vor, von nichts zu wissen und erwartet nähere Informationen. Es ist kaum zu vermuten, daß diese Aussage der Wahrheit entspricht: Am 30. April billigte die Bundesregierung den Abschluß eines deutsch-chinesischen Nuklearabkommens und da soll es keinen Zusammenhang zu einem Atommüllgeschäft solcher Tragweite geben ?

Die Anmerkungen zu diesen beiden Seiten befinden sich am Ende des Artikels auf der nächsten Seite.

Akzeptanzforschung - Verschleierung und Manipulation

Die Grundlagen der Akzeptanzforschung sind in den USA entwickelt worden. Sie stammen aus einer Richtung der Sozialwissenschaften, dem Social Engineering, 'Soziale Steuerungstechniken'. Ein Bereich daraus ist die Technology Assessment, Technologiefolgeabschätzung, die dem Interesse der Atombetreiber entspricht. Daneben stehen u.a. die Humanisierung der Arbeitswelt.

Technology assessment wird dazu benutzt, *"...das allgemeine politische Bewußtsein auf eine spezifische Weise auf das wichtige Problem der gesellschaftlich am besten geeigneten Technologieen und deren Auswirkungen hinzulenken. Dabei werden in diesem Zusammenhang entscheidende Fragen nach der Struktur und den Interessen gesellschaftlicher und politischer Institutionen, die die technologische Entwicklung beeinflussen und steuern, bewußt oder unbewußt ausgeklammert."* (Jobst

Conrad, im Bericht des Batelle-Instituts, 100/3 für das BMI, 3/1978). Ein Beispiel dafür ist, wie Fragen der Risikoakzeptanz und besonders des Risikovergleiches hochgespielt worden sind. Mit dieser Thematik konnten die Betreiber öffentliche Diskussionen vorstrukturieren und lenken.

Dazu Ortwin Remm, Leiter der Abteilung für Akzeptanzforschung der KFA Jülich: *"Die Akzeptanz hängt weitgehend davon ab, in welchem Maße positive Reaktionen hervorgerufen und negative vermieden werden."*

Das Battelle-Institut in Frankfurt, Mitglied des deutschen Atomforums, hat im Auftrag des BMI mehrere Studien erstellt. U.a. über " Bürgerinitiativen im Bereich von Kernkraftwerken" (1975 für das BMFT) und " Einstellungen und V erhalten der Bevölkerung gegenüber verschiedenen Energiegewinnungsarten. " Mit der von Peter O. Dienel entwickelten 'Planstellen' wurde Bürgern vorgespielt, sie könnten sich in einem Demokratischen V erfahren an Entscheidungsprozessen beteiligen. DieV eranstalter haben sich gegenüber den Teilnehmern geflissentlich darüber ausgeschwiegen, daß diese Aktion noch in einem weiteren Zusammenhang steht, der in der Projektbeschreibung der KFA Jülich dargestellt wird. Wesentliche Merkmale und Funktionen des Verfahrens " Planungszelle "

- Zufallsauswahl: Zufällig ausgewählte Bürger fühlen sich in der Regel ihren eigenen Meinungen noch nicht so weit verpflichtet, daß sie im Laufe des Diskussionsprozesses nicht hoch Konzessionen machen können. Auch soll der Bürger hier nicht als Wahrer von Individualpositionen sondern als Sachwalter des Gemeinwohls angesprochen werden.
- Befreiung von beruflichen V erpflichtungen, nämlich Beurlaubung und Bezahlung.
- Befristung der Arbeit, der Zeithorizont wird so knapp bemessen, daß eine Substrukurierung der Gruppen verhindert wird.

Andere Anwendungsberiche der Technology assessment: Das V erfahren 'Planungszelle' ist ein gutes Beispiel dafür, wie solche Methoden aus einem gesellschaftlichen Bereich in andere übertragen wird. Es gehörte zu der sehr differenzierten 'Beteiligungsstrategie', durch die in der Mitte der 70er Jahre die breite Mieter- und Hausbesetzerbewegung gegen Sanierungsplanungen entscheidend geschwächt wurde.

Früher galten diese sozialtechnischen Methoden als eine besondere Spezialität der SPD-Herrschaft. Das Engagement der KFA Jülich zeigt aber, daß sie längst von anderen Kreisen zur Legitimation oder Durchsetzung von Technologien und sozialen Strukturen eingesetzt werden. Dazu gehören auch Großchemie, Mikroprozessortechnologie und die von Kurt Biedenkopf ins Gespräch gebrachte " Akzeptanz der Friedenssicherung mit Waffen ".

Anmerkung der Redaktion:
Die Akzeptanzforschung ist im Bereich der Anti-AKW-Bewegung fehlgeschlagen. Die Atomlobby wollte mit Hilfe der Akzeptanzforschung die BIs in verfassungstreue und verfassungsfeindliche spalten und die Akzeptanz bei der Bevölkerung erhöhen. DerV ersuch ist fehlgeschlagen, denn es existiert ein breiter Widerstand, der von allen Bevölkerungsteilen getragen wird, aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Arbeit der BIs. Der fehlenden Akzeptanz bei der Bevölkerung setzt die Polizei und Staatsanwaltschaft Abschreckungsmethoden entgegen. Durch ein massives Polizeiaufgebot, Knüppeleinsatz und einer gemeinen und hinterhältigen Kriminalisierung von AKW-Gegnern, will sie den Widerstand in die Kniee zwingen. Die Bewegung muß jetzt die Form des Widerstans bestimmen, und der Betreiberseite die Spielregeln vorschreiben.

Gruppe Ökologie

Zeitplan für die Novellierung der Strahlenschutzverordnung in der Bundesrepublik

Die Novellierung der Strahlenschutzverordnung, also die teilweise Umsetzung der Euratom–Grundnormen „für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen" von 1980, hätte eigentlich bis Ende 1984 erfolgt sein müssen, wobei die Bundesrepublik sich lt. Innenminister Zimmermann an vorderster Fron hätte befinden sollen. Im September 1984 verabschiedete die EG nun eine Ergänzungsrichtlinie, die u.a. auch eine neue Umsetzungsfrist festlegt: nunmehr Anfang 1986.

Zur offiziellen Planung: Zur Zeit findet eine abschließende Prüfung des vorliegenden Entwurfs auf „Konsistenz und Plausibilität" durch einen vom BMI berufenen Ausschuß statt. Die zehn Mitglieder dieses Ausschusses sind zumeist auch Mitglieder der Strahlenschutzkommission, die sich bereits in früheren Zeiten für eine Übernahme ausgesprochen hat; Vorsitzender ist Prof. Streffer. Bis Frühjahr 1985 soll diese Prüfarbeit abgeschlossen sein.

Anschließend sollen dann bis Ende 1985 die weiteren erforderlichen Schritte erfolgen: Abschließende Abstimmung mit den Bundesländern; Verbandsanhörung; Beratung im Kabinett; Abstimmung im Bundesrat. Wir haben also nur noch ein gutes Jahr Zeit, uns auf den unterschiedlichsten gewerkschaftlichen und politischen Ebenen gegen diese geplante Verschlechterung der Strahlenschutznormen zu wehren.

Hannover, d. 27.11.1984

Ulrike Fink, Gruppe Ökologie

P.S.: Einen guten ersten Überblick verschafft das Flugblatt „Wende auch im Strahlenschutz", hersg. von der Atommüllkonferenz, erhältlich im Anti–Atom–Büro, Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstadt–Wethen

Waldschäden durch Radioaktivität

Von Politikern und Stromproduzenten wird das Thema Waldsterben gern gegen die Anti-AKW-Bewegung ausgespielt. Atomkraftwerke werden gegenüber Kohlekraftwerken als »saubere Alternative« hingestellt. Franz Josef Strauß behauptete zum Beispiel: »Es ist eine Schizophrenie, wenn Naturschützer und Grüne hemmungslos gegen Kernkraftwerke polemisieren und gleichzeitig das Waldsterben beklagen. Durch ihre Verschleppungstaktik beim Ausbau der Kernenergie haben sie statt dessen zum derzeitigen Ausmaß des Baumsterbens beigetragen.« (1)
Ähnliches war vom bayrischen Umweltminister Dick zu hören: Die Inbetriebnahme von Gundremmingen werde die Belastung Bayerns mit Schwefeldioxid mehr als halbieren. (2)
Diese Propaganda konnte zwar bislang keinen Keil zwischen die Anti-AKW-Bewegung und die sich gegen die Luftverschmutzung wehrenden Menschen treiben, doch bei den weniger engagierten Hörern und Lesern der offiziellen Verlautbarungen hinterläßt diese platte Argumentation wahrscheinlich trotzdem ihre Wirkung. Daher ist es gut, daß wir jetzt auf Grund von neueren Untersuchungen auf direkte Zusammenhänge von Radioaktivität und Waldsterben hinweisen können.

Foto: laif

Waldschäden in der Nähe von Atomanlagen

Professor Günther Reichelt aus Rottweil zog 1982/83 aus, um mit einer speziellen Kartierungsmethode die Verbreitungsmuster der Waldsterben festzustellen. Ursprünglich war sein Augenmerk auf Industrieanlagen gerichtet. Er vermutete, daß man möglicherweise von lokal verstärkten Schadensbildern auf ihre Verursacher rückschließen könnte. Tatsächlich fand er z.B. im Schwarzwald regelrechte Schadensfahnen in der Hauptwindrichtung von Industrieanlagen. (1)
Bei weiteren Kartierungen fiel ihm eine Schadensinsel auf, die sich nach den üblichen Mustern nicht erklären ließ. Als einen möglichen Faktor des lokal verstärkten Waldsterbens stieß er auf das Atomkraftwerk Obrigheim. In der Folge suchte Reichelt gezielt in der Nähe von Atomkraftwerken und anderen radioaktiven Quellen nach Waldschäden - und fand ähnliche Phänomene bei Würgassen, Esensham und beim französischen AKW Bugey. Auch eine Untersuchung im Auftrag des World-Wildlife-Found in der Schweiz fand die typischen Schadensfahnen in der Nähe von Atomanlagen. (1)
Besonders auffällig sind die Gebiete rund um Uranuntersuchungsgruben im Fichtelgebirge, im oberpfälzischen Wald und im Schwarzwald. Bei diesen Gruben sind die Schäden im unmittelbaren Bereich der Abraumhalden und der Gruben erheblich größer; sie verringern sich erst in einem Umkreis von zwei bis drei Kilometern.

Fallbeispiel Wittichen

In der Umgebung der uranhaltigen Silber- und Kobaltgrube bei Wittichen stellte der Förster schon 1962 ein sonderbares Tannensterben fest, daß er sich nicht erklären konnte. Damals antwortete ihm ein Institut der Universität Freiburg, daß die Schäden möglicherweise von der Trockenheit herrühren würden.
Inzwischen gibt es bei Wittichen kaum noch ältere Bäume. An den jüngeren Fichten sieht man am dritten und vierten Jahrgang gelbbraune Flecken. In unmittelbarer Nähe der Grube sind die Jungfichten verkrüppelt oder haben verfärbte Nadeln. Auch bei benachbarten Silber- und Kobaltgruben sind die Schäden höher als in der weiteren Umgebung. (3)

Zusammenwirken mehrerer Schadstoffe

Eine Tatsache scheint bei der Erklärung der Waldschäden auf den ersten Blick nicht logisch zu sein. In Wittichen wurde schon im 19. Jahrhundert nach Silber und Kobalt gegraben. Seit dieser Zeit gibt die Grube ständig das radioaktive Edelgas Radon ab. Bis zum Ende der 50er Jahre war die Grube jedoch noch mit gesunden Bäumen bewachsen. (6)
Um dieses Phänomen zu verstehen, muß man sich klar machen, in welcher Weise Radioaktivität den Wald schädigt: Die Strahlen des Gases Radon wirken vor allem als Verstärker der klassischen Luftschadstoffe.

Waldschäden: In der Umgebung der ehemaligen uranhaltigen Silber- und Kobaltgrube „Sophia" bei Wittichen läßt sich erhöhte Radioaktivität nachweisen. In unmittelbarer Nähe der Grube sind trotz geringer Luftverschmutzung mit SO_2 und Stickoxiden schon junge Fichten und Tannen gelb und verkrüppelt (dunkelroter Bereich). Das Ausmaß der Schäden nimmt mit zunehmender Entfernung von der Grube ab (hellroter bis gelber Bereich).

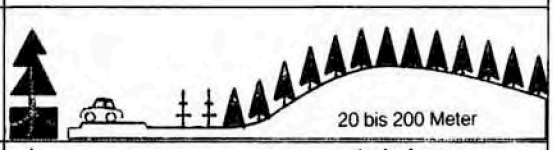
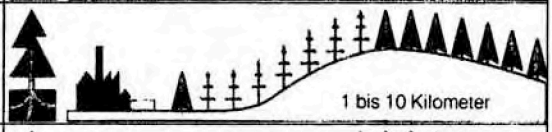
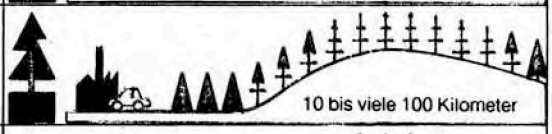
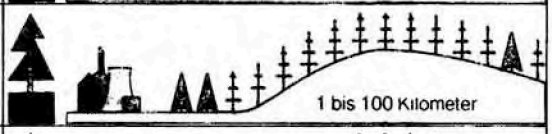
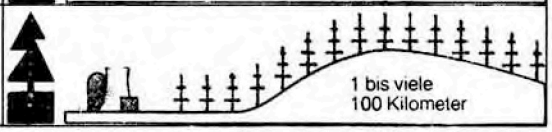
In einem Sondergutachten der Bundesregierung von 1983 zum Waldsterben ist von einem unbekannten Faktor die Rede, der bewirkt, daß sich das vergleichsweise harmlose SO 2 (Schwefeldioxid) ind SO 3 (Schwefeltrioxid) umwandelt und damit die Bildung der besonders aggressiven Schwefelsäure einleitet.
Acht Jahre vorher hatte der Leiter des indischen Atomzentrums in Bombay, Professor J.F. Vohra, bereits einen Hinweis auf diesen Faktor gegeben. Er berichtete vor der Internationalen Atomenergiebehörde von einer »explosionsartigen Kettenreaktion« zwischen dem radioaktiven Gas Radon, Schwefeldioxid und Feuchtigkeit, die zu der Bildung von Schwefelsäure führe. (4)
Damals hatte sogar Dr. Hübschmann vom Kernforschungszentrum Karlsruhe anerkennende Worte für seinen indischen Kollegen übrig. Eine derartige Sichtweise könne in Zukunft »durchaus erforderlich sein.« (1)
Messungen von Mitarbeitern des Kernforschungszentrums Karlsruhe ergaben außerdem, daß bei Wittichen die Radon-Konzentration 500 bis 4.000 mal so hoch ist wie der Wert, bei dem der indische Atomforscher jene Kettenreaktion feststellte. (5) Die Schwefeldioxidkonzentration in Wittichen ist im Schnitt viermal so hoch wie bei den Versuchen des Inders.
Also hat vermutlich die Erhöhung der SO 2-Werte Anfang der 60er Jahre dazu geführt, daß die Kettenreaktion einsetzte.
Außerdem ist wahrscheinlich, daß Radioaktivität auch zur Bildung des schädlichen Ozons unter Mithilfe von Stickoxiden beiträgt. Diese Reaktion, die auch für den sogenannten Sommersmog verantwortlich ist, wird durch Sonnenlicht eingeleitet. Es gibt jetzt Hinweise, daß Radioaktivität auch in diesem Fall als Beschleuniger fungiert.

Natürliche und künstliche Radioaktivität

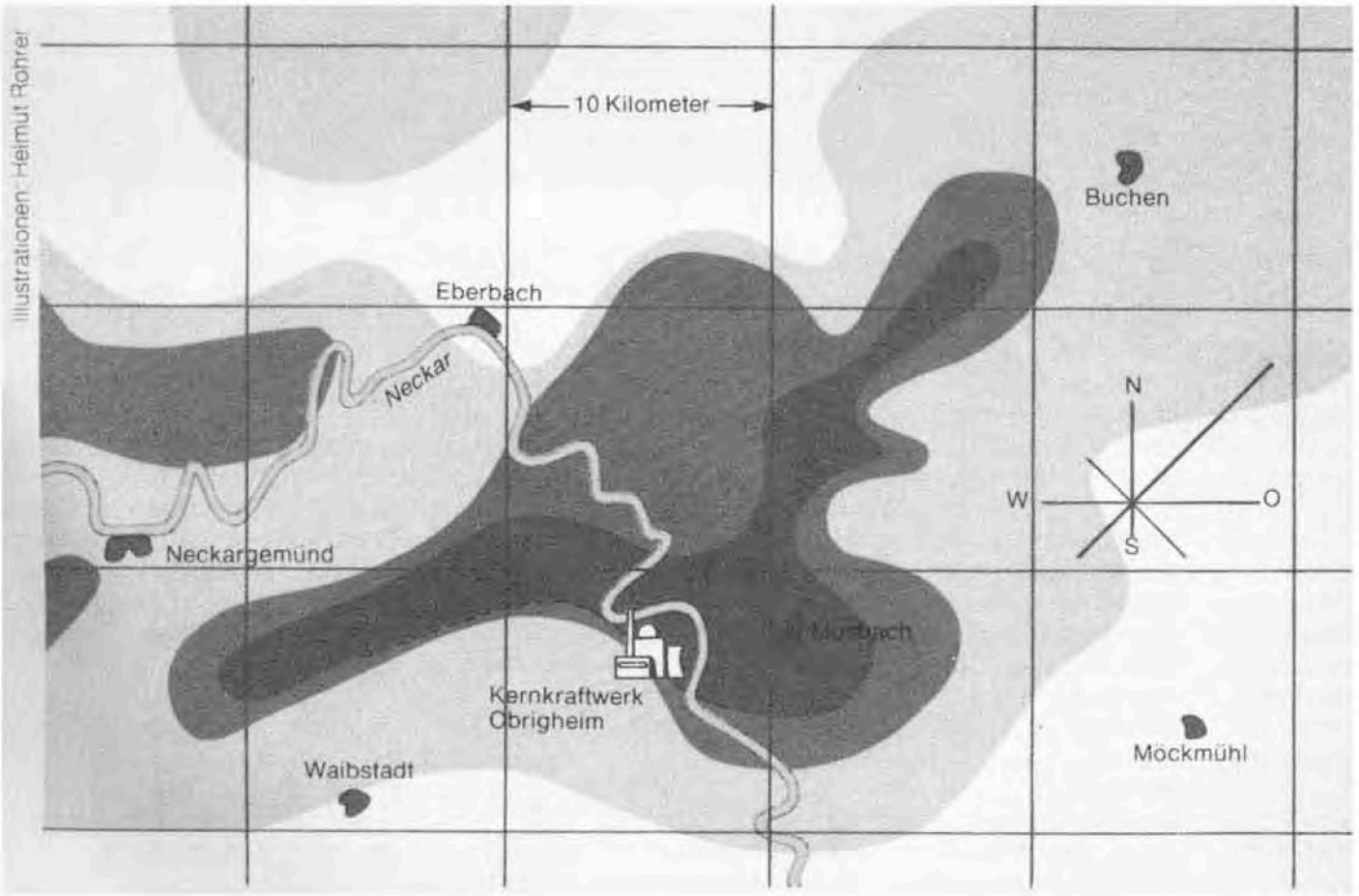
Nun wird von der Atomlobby wieder einmal damit argumentiert, daß die künstliche Radioaktivität aus Atomanlagen wesentlich geringer sei als die natürliche Strahlung, weswegen AKWs nicht für das Waldsterben mitverantwortlich sein könnten. Nach Meinung des Deutschen Atomforums ist es »völlig absurd, anzunehmen, daß Kernenergie irgend etwas mit dem Waldsterben zu tun haben könnte.« Hier einen Zusammenhang herzustellen, sei »in höchstem Maße verantwortungslos.« (3)
Dem kann entgegengehalten werden, daß es - ähnlich wie bei den Folgen auf den menschlichen Organismus - auch bei der Wirkung auf die Vegetation einen Unterschied zwischen der natürlichen und der künstlichen Strahlung gibt. Bestimmte Spaltprodukte aus Atomanlagen, die in der Natur kaum vorkommen, werden von den Organismen aufgenommen und in die organische Substanz eingebaut. Für Pflanzen ist vor allem der radioaktive Kohlenstoff (C 14) und der radioaktive Wasserstoff Tritium (H 3) gefährlich.

Tritium und radioaktiver Koheinstoff

Der Anteil von Tritium in der Umwelt hat sich seit den ersten Atombombenversuchen um das 40- bis 100-fache erhöht. In zwölf Kilometer Entfernung von der Kernforschungsanlage Karlsruhe wurden in der Kuhmilch sogar Werte festgestellt, die noch einmal um den Faktor 20 höher waren als Vergleichszahlen weit ab von Atomanlagen. (1)
Tritium ist in seiner wasserähnlichen Verbindung als ein direkt die Zellmembranen schädigendes Gift bekannt. In diesem Zusammengang ist bemerkenswert, daß in der Schweiz in der Nähe von La Chaux de Fonds besonders hohe Waldschäden festgestellt wurden - dieses Gebiet gilt wegen der dort ansässigen Leuchtfarbenindustrie als besonders stark mit Tritium belastet. (6)
Ebenso wie Tritium reichert sich auch radioaktiver Kohlenstoff in Organismen an. Bei gleicher Radioaktivität wird C 14 sogar 1000 mal mehr in organische Substanzen eingebaut, und es gilt als 20 bis 400 mal schädlicher. (6,7)
Der Gehalt von radioaktivem Kohlenstoff in der Umwelt stieg seit den Atombombenversuchen auf das 200fache des natürlichen Wertes an. Bis 1975 wurde nicht einmal berücksichtigt, daß dieser Stoff auch beim Betrieb von AKWs entsteht. (6) Dabei darf seine Wirkung nicht unterschätzt werden: Eine Untersuchung von E. Holstein zeigte 1977, daß parallel zum Anstieg des C 14-Pegels das Holzwachstum zurückgeht. Bei einem Prozent Anstieg wurde ein Rückgang des Holzzuwachses um 18 Prozent beobachtet. (8)

Verursacher	Schadstoffe...	...und deren Wirkung	Folgen* ...und Schadensbereich
Autos	Streusalz Blei Schwermetalle	Bäume werden vergiftet, deren Wasserhaushalt gestört	
Industrie	Schwefeldioxid Salzsäure Fluorverbindungen	Bäume werden direkt vergiftet	
Autos + Industrie	Stickoxide Kohlenwasserstoffe Schwefeldioxid	Schadstoffe verstärken gegenseitig ihre Giftwirkung, Sonnenlicht verstärkt sie abermals	
Atomkraftwerke	Radioaktive Stoffe: Tritium (^{3}H) Kohlenstoff (^{14}C)	Radioaktive Atome werden in Zellmoleküle eingebaut und zerstören bei ihrem Zerfall diese Moleküle	
Atomkraftwerke + Industrie	Radioaktive Stoffe: Fluor (^{18}F) Krypton (^{85}Kr) Schwefeldioxid (SO_2) Stickoxide (NO_x)	Die radioaktive Strahlung verstärkt die Giftwirkung durch Veränderung von SO_2 und NO_x	

* Rot markiert die erkennbaren Schadstellen.



Professor Reichelt weist darauf hin, daß in der Umgebung von Atomkraftwerken erheblich erhöhte Werte von C 14 und von Tritium in den Blättern und Baumscheiben nachgewiesen wurden. (9)
Die Schweizer Atomüberwachungskommission vermeidet jährliche Einbauraten von C 14 in organischer Substanz, die in der Umgebung von AKWs gegenüber unbelasteten Gebieten um 2 bis 14 Prozent erhöht sind. (6)
In zehn Meilen Abstand von den Atomanlagen Savannah River in den USA wurden in der Abwindrichtung der Anlage die zehnfachen und in der unmittelbaren Umgebung die hundertfachen Mengen von Tritium in denc Kiefernnadeln gefunden. (10)

Xenon und Krypton

Durch die Atombombenversuche in der Atmosphäre gelangten noch andere Radionuklide in die Umwelt, die ihre Mengen auf das Vieltausendfache erhöhten. Bei Krypton 85 zum Beispiel blieb die Menge nach dem Stopp der oberirdischen Bombentests nicht konstant, sondern stieg durch die Atomenergienutzung weiter stetig an. Früher war der Anteil von radioaktivem Krypton nicht meßbar; jetzt beträgt er 20 pCi pro Kubikmeter Luft und ist in der Nähe der WAA Karlsruhe nochmal bis zu 5.000 mal so hoch. (1)
Xenon 137 und Krypton 85 sind in Wasser und vor allem in Wachsen, Ölen und Fetten löslich und können so in das Innere der Pflanzen gelangen. Dort wird beim Zerfall - ähnlich wie bei Tritium und C 14 - die organische Substanz geschädigt oder die Spaltprodukte des Zerfalls werden als langlebige Strahler in die Organismen eingebaut. (6)

Kein Forschungsbedarf?

Die bis jetzt vorliegenden Untersuchungen weisen recht deutlich auf eine Beteiligung der Radioaktivität am Waldsterben hin. Doch es gibt sicher viele Synergismen (Zusammenwirken von Schadstoffen), die noch nicht bekannt oder noch nicht eindeutig geklärt sind. Auf eine Anfrage der Grünen erklärte die Bundesregierung jedoch, daß zu der Frage Radioaktivität und Waldsterben kein Forschungsbedarf bestehe. Diese Stellungnahme ist auffällig, vor allem in einer Zeit, da das Waldsterben ein Thema geworden ist, dessen sich alle gerne annehmen und bei dem Politiker sich häufig mit der Aufstockung von Forschungsmitteln rühmen.
Ganz offensichtlich sollen hier Zusammenhänge vertuscht werden, damit Atomanlagen auch weiterhin als die »saubere« Lösung des Problems Waldsterben hingestellt werden können.

Anmerkungen:

(1) Natur 3/84

(2) Main Echo, 2.4.1982

(3) Natur 8/84

(4) J.R. Vohra, Synergetische Wirkungen infolge der Freisetzung von radioaktiven Gasen und SO 2 in die Atmosphäre. IAEA Wien, S.209ff.

(5) Basler Zeitung, 24.8.1984

(6) Hanau-Broschüre, S. 52ff

(7) Martin/Fry, Population dose commitments ... Int. Sym. Rad. Prot. Philos. and Implernent-Soc. for Rad. Prot. Aviemore. Schottland, Juni 1974

(8) Bonner Energie-Report 5/84

(9) Reichelt, Waldschadensmuster im Umkreis uranerzhaltiger Gruben und ihre Interpretationen

(10) n.N.

NEU Heft 1/1985

Probleme mit dem Müll

Alternative Kommunalpolitik
Informationsdienst

Alternative Kommunalpolitik.
Fachzeitschrift für Grüne und und Alternative Politik.
6-mal im Jahr.
68 Seiten.
Einzelpreis DM 7,– (zuzügl. Versand).
Jahres-Abo DM 42,– (incl. Versand).

... und noch was:
Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,– in Briefmarken zugehen.

Redaktion/Vertrieb
Webereistr. 28,
4800 Bielefeld 1;
Tel.: 0521 / 63 64 1

links lesen

Schwerpunktthema:

Nicaragua - USA:

Wahlen und Interventionsdrohung

Interview mit Jürgen Habermas:

Rosa Luxemburg ist bei uns eben weniger heimisch geworden als Elisabeth Noelle-Neumann

Mehr davon in 'links' - Dezember 84!

Ich abonniere die 'links' ab Januar 1985 zum Bezugspreis von DM 45,- (einschl. Versandkosten)

.....
Name

.....
Straße

.....
PLZ/Ort

.....
Datum, Unterschrift

"links", Posttach 591, 6050 Offenbach 4

1 Leserinnen-Brief

Es reicht! Langsam macht es keinen Spaß mehr, eure Zeitung zu lesen! Nicht auf grund fehlender Inhalte, sondern wegen eurer unkritischen Übernahme der herkömmlichen Sprachformen. Auch wenn wir die Einschätzung haben (bzw. wissen), daß eure Vorstellungen und Diskussionen über Widerstand, Perspektive, Zukunft etc. nicht einzig und allein AKWs betreffen, sondern auch dieses System, welches eine derartige Technologie mitsamt dem Atomstaat ermöglicht. So fragen wir uns doch, inwieweit ihr Machtstrukturen ernsthaft in Frage stellt. Machtstrukturen existieren nun nicht nur auf staatlicher Ebene und im bürgerlichen Spüektrum, sondern auch bei uns!

Deutlich wird dies nicht zuletzt am Gebrauch der Sprache, was u.a. auch bei euch ständig wieder bewiesen wird. Glaubt mensch Euch, so kämpfen nur AKW-Gegner, leisten nur Bi-ler Widerstand ... Und überhaupt scheinen euch Frauen unbekannte Wesen zu sein. Oder warum ist von Frauen in euren Artikeln nicht die Rede (Ausnahme: namentlich aufgeführte Frauen).

Daß nur einmal im Impressum die Anrede »Liebe Leser/innen« steht, zeigt eher, daß es sich wohl mehr um eine Pflichtübung handelt, als um das Resultat einer wirklichen Auseinandersetzung (schließlich ist mann ja auch linksorientiert und daher auch für Gleichberechtigung).

Sprache ist aber nicht nur ein Mittel zum Zweck im Bereich der Kommunikation, sondern ist ein Teil davon. Ständig wird kritisiert, wie offizielle Medien mit Sprachmitteln manipulieren (z.B. Entsorgungszentrum statt Atommüllzwischenlager). Habt ihr euch vielleicht mal überlegt, inwieweit eure Sprache ebenfalls manipuliert, indem sie mit typischer herrschaftlicher Ignoranz Frauen unberücksichtigt läßt?

Immer schön nach dem Motto »Erst die Revolution und dann kommt die Gleichberechtigung schon von selbst...«

Wie stellt ihr euch das denn vor, wenn ihr nicht mal in der Lage seid, eure Sprache/Zeitung dahingehend zu verändern, daß Männer nicht mehr als das »einzige, kämpfende und starke Geschlecht« auf den Plan treten?

Ohne uns geht es wohl nicht (ohne »Liebe Leser-Innen« wäre die Auflage ja auch sehr viel geringer), aber mit uns zusammen ...?

Frauen aus Münster

Graswurzel revolution

Die „graswurzelrevolution" ist eine libertär-sozialistische Zeitschrift mit Beiträgen über Gewaltfreiheit, Anarchismus, Antimilitarismus, Ökologie, direkte gewaltfreie Aktionen im In- und Ausland und zivilen Ungehorsam; 36 S., 10 Ausgaben im Jahr.
Probeheft: DM 3,50 (in Briefmarken).

Bezug: GWR, Nernstweg 32, 2000 Hamburg 50.

In dieser Ausgabe:

AKW's und Waldsterben

Lieber heute aktiv als morgen kein Wald!

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2011